

Chef vom Dienst.
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt. Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 1. Februar 1988

Blatt 171

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Noch heuer Änderung der Gemeinderatswahlordnung (173/FS: 30.1.)
- Semester-Ferienspiel: Theater und Sport (174/FS: 32.1.)
- Die beliebtesten Vornamen bleiben gleich: Daniela und Michael (175)
- Semester-Ferienspiel: Zu den Zirkusproben in die Stadthalle (176)
- Entsorgungsbetriebe Simmering: Alle vier Öfen an der Rauchgasreinigung (177)
- Wiener ÖVP für Privatisierung von städtischen Beteiligungen (179)
- Gasgebühren im 8. Bezirk (nur FS/30.1.)
- Brand im 2. Bezirk (nur FS/23.1.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- Erweiterte Öffnungszeiten des Studiensaals im Historischen Museum (172/FS: 30.1.)
- Kontraste auf dem Donauturm (178)

Erweiterte Öffnungszeiten des Studiensaals im Historischen Museum

Wien, 30.1. (RK-KULTUR) Ab 2. Februar gelten erweiterte Öffnungszeiten für den Studiensaal des Historischen Museums der Stadt Wien. Zusätzlich zu den weiterhin geltenden Vormittagen — Dienstag bis Freitag, von 9 bis 12 Uhr, — ist der Studiensaal auch an Mittwoch-Nachmittagen, von 13 bis 16 Uhr, geöffnet. Der Studiensaal bietet vor allem die Möglichkeit, Objekte aus der Graphik- und Fotosammlung des Historischen Museums zu studieren. (Schluß) gab/rr

Bereits am 30. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Noch heuer Änderung der Gemeinderatswahlordnung

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Noch in diesem Jahr soll es, wie Stadtrat Günther SALLABERGER mitteilte, zu einer Änderung der Wiener Gemeinderatswahlordnung kommen. Der Gemeinderatsausschuß für Personal trat in seiner letzten Sitzung einstimmig dafür ein, in Zukunft die Stimmenaushaltung nicht mehr getrennt nach Frauen und Männern durchzuführen bzw. das Verbot von Kandidaturen neonazistischer Gruppierungen zu erleichtern. Noch heuer soll ein entsprechender Beschluß des Wiener Landtages gefaßt werden. (Schluß) ah/rr

Bereits am 30. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Semester-Ferlenspiel: Theater und Sport

Wien, 31.1. (RK-LOKAL) Eine eigene „Kinderstadt“ gibt es vom 1. bis 6. Februar täglich im „Theater-Brett“ in der Münzwardeingasse 2. Der Kanaldeckel „Mu“ und die „Familie Spaghetti“ sind nur zwei der vielen Attraktionen in der „Kinderstadt“.

Aber auch die Sportler kommen beim 4. Semesterferienspiel nicht zu kurz. Im Ferry-Dusika-Hallenstadion können Sportbegeisterte unter der Anleitung von Spitzensportlern und Trainern am 1. und 3. Februar jeweils von 10 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr Laufen, sowie Hoch- und Weitspringen üben. (Schluß) jel/rr

Bereits am 31. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Die beliebtesten Vornamen bleiben gleich: Daniela und Michael

Wien, 1.2. (RK-LOKAL) Heuer wird's wahrscheinlich wieder so sein — die beliebtesten Vornamen für Wiener Kinder sind Daniela und Michael. Wie die nun ausgewertete Statistik für 1986 zeigt — damals wurden in der Bundeshauptstadt 6.996 Mädchen und 7.543 Buben geboren — steht Daniela bei den weiblichen Vornamen an erster Stelle, 224 Mädchen erhielten diesen Namen. Der Name Sandra wurde von den Eltern 220mal gewählt, Katharina 218mal. Bei den Buben ist Michael der beliebteste Vorname — 436mal entschieden sich die Eltern dafür. 345 Knaben erhielten den Namen Thomas und 322 Markus. Diese Vornamen stehen nun schon seit einigen Jahren an der Spitze. (Schluß) hrs/gg

Semester-Ferienspiel: Zu den Zirkusproben in die Stadthalle

Wien, 1.2. (RK-LOKAL) Zu den Probearbeiten für die verschiedenen Zirkusnummern von „Artisten, Tiere, Attraktionen“ sind die Ferienspieler zum Abschluß des Semester-Ferienspiels am Sonntag, dem 7. Februar, eingeladen. Erich SCHLEYER ist bei dem Blick hinter die Zirkus-Kulissen mit dabei.

Wer zumindest drei Mitspielmarken, die man bei fast jeder Ferienspiel-Station erhält, gesammelt hat, wird mit einer Begleitperson zu den Zirkus-Proben eingeladen.

Informationen gibt es über das Ferienspiel-Telefon unter der Nummer 42 800/4100 DW oder beim Ferienspielstand in der Stadtinformation. (Schluß) jel/rr

Entsorgungsbetriebe Simmering: Alle vier Öfen an der Rauchgasreinigung

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Bei den Entsorgungsbetrieben Simmering wurde nun der zweite Wirbelschichtofen an die Rauchgasreinigung angeschlossen. Damit werden alle bei der Sonderabfall- und bei der Klärschlammverbrennung entstehenden Abgase gereinigt. (Schluß) wh/bs

Kontraste auf dem Donauturm

Wien, 1.2. (RK-KULTUR) Schon seit frühester Kindheit malt der 1950 in Ennsbach, Niederösterreich, geborene Künstler Herbert WEINMÜLLER, der als nächster auf dem Donauturm ausstellt. Sein Ziel ist es, den Menschen einen Spiegel vorzuhalten.

Der Künstler bevorzugt drei Techniken, Öl-Lasur, Gouachen und Federzeichnungen.

Weinmüller, der nie eine Akademie besucht hat, stellte bisher in Wien, Niederösterreich, im Burgenland sowie in Belgien und in den Niederlanden aus.

Die Vernissage findet am 4. Februar um 19 Uhr im oberen Restaurant des Donauturms statt. Herbert Weinmüllers Bilder sind von 5. bis 19. Februar täglich zu den Öffnungszeiten des Donauturms zwischen 10 und 22 Uhr zu sehen. (Schluß) wh/bs

Wiener ÖVP für Privatisierung von städtischen Beteiligungen

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Privatisierung sei dann geboten, wenn damit Kostensenkungen verbunden sind, damit also mit Steuermittel sparsamer umgegangen wird, betonte ÖVP-Landespartei sekretär GR. Dr. Ferdinand MAIER am Montag in einem Pressegespräch. Konkret fordert Dr. Maier eine Diskussion über die Aufgabe von Kleinbeteiligungen und solcher Beteiligungen, die nicht von der Wiener Holding gehalten werden. Als Sorgenkinder im Rahmen der „verstädtlichten“ Betriebe nannte der ÖVP-Mandatar den Verlag Jugend & Volk, die Stadthalle, die Kurbetriebe Oberlaa und die Vienna Trade. Der Unternehmensgruppe WIGAST-GUSTANA warf Dr. Maier eine ungebremste Expansion vor. Der Mandatar regte an, einzelne Betriebsstätten an Private zu verpachten. Die Auflassung der Beteiligungskommission des Wiener Gemeinderates bedauerte Dr. Maier, weil so eine politische Kontrolle der Wiener Holding ausgeschaltet worden sei. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 2. Februar 1988

Blatt 180

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Volkstheater: Tunnel unter 3.000-Tonnen-Bauwerk (182)

Häupl bietet Zusammenarbeit an (183)

Hundertwasser soll Spittelau gestalten (184)

Stromausfall in der „USTRABA“ (nur FS)

Kultur:

Theater an der Wien mit „Cats“ in Moskau (181)

Theater an der Wien mit „Cats“ In Moskau

Raimundtheater in Ostberlin

Wien, 2.2. (RK-KULTUR) Das Theater an der Wien wird mit dem Erfolgsmusical „Cats“ voraussichtlich vom 20. bis 30. Mai dieses Jahres im Moskauer Operettenhaus gastieren. Die Verhandlungen stehen vor dem Abschluß. Für das Raimundtheater liegt eine Einladung des DDR-Kulturministers vor, mit „A Chorus Line“ an der Komischen Oper in Ostberlin zu gastieren. Dieses Gastspiel wird wahrscheinlich im Juli stattfinden.

Dies gab der Generalintendant der Vereinigten Bühnen Wien, Professor Peter WECK, am Montagabend bei einer kleinen Jubiläumsfeier bekannt. Anlaß waren die 1.300. Vorstellung von „Cats“ im Theater an der Wien und die 100. Vorstellung von „A Chorus Line“ im Raimundtheater. An der Feier nahmen auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Vizebürgermeister Hans MAYR und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK teil.

Die Kosten hereingespielt

Bis zum 19. Jänner 1988 verzeichnete das Raimundtheater mit „A Chorus Line“ 118.039 Besucher. Die durchschnittliche Auslastung betrug 93,16 Prozent. Bis zum 31. Jänner 1988 wurden rund 35,5 Millionen Schilling eingespielt. Damit hat man die Kosten der Produktion, die 33,5 Millionen Schilling ausmachten, schon hereingebracht.

Vom 26. April bis 5. Juni 1988 wird im Raimundtheater Andre Hellers Broadway-Produktion „Body and Soul“ — 20 lebende Bilder mit 60 Musikern, Tänzern, Exzentrikern aus Harlem und New Orleans — gegeben. Der Kartenvorverkauf beginnt morgen, Mittwoch, an den Kassen des Theaters an der Wien, des Raimundtheaters und an allen Kassen des Wiener Veranstaltungsservice.

Ausweichquartier für „Cats“ gesucht

„Cats“ im Theater an der Wien hat es bisher in 1.300 Vorstellungen auf 1,412.031 Besucher gebracht. Die durchschnittliche Auslastung beträgt 99,04 Prozent. „Cats“ hat bisher 329,56 Millionen Schilling eingespielt.

Die Nachfrage nach Karten für „Cats“ hält unvermindert an. Da ab 21. Dezember 1988 im Theater an der Wien aber „Phantom of the Opera“, das neue und überaus erfolgreiche Musical Andrew Lloyd Webbers angesetzt ist und man „Cats“ nicht bei täglich vollem Haus absetzen will, sucht man nun eine Spielstätte, in der das Musical weitergespielt werden kann. (Schluß) wh/gg

Volkstheater: Tunnel unter 3.000-Tonnen-Bauwerk

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Einer der schwierigsten Teile im U3-Bauabschnitt „Volkstheater“ wurde gestern, Montag, in Angriff genommen: die Unterfahrung der bestehenden U2-Station. Dies teilte Stadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. Dieses nur 15 Meter lange Tunnelstück muß in zehn Teilvortrieben aufgeföhren werden. Es handelt sich dabei um den letzten Tunnel, der in diesem Bauabschnitt vorgetrieben wird, nachdem zwischen dem Schacht Siebensterngasse und dem Messepalast schon eineinhalb Kilometer Tunnel im Rohbau fertiggestellt sind.

Das Problem bei der Errichtung dieses 15 Meter langen und 20 Meter breiten Tunnelstückes ist vor allem die Abfangung des Gewichtes der Schlitzwände und der Tunneldecke der U2. Unterhalb der U2-Station befindet sich noch der Bachkanal des Ottakringer Baches, der in zwei Gerinne aufgeteilt ist und ebenfalls unterfahren werden muß. Um das Gewicht dieser Bauwerke, insgesamt rund 3.000 Tonnen, aufzunehmen, mußten vor dem Beginn des Tunnelvortriebes sechs „Gründungsbrunnen“, in die Erde eingelassene Betonträger, auf beiden Seiten des U2-Tunnels errichtet werden.

Das Tunnelstück wird aus Sicherheitsgründen in zehn Teilvortrieben in der „Neuen Österreichischen Tunnelbauweise“ vorgetrieben. Der heterogene Boden dieses Bereiches mußte durch Bodeninjektionen vor Baubeginn verfestigt werden. Der Vortrieb, während dem auch in kleinen Teilstücken der Endausbau des gesamten Querschnittes in Stahlbeton erfolgt, wird sechs Monate in Anspruch nehmen. Damit wird voraussichtlich ab 1. August 1988 eine durchgehende Verbindung zwischen der Herrengasse und der Mariahilfer Straße bestehen.

80 Prozent der Station im Rohbau fertig

Der knapp einen Kilometer lange Bauabschnitt „Volkstheater“ teilt sich in den erwähnten in geschlossener Bauweise errichteten Bereich sowie einen 390 Meter langen Bereich, in dem in offener Bauweise die große Verknüpfungsstation der U3 und U2, „Volkstheater“, mit weiten Hallenbereichen und Passagen hergestellt wird. Auch in diesem Bereich sind die Arbeiten sehr weit gediehen: Der Rohbau der Station ist zu rund 80 Prozent fertiggestellt. Schon in diesem Frühjahr wird, nachdem die Konstruktion für die Aufbringung des Frieses fertig ist, mit der Arbeit an einem großen „Rundum-Kunstwerk“ begonnen. Wie angekündigt, soll mit einem Mosaik von Prof. Anton LEHMDEN eine großzügige Einbindung der Kunst in diese Großraumstation erfolgen. Im Oktober 1988 kann im Abschnitt „Volkstheater“ bereits mit dem Gleisbau begonnen werden, Ende dieses Jahres wird der Rohbau bis auf einige wenige Ausnahmen abgeschlossen sein.

Ein ganz wichtiger Termin: Voraussichtlich im August 1989 wird die Passage unter dem Ring schon wieder für die Öffentlichkeit zugänglich sein, die Wiener Verkehrsbetriebe werden zu diesem Zeitpunkt bereits ihre Schleifen für die Linien „46“ und „49“ wieder an ihren alten Ort rückverlegt haben.

Von insgesamt rund zwei Milliarden Baukosten für den Abschnitt „Volkstheater“ wurde bisher mehr als die Hälfte ausgegeben, insgesamt befinden sich die Arbeiten in diesem Bereich voll im Termin- und Kostenplan, es waren sogar Einsparungen möglich. Die U3 wird im März 1991 ihren Betrieb von Erdberg bis zum Volkstheater aufnehmen. (Schluß) roh/gal

Häupl bietet Zusammenarbeit an

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK stellte am Dienstag in seiner Pressekonferenz den neuen Stadtrat für Umwelt, Freizeit und Sport, Dr. Michael HÄUPL, vor. Häupl betonte, daß er seine Fachkenntnisse und seine politische Erfahrung in den Dienst der Stadtökologie stellen werde. Umweltfragen sollten seiner Meinung nach von der Stadtregierung ressortübergreifend behandelt werden. Häupl bot namentlich Umweltministerin Dr. FLEMMING, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. PRÖLL und darüber hinaus insgesamt der Wirtschaft, der Wissenschaft sowie den Bürgerinitiativen seine Zusammenarbeit an und erklärte seine Bereitschaft, die erfolgreich begonnene Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich fortzusetzen. Im Vordergrund seiner Tätigkeit stehen die „Überlebensfragen“, selbstverständlich werde er sich aber auch für die Bereiche Freizeit und Sport voll engagieren, die schließlich in einer engen Beziehung zur Umwelt stünden, schloß Häupl. (Schluß) du/gg

Hundertwasser soll Spittelau gestalten

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Friedensreich HUNDERTWASSER soll den Neubau des Fernheizwerkes Spittelau gestalten. Dies kündigte Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner Pressekonferenz an.

Nach dem Brand könnte man beim Wiederaufbau neue Wege gehen. So wird eine Rauchgasreinigungsanlage nach dem letzten Stand der Technik eingebaut. In diesem Sinne wolle man auch bei der optischen Gestaltung neue Wege gehen, sagte Zilk, und Hundertwasser mit der äußeren Gestaltung der Spittelau beauftragen. Die Spittelau werde die erste ökologische Anlage, die gleichzeitig Ausdruck der künstlerischen Gesinnung der Stadt sei. Hundertwasser werde diese Aufgabe ohne Honorar übernehmen.

Der für die Spittelau zuständige Stadtrat Johann HATZL sagte, bei der dominanten Lage der Spittelau sei sie eine optimale Gelegenheit, Technik und Kunst zu einem gemeinsamen Objekt zu verbinden. In Relation zu den Filteranlagen werde die künstlerische Gestaltung relativ wenig Geld kosten, für eine genaue Summe müsse man aber das Projekt Hundertwassers abwarten.

Friedensreich Hundertwasser verwies darauf, daß es auch bei dem von ihm gestalteten Wohnhaus viele Skeptiker gegeben habe, es aber trotzdem zu einem vollen Erfolg geworden sei. Er werde in keiner Weise in die technische Maschinerie eingreifen, sondern sich nur um die künstlerische Gestaltung kümmern.

Für ihn sei die Übernahme dieser Aufgabe eine schwierige Entscheidung gewesen, weil er als Ökologe grundsätzlich für eine abfallfreie Gesellschaft eintrete. Als Realist habe er aber anerkennen müssen, daß die Spittelau über die weltweit besten Filteranlagen verfügen werde. Aus seiner Sicht wäre nun eine Verhinderung der Spittelau gefährlicher als deren Wiedererrichtung.

Die Spittelau solle ein neues Wahrzeichen in der Skyline Wiens werden, kündigte Hundertwasser an. Erstmals in der Welt werde ein so großes Industrieobjekt, dessen Rauchfang fast so hoch ist wie der Stephansturm, künstlerisch gestaltet. Ziel sei eine Synthese zwischen Technik auf der einen Seite und Natur und Kunst auf der anderen Seite. Das ganze Projekt wird unter voller Information der Öffentlichkeit erfolgen.

Das konkrete Projekt werde, so Hundertwasser, in etwa drei bis vier Wochen in Form eines Modells 1:200 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. (Schluß) roh/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 3. Februar 1988

Blatt 185

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Energieverbrauch: Starker Rückgang im Jänner (186)
- In Margareten blüht ein „narrischer Kastanienbaum“ (187)
- Am Rosenmontag: Badegschnas in Oberlaa (188)
- Kinderlähmungsimpfung: Termine für Nachzügler (189)
- Neue Selbstschutzkurse beginnen in Kürze (191)
- Ehrendenkenüberreichung durch Stadtrat Sallaberger (193)
- In Zukunft keine Gemeindesteuern mehr? (194)
- U 4 durch „Spaziergängerin“ lahmgelegt (nur FS)
- Ölaustritt im Liesingbach (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (186)

Kultur:

- Heinz-Conrads-Ausstellung im Bezirksmuseum Simmering (190)

Wirtschaft:

- Wiener Porzellanmanufaktur Augarten: Neue Präsentanz in Salzburg (188)

Sport:

- Konstituierende Sitzung des Landessportrates (192)

Energieverbrauch: Starker Rückgang im Jänner

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Wie die Wiener Stadtwerke mitteilen, gab es im Jänner 1988 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres einen deutlichen Rückgang bei der Energieabgabe. Vor allem der Gasverbrauch ist sehr stark zurückgegangen.

Wurden im Jänner 1987 137,8 Millionen Kubikmeter an Tarifabnehmer (Haushalte) abgegeben, waren es im Jänner 1988 nur 90,1 Millionen Kubikmeter Erdgas. Das ist ein Minus von 34,6 Prozent.

Geringer war der Rückgang beim Strom, der beim Heizen nicht sehr ins Gewicht fällt: Mit 722.487 Megawattstunden lag die Stromabgabe im Jänner 1988 um 6,5 Prozent unter der des Vorjahres.

Die Durchschnittstemperatur lag im Jänner 1988 bei plus drei Grad, im Jänner 1987 bei minus 4,4 Grad. (Schluß) roh/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Floridsdorfer Bezirksvertretung

Wien, 3.2. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Floridsdorfer Bezirksvertretung wurde für Dienstag, den 9. Februar, einberufen. Sie findet um 15 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 21, Am Spitz 1, 2. Stock, statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Hernals

Mittwoch, den 10. Februar, findet um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung Hernals, 17, Elterleinplatz 14, 1. Stock, eine Sitzung der Bezirksvertretung Hernals statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Döbling

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung für den 19. Bezirk findet am Donnerstag, dem 11. Februar, um 15 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvertretung, 19, Gatterburggasse 14, statt. (Schluß) red/rr

In Margareten blüht ein „narrischer Kastanienbaum“

Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Im Hof einer Wohnhausanlage im 5. Bezirk, in der Gartengasse 5-11, blüht mitten in der kalten Jahreszeit ein „narrischer Kastanienbaum!“ Allerdings nur auf einer bislang ungenutzten, grauen Feuermauer. Denn diese wurde jetzt mit dem ungewöhnlichen Motiv bemalt.

Die Initiative zu dieser Feuermauerbemalung kam von der Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes Margareten. Sie arbeitete Entwürfe aus, die von den Anrainern begutachtet werden konnten. Der schönste Entwurf, „Scheinfenster mit blühendem Kastanienbaum“, erhielt die größte Zustimmung und wurde daher verwirklicht. (Schluß) ah/gg



Wiener Porzellanmanufaktur Augarten: Neue Repräsentanz in Salzburg

**Gesamtumsatz im Vorjahr über 101 Millionen Schilling –
Heuer Umsatzsteigerung von 12 Prozent angepeilt**

Wien, 3.2. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten hat ihre Repräsentanz in Salzburg auf den Alten Markt 11 verlegt, in unmittelbarer Nähe des Cafe Tomaselli. Sie signalisiert dadurch ihre verstärkten Bemühungen um Kundennähe und Expansion. Auf dem beliebten und stark frequentierten Standort erhofft sich die Manufaktur größere Attraktivität bei Heimischen und Touristen.

Der Gesamtumsatz der Wiener Porzellanmanufaktur Augarten im Jahre 1987 betrug mehr als 101 Millionen Schilling und lag damit um 20 Prozent über dem des Vorjahres. Für 1988 wird eine weitere Umsatzsteigerung von 12 Prozent angestrebt.

Ende des Monats wird die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten ihre Repräsentanz in Innsbruck eröffnen. Sie wird damit erstmals in Tirol vertreten sein. (Schluß) wh/gg

Am Rosenmontag: Badegschnas in Oberlaa

Feucht und fröhlich von 9 bis 22 Uhr

Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Am Höhepunkt des Faschings wird's heuer nicht nur fröhlich, sondern auch — äußerlich — feucht hergehen, denn im Thermalbad Oberlaa steht am Montag, dem 15. Februar, von 9 bis 22 Uhr ein Badegschnas auf dem Programm. Motto „Im Stil der Jahrhundertwende“.

Um 9 Uhr beginnt es mit dem Frühschoppen, bei dem die Oberlaaer Blaskapelle aufspielen wird.

Von 13 bis 18 Uhr steht ein Kindernachmittag mit der Kinderkapelle Oberlaa, dem Clown Enrico (Heinz ZUBER) und einem Kasperltheater auf dem Programm. Auch einen Jausentisch mit Kakao und Krapfen wird es geben.

Von 18 bis 22 Uhr ist die Badesoيرة angesetzt. Für heiße Rhythmen sorgen die „Melody Fellows“, eine Sektbar garantiert die innere Feuchtigkeit.

Beim Frühschoppen, Kindernachmittag und Badesoيرة werden jeweils die zehn originellsten Masken prämiert, Adam- und Eva-Kostüme sind aber nicht gestattet.

Im Rahmen des Badegschnas' wird um 14.30 Uhr das erweiterte Thermalbad durch Vizebürgermeister Hans MAYR eröffnet.

Beim Badegschnas gelten im Thermalbad Oberlaa die üblichen Preise: 2-Stunden-Karte 70 (Kästchen) bzw. 80 (Kabine) Schilling; 4-Stunden-Karte 95 (Kästchen) bzw. 105 (Kabine) Schilling.

Von 13 bis 18 Uhr gibt es im Thermalbad-Selbstbedienungsrestaurant die Biedermeier-Jause, eine neue Kreation der Kurkonditorei. (Schluß) wh/rr

Kinderlähmungsimpfung: Termine für Nachzügler

Stacher warnt vor Ansteckung im Ausland

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Der zweite Durchgang der Schluckimpfungsaktion gegen Kinderlähmung 1987/88 wurde in Wien im Jänner abgeschlossen. Für Nachzügler gibt es aber noch zusätzliche Termine, zu denen die Schluckimpfung kostenlos durchgeführt wird. In diesem Zusammenhang stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß immer noch die Gefahr besteht, daß die sehr gefährliche Kinderlähmung durch Urlauber nach Österreich eingeschleppt wird. 1985 gab es weltweit immerhin noch fast 30.000 Fälle dieser Viruserkrankung.

Wer im November des vergangenen Jahres eine Erstimpfung erhalten hat, soll unbedingt jetzt noch zur Zweitimpfung kommen, da damit der Schutz gegen eine Ansteckung wesentlich erhöht wird. Auch Auffrischungsimpfungen — zehn Jahre nach der dreistufigen Polioimpfung — sind notwendig, damit der Impfschutz voll erhalten bleibt.

Geimpft wird für die Nachzügler (ausgenommen während der Semesterferien und der Karwoche)

- in der Spezialambulanz Wien 10, Gellertgasse 42-46, jeden Mittwoch bis 13. April von 17 bis 19 Uhr,
- in der Mutterberatungsstelle Wien 21, Freytaggasse 32, jeden Donnerstag bis 14. April von 17 bis 19 Uhr,
- in Wien 1, Neutorgasse 18, jeden Donnerstag bis 14. April von 15 bis 17 Uhr (auf Anfrage),
- in den städtischen Mutterberatungsstellen während der Beratungszeiten bis 16. April.

Auch in den Bezirksgesundheitsämtern gibt es zwei Zusatztermine, und zwar am Dienstag, dem 22., und am Freitag, dem 25. März, jeweils von 9 bis 11 Uhr. (Schluß) sc/gg

Heinz-Conrads-Ausstellung Im Bezirksmuseum Simmering

Wien, 3.2. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Simmering ist bis 13. März die Sonderausstellung „... wenn ich mein Leben so betracht“ über das Leben und Wirken von Heinz CONRADS zu sehen. Die Ausstellung ist jeweils Freitag von 10 bis 12 und von 15 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr im Bezirksmuseum, Enkplatz 2, Tor 2, 1110 Wien, zu besichtigen. (Schluß) gab/gg

Neue Selbstschutzkurse beginnen in Kürze

Veranstaltungen in vier Bezirken

Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Nächste Woche beginnen wieder neue Selbstschutzkurse. Diesmal finden sie im 4., 11., 14. und 20. Bezirk statt. Die genauen Kursprogramme mit allen Terminen liegen in der Stadtinformation auf und können hier auch telefonisch (43 89 89) bestellt werden.

Kurse ab Anfang Februar

In einer Katastrophensituation kann es entscheidend sein, jene grundlegenden Kenntnisse zu besitzen, die Voraussetzung dafür sind, Probleme auch selbst lösen zu können. Die Stadt Wien bietet daher umfassende Informations- und Ausbildungsmöglichkeiten auf dem Gebiet des Selbstschutzes an.

Selbstschutzkurse finden im Frühjahr 1988

- im 4. Bezirk vom 9. Februar bis 24. März (Amtshaus, 4., Favoritenstraße 18),
- im 11. Bezirk vom 8. März bis 31. Mai (Zentrum Simmering, Simmeringer Hauptstraße 96 A)
- im 14. Bezirk vom 11. Februar bis 21. April (Volkshochschule Penzing, Lortzinggasse 2) und
- im 20. Bezirk vom 8. Februar bis 25. April (Volkshochschule Brigittenau, Raffaelgasse 11-13) statt.

Urkunde dokumentiert die Teilnahme am Kurs

Wer an allen Veranstaltungen einer Kursreihe in einem Bezirk teilgenommen hat, erhält darüber eine Urkunde — als sichtbares Zeichen für die Fähigkeit, mit akuten Notsituationen selbst leichter fertigwerden und anderen dabei helfen zu können. Themen sind Erste Hilfe, Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen, Vorbeugender Gesundheitsschutz, Vorbeugender Brandschutz, Beratung über Eigentumsschutz und Sicherheitsfragen und Schutzraumfragen. Die Bestätigung über die Teilnahme am Erste-Hilfe-Kurs gilt auch als Nachweis der Erste-Hilfe-Ausbildung für die Erlangung des Führerscheines. Der Besuch der Kurse ist kostenlos. (Schluß) and/rr

Konstituierende Sitzung des Wiener Landessportrates

Wien, 3.2. (RK-SPORT) Bei der konstituierenden Sitzung des Wiener Landessportrates wurde Sport-Akrobatik als neuer anerkannter Sportzweig aufgenommen. Für Fachverbands- und Leistungssportförderung stehen in diesem Jahr insgesamt 3,550.000 Schilling zur Verfügung.

Vorsitzender des Wiener Landessportrates ist der Stadtrat für Umwelt, Freizeit und Sport, Dr. Michael HÄUPL, stellvertretender Vorsitzender ist LAbg. Otmar BRIX. (Schluß) hof/gg

Ehrenzeichenüberreichung durch Stadtrat Sallaberger

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Zwei verdienstvolle Persönlichkeiten wurden Mittwoch von Stadtrat Günther SALLABERGER geehrt.

Der Stadtrat überreichte an Baumeister Dipl.-Ing. Franz SCHINDLER das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, wobei er dessen persönliches Engagement beim Wiederaufbau Wiens und seine langjährige Tätigkeit im Fachbeirat für Stadtplanung hervorhob.

Oberamtsrat Kurt ZILLINGER, Referatsleiter der MD-ADV, wurde das vom Bundespräsidenten verliehene Dekret zur Verleihung des Berufstitels Regierungsrat überreicht. Oberamtsrat Zillinger hat als EDV-Experte die MD-ADV als „Mann der ersten Stunde“ mitaufgebaut. (Schluß) lf/rr

In Zukunft keine Gemeindesteuern mehr?

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) In der letzten Zeit wurde von den verschiedensten Seiten vorgeschlagen, die Lohnsummensteuer, die Getränkesteuer bzw. die Gewerbesteuer abzuschaffen oder wesentliche Teile von der Besteuerung auszunehmen, da dies angeblich die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe erhöhen würde. Anlässlich der am Mittwoch stattfindenden Geschäftsleitungssitzung des Österreichischen Städtebundes sagte dazu dessen Präsident, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK: „Eine Aushöhlung der kommunalen Finanzen würde die Investitionstätigkeit der Gemeinden und ihre Leistungen für die Bürger und die lokale Wirtschaft in Frage stellen.“

Der Österreichische Städtebund stellte dazu fest, daß Lohnsummensteuer, Getränkesteuer und Gewerbesteuer Abgaben sind, deren Ertrag ausschließlich den Gemeinden zufließt. Sie sind eine der wichtigsten Einnahmequellen und erbringen (ohne Wien) 12,2 Milliarden Schilling jährlich, das sind 27 Prozent aller Steuereinnahmen der Gemeinden. Im Vergleich dazu machen die Investitionen der Gemeinden (ohne Wien) 15,6 Milliarden Schilling aus.

„Die Forderung nach Abschaffung so wichtiger Gemeindeabgaben wäre nicht nur eine Infragestellung der verfassungsrechtlich garantierten Gemeindeautonomie, sondern ist unverständlich, weil die Gemeinden mit diesen Mitteln Leistungen für ihre Bürger finanzieren und eine gut verwaltete und attraktive Stadt auch eine wesentliche Voraussetzung für das Gedeihen von Fremdenverkehr, Industrie, Handel und Gewerbe ist. Überdies fließt ein Großteil der Ausgaben der Gemeinden wieder in die örtliche Wirtschaft zurück“, erklärte dazu der neue Generalsekretär des Städtebundes, Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK.

Das Argument, daß die Gemeindesteuern, wie z. B. die Getränkesteuer, für eine zu geringe Wettbewerbsfähigkeit verantwortlich sind, ist in dieser Form keineswegs stichhaltig. Während in Österreich der Getränkesteuersatz durchwegs 10 Prozent beträgt, ist die regionale Entwicklung des Fremdenverkehrs sehr unterschiedlich. Gerade die größeren Städte, die darauf angewiesen sind, ihre Steuern in voller Höhe einzuheben, erleben seit einigen Jahren einen ausgesprochenen Touristikboom mit zum Teil sogar zweistelligen Zuwachsraten. Wie das Institut für Wirtschaftsforschung feststellte, sind die Fremdenübernachtungen im Jahr 1987 in sämtlichen österreichischen Landeshauptstädten um 9 Prozent (Wien + 12 Prozent) gestiegen, während der gesamtösterreichische Fremdenverkehr stagnierte.

Es zeigt sich, daß offensichtlich andere Gründe für die regional unterschiedliche Entwicklung des Fremdenverkehrs entscheidend sind (Vielfalt der kulturellen Einrichtungen in den Städten, neu entstandenes Innenstadttambiente, initiative Marketing-Strategien der örtlichen Fremdenverkehrsverbände) als einige Prozentpunkte Besteuerung. Die Abschaffung von Gemeindesteuern kann daher nicht als Patentrezept zur Lösung von Strukturproblemen der Wirtschaft gesehen werden.

Der Österreichische Städtebund vertritt daher die Auffassung, daß die Gemeindesteuern ein starkes Interessensband zwischen örtlicher Wirtschaft und Gemeindeverwaltung bilden, auf das auch im Interesse der örtlichen Wirtschaft nicht verzichtet werden sollte. Es ist daran zu erinnern, daß die Gemeinden für die Wirtschaft notwendige Infrastrukturausbauten nur deshalb vornehmen können, weil sie auch Steuererträge aus der Entwicklung der örtlichen Wirtschaft erwarten können. (Schluß) roh/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 4. Februar 1988

Blatt 195

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Vor 75 Jahren wurde Franz Schuhmeier ermordet (197)
- 2. Lehrgang für Behindertenarbeit (198)
- Umleitung in der EBlinger Hauptstraße (199)
- 3.000 Kilometer Rohrnetz der Gaswerke (200-202)
- Ärztekommission beurteilt Medikamentenstudie im Pflegeheim Lainz (203/204)

Kultur:

- Mauthausen — Ausstellung im Pädagogischen Institut (196)
- Sonderausstellung im Bezirksmuseum Penzing (196)

Mauthausen-Ausstellung im Pädagogischen Institut

Wien, 4.2. (RK-KULTUR) Das Pädagogische Institut veranstaltet gemeinsam mit der Lagergemeinschaft Mauthausen eine Ausstellung mit dem Titel „Auch Dinge haben ihre Tränen“. Sie zeigt Bilder von Herbert FRIEDL, die dem Gedächtnis der Opfer des KZ Mauthausen gewidmet sind. Im Rahmen der Ausstellung finden Autorenlesungen, Aussprachen von Schulklassen mit Künstlern und andere Veranstaltungen statt. Die Ausstellung wird von 22. Februar bis 26. März, Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr, im Pädagogischen Institut, 7, Burggasse 14-16, zugänglich sein. (Schluß) sti/gg

Sonderausstellung im Bezirksmuseum Penzing

Wien, 4.2. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Penzing, Penzinger Straße 59, ist bis 28. April eine Sonderausstellung mit Zeichnungen, Aquarellen, Druckgrafiken und Collagen von Christine TREBERSPURG sowie Kleinplastiken von Adolf TREBERSPURG zu sehen. Die Ausstellung ist jeweils Mittwoch von 17 bis 19 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

Vor 75 Jahren wurde Franz Schuhmeier ermordet

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Am 11. Februar jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem der populäre Arbeiterführer Franz Schuhmeier bei einem Attentat erschossen wurde.

Franz Schuhmeier wurde am 11. Oktober 1864 in Wien geboren. Er lernte den Beruf eines Ziseleurs, mußte jedoch wegen eines Augenleidens damit aufhören und wurde Hilfsarbeiter in einer Papierfabrik in Wien-Gumpendorf. Dort kam er erstmals mit der sozialdemokratischen Bewegung in Kontakt. 1886 gründete er den „Raucherklub Apollo“ als getarnte sozialdemokratische Organisation; damals galt in Wien der Ausnahmezustand, die Gründung von Arbeiterorganisationen war verboten. 1888 wurde Schuhmeier wegen seiner Tätigkeit im Klub verhaftet. Nach dem Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreich in Hainfeld, um die Jahreswende 1888/89, gründete Schuhmeier 1889 den Arbeiterbildungsverein Apollo, aus dem die sozialdemokratische Organisation Ottakring wurde. 1896 bis 1898 war Schuhmeier Reichsparteisekretär, 1900 wurden er und der spätere Bürgermeister Jakob Reumann die ersten sozialdemokratischen Gemeinderäte Wiens, 1901 wurde Schuhmeier auch Reichstagsabgeordneter und 1910 Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag — Wien war damals noch ein Teil von Niederösterreich. Er war der Autor des ersten Kommunalprogrammes der SPÖ, ein Wegbereiter der Sozialpolitik und in seinen letzten Lebensjahren ein unermüdlicher Mahner vor dem drohenden Krieg.

Ab 11. Februar 1913 sprach Schuhmeier bei einer Wahlkundgebung in Stockerau. Als er mit der Bahn nach Wien zurückfuhr, saß im gleichen Zug Paul Kunschak, der Bruder des Begründers der Christlichsozialen Arbeiterbewegung, Leopold Kunschak, (dieser war erster Obmann der ÖVP 1945, von 1945 bis 1952 Nationalratspräsident). Paul Kunschak war seit 1911 arbeitslos und gab den Sozialdemokraten die Schuld an seinem Schicksal. Der aufgestaute Haß veranlaßte ihn zum Mord an Schuhmeier.

Ab 11. Februar 1913 fielen um 22.45 Uhr in der Ankunftshalle des Nordwestbahnhofes zwei Schüsse. Tödlich getroffen sank der populärste Arbeiterführer Österreichs zu Boden. Zwei Eisenbahner überwältigten den Attentäter. Paul Kunschak wurde zum Tode verurteilt, dieses Urteil wurde später in zwanzig Jahre Kerker umgewandelt, 1918 wurde er begnadigt.

Das Begräbnis für Franz Schuhmeier wurde zum Trauertag für ganz Wien. Am 16. Februar 1913 gab beim Trauerzug durch Ottakring rund eine Viertelmillionen Menschen dem Politiker Franz Schuhmeier das letzte Geleit. (Schluß) red/rr

2. Lehrgang für Behindertenarbeit

Institut für Heimerziehung bildet Behindertenhelfer aus

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Behinderte sollen nicht ausgesondert und versorgt, sondern in möglichst normale Lebensbedingungen integriert werden: Das ist das Ausbildungsziel des 2. Lehrgangs für Behindertenbetreuer, den das Institut für Heimerziehung der Stadt Wien derzeit veranstaltet. In dreisemestrigen Kursen — einschließlich zweier Praxismonate — werden die Teilnehmer aus dem Berufsfeld der Behindertenbetreuung zu Fachkräften der Behindertenarbeit ausgebildet.

Vor allem in den Organisationen zur Betreuung Behinderter besteht auf diesem Gebiet Nachholbedarf. Die neugeplanten Wohnplätze und Werkstätten werden die Nachfrage nach ausgebildeten Betreuern für behinderte Menschen weiter erhöhen. (Schluß) jel/gg

Umleitung in der Eßlinger Hauptstraße

Wien, 4.2. (RK-LOKAL) Ab Freitag, dem 5. Februar, 20 Uhr, muß wegen Kanalbauarbeiten für die Dauer von etwa neun Monaten der im 22. Bezirk in der Eßlinger Hauptstraße stadtauswärts fahrende Verkehr ab der Lannesstraße über die Viktor-Wittner-Gasse und die Kirschenallee zurück zur Eßlinger Hauptstraße umgeleitet werden.

Bei einem Schlechtwettereinbruch kann sich diese Verkehrsmaßnahme auf Montag, 8. Februar, 20 Uhr, verschieben. (Schluß) pz/gg

3.000 Kilometer Rohrnetz der Gaswerke

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Mit der Fertigstellung einer Leitung im 14. Bezirk erreicht das Hauptrohrnetz der Wiener Stadtwerke-Gaswerke nunmehr eine Länge von mehr als 3.000 Kilometer. Dies teilte Mittwochabend Energiestadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz mit. Das Hauptrohrnetz besteht aus dem Niederdrucknetz (bis 100 Millibar) mit einer Länge von 2.514 Kilometer und den Hochdruckleitungen (über 100 Millibar) mit 486 Kilometer Länge. Über dieses Rohrnetz werden 706.610 Haushalte und 38.440 Betriebe und Firmen auf einer Fläche von 900 Quadratkilometern mit Gas versorgt — im Vorjahr waren es insgesamt 900 Millionen Kubikmeter Erdgas.

Heute, Donnerstag, wurde im Rahmen eines Festaktes das letzte Stück des dreitausendsten Hauptrohrkilometers verlegt, und zwar im 14. Bezirk, Anzbachgasse 118. Er dient der Gebietsaufschließung in einem Neubaugebiet. Verlegt werden „Sphärogußrohre“ österreichischer Herkunft.

Kontinuierliche Erweiterung

Das Wiener Gasrohrnetz, eines der dichtesten Gasversorgungsnetze der Welt, wird kontinuierlich erneuert und erweitert. Es wurde 1912 1.000 Kilometer lang und erreichte 1950 die Länge von 2.000 Kilometer. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden 1.169 Kilometer neu verlegt und 1.998 Kilometer ausgewechselt. In den letzten fünf Jahren betrug die Länge der neu verlegten Rohre 138 Kilometer und die der ausgewechselten 396 Kilometer.

Im Jahr 1987 standen für den Ausbau des Rohrnetzes der Gaswerke 245 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon wurden 131 Millionen für Neulegungen zur Gebietsaufschließung verwendet und 114 Millionen zum Ausbau des Hochdrucknetzes. Um 300 Millionen Schilling wurden mehr als 86 Kilometer Rohrleitungen erneuert.

Im Gasrohrnetz sind derzeit folgende Materialien in Verwendung: 34 Prozent Grauguß, 30 Prozent Sphäroguß, 35 Prozent Stahl und ein Prozent Kunststoff.

Sicherheitsmaßnahmen

Die Rohrleitungen der Gaswerke werden laufend kontrolliert. Jede Stelle des gesamten Niederdrucknetzes wird einmal innerhalb von vier Jahren durch Gaswarngeräte an der Straßenoberfläche überprüft, beim Hochdrucknetz erfolgt die Überprüfung einmal jährlich. Für akute Gasrohrgebrechen verfügen die Gaswerke über einen Gebrechenbehebungsdienst, der rund um die Uhr in Wien unter der Kurznummer 128 erreichbar ist und dessen Trupps dauernd in Bereitschaft zum Ausrücken stehen.

Die Versorgungssicherheit mit Gas ist vor allem durch den 1986 fertiggestellten, 58 Kilometer langen „Hochdruckring“ rund um Wien gewährleistet. Auch ein Störfall in den Hauptregel- und Gasübernahmestationen Simmering und Leopoldau gefährdet nicht die Versorgung, da das Wiener Hauptrohrnetz sehr eng vermascht ist und über den Hochdruckring das Gas an mehreren Stellen über Gebiets-Gasdruckregelanlagen in das Hauptrohrnetz eingespeist werden kann.

Vorgesehene Investitionen der Gaswerke

Die Gaswerke planen für 1988 Investitionen von insgesamt 361,6 Millionen Schilling, wovon im Wirtschaftsplan 20 Millionen vorläufig gesperrt sind. Die frei zur Verfügung stehende Summe von 341,6 Millionen Schilling ist damit höher als im Jahr 1987. Auch im Jahr 1988 bildet das Rohrnetz mit 249 Millionen Schilling den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der Gaswerke.

Für die Errichtung von Werkstättegebäuden im Gaswerk Simmering werden drei Millionen benötigt, ebenso viel wird die Erneuerung von Wasserleitungen in dieser Dienststelle kosten. Im Werk Leopoldau wird der Bau einer Hochdruckreduzierstation fortgesetzt. Für Regleranlagen werden 1988 rund 15,7 Millionen ausgegeben, für 36.000 neue Gaszähler und Gaszählerverbindungen 45 Millionen Schilling.

Gebietsaufschließung

Der Ausbau der leitungsgebundenen Energieträger wie Gas und Fernwärme bedeutet aktiven Umweltschutz. Die Fortführung des Programmes der Gaswerke zur Anschließung von Siedlungsgebieten in und außerhalb Wiens an das Gasversorgungsnetz wird daher zu den wichtigsten Aufgaben im Jahr 1988 zählen. 1987 wurden im Rahmen der Gebietsaufschließung um 131 Millionen Schilling 50,6 Kilometer in Siedlungsgebieten verlegt, darunter in der Siedlung Neugebäude (Simmering) vier Kilometer, in der Siedlung Friedensstadt (Hietzing) zwei Kilometer, in der Schafflerhofsiedlung und der Wolfgang-Mühlwanger-Siedlung in Donaustadt zusammen elf Kilometer und in der Siedlung Perfektastraße (Liesing) vier Kilometer. In Traiskirchen und in Gerasdorf wurden vier beziehungsweise sieben Kilometer Gasrohre zur Gebietsaufschließung verlegt.

Vor einer Aufschließung werden die Siedler von den Gaswerken angeschrieben, meist kommt es zu Versammlungen, wo das Projekt im direkten Gespräch vorgestellt werden kann. Um zu einer Realisierung zu kommen, müssen mindestens 15 Prozent der Haushalte eine Gasversorgung wünschen, sonst wäre die Rentabilität zu niedrig. Für die Leitung vom Hauptrohr zur jeweiligen Grundstücksgrenze (zum „Gaszählerblock“) wird im Gegensatz zu früher eine pauschalierte Summe verlangt, was zwei Vorteile hat: Einerseits ist der Betrag im Regelfall niedriger als früher, weil nicht kostendeckend kalkuliert wird, andererseits weiß jeder Haushalt schon von Beginn an genau, welcher Aufwand auf ihn zukommt. Es besteht auch die Möglichkeit, sich nur eine „Passivleitung“ bis zur Grundstücksgrenze legen zu lassen, wenn erst später, eventuell bei einem Neubau, die Gasversorgung gewünscht wird.

Gute Erfahrungen haben die Gaswerke mit der Simmeringer Siedlung „Neugebäude“ gemacht. Auf Grund der Möglichkeit, eine neue Rohrverlegungstechnik anzuwenden (die sogenannte „Bodendurchschlagsrakete“, eine geschlossene Bauweise wie beim U-Bahn-Bau, bei der das umliegende Erdreich verdrängt wird), konnte der ursprünglich angekündigte Pauschalpreis von 11.800 auf 8.000 Schilling gesenkt werden. Dieser Kostenbeitrag wird als Mittel der Zuleitungslängen errechnet, ist also für verschiedene Siedlungen unterschiedlich, kann aber als Richtwert angesehen werden.

Für 1988 ist die Aufschließung folgender Gebiete — und damit die Reduktion der Emissionen in diesen — im 22. Bezirk geplant:

Invaliden-, Kienast-, Teufelsfeldsiedlung
Schafflerhofsiedlung
Siedlung Lettenhaufen
Siedlung Obere Teiläcker.

Ebenso sind in Traiskirchen und in Gerasdorf weitere Aufschließungen vorgesehen. Insgesamt sollen 1988 42 Kilometer Gasrohre zur Gebietsaufschließung verlegt werden.

Aktion gegen gefährliche Kleinwasserheizer

Die sogenannten „Gas-Klein-Wasserheizer“ („Fünf-Liter-Durchlauferhitzer“) führen bei falschem Gebrauch immer wieder zu tödlichen Unfällen. Diese Geräte haben keinen Abzug, sodaß bei zu langer Verwendung, zum Beispiel zum Füllen der Badewanne, und bei gut abgedichteten

Forts. von Blatt 200

Forts. auf Blatt 202

Wohnungen es zu Sauerstoffmangel kommen kann.

Nachdem bereits über Informationsblätter die Besitzer auf diese Gefahren aufmerksam gemacht wurden, soll es nun zu einer gemeinsamen Aktion der Wiener Gaswerke und der Landesinnung Wien der Sanitär- und Heizungsinstallateure kommen. In vielen älteren Wohnungen ist nur die Verwendung solcher Kleingeräte möglich, es gibt aber ungefährliche Geräte, die sich bei Sauerstoffmangel selbsttätig abschalten.

In einer beabsichtigten Umtauschaktion, die bis Ende Juni 1988 befristet sein soll, können nun alle Besitzer von Gas-Klein-Wasserheizern ihre Geräte gegen neue, mit einer Sauerstoffmangelsicherung ausgestattete Geräte der Firmen Hermes, Junkers und Vaillant eintauschen. Dabei soll ihnen ein Aktionspreis von 3.990 Schilling verrechnet werden, der fast ein Drittel unter dem normalen Listenpreis liegt.

Die Besitzer solcher Geräte werden von den Gaswerken über diese Möglichkeit informiert, natürlich erfolgt der Gerätetausch auf völlig freiwilliger Basis. Das vorhandene Altgerät wird sofort vom Installateur mitgenommen. Die Arbeitskosten müssen jedoch extra verrechnet werden.

Gastarif wird mit 1. April 1988 gesenkt

Die angekündigte Senkung des Gastarifes steht auf der Tagesordnung des nächsten Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie. Sie wird per 1. April 1988 erfolgen und 12 Groschen pro Kubikmeter ausmachen. Der neue Tarif beträgt somit 4,25 Schilling pro Kubikmeter. Er wird auf jeden Fall bis Ende des Jahres gelten. Es ist dies die fünfte Gaspreissenkung seit 1. Jänner 1986, insgesamt wurde der Gaspreis seither um 29,5 Prozent gesenkt. (Schluß) roh/gal

Forts. von Blatt 201

Ärzt Kommission beurteilt Medikamentenstudie im Pflegeheim Lainz

Kein nachteiliger Einfluß auf Behandelte

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Die von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER berufene hochrangige Ärztekommision zur Überprüfung der Verwendung des Psychopharmakons Moclobemid in Form einer klinischen Studie an der 5. Medizinischen Abteilung des Pflegeheimes der Stadt Wien — Lainz hat ihre Untersuchungen abgeschlossen. Bei den Erhebungen hat sich „kein Anhalt dafür finden lassen, daß die Einnahme des erprobten Präparates Moclobemid auf das Befinden, die Erkrankungen oder das Leben der Behandelten einen nachteiligen Einfluß gehabt hat. Es hat sich aber herausgestellt, daß die im Arzneimittelgesetz festgelegten Bestimmungen über die Patienteneinverstandnis und das Patienteneinverständnis nicht eingehalten worden sind.“

Die Kommission stellt fest, daß die Studie zur klinischen Prüfung des Medikaments nach Meldung an den Arzneimittelbeirat und nach Verständigung der Direktion des Pflegeheimes am 28. Jänner 1987 begonnen wurde. Vor Beginn dieser Studie wurden in Österreich bereits zehn humanpharmakologische und acht klinische Studien zu diesem Präparat durchgeführt. Diese ergaben eine gute Verträglichkeit und legten daher eine Langzeiterprobung nahe.

Auch die Kommission zur Beratung und Begutachtung von klinischen Forschungsprojekten (Ethikkommission) der medizinischen Fakultät der Universität Wien hat am 5. Oktober 1987 einstimmig einer Erprobung zugestimmt.

Guter Therapieerfolg des Medikaments

Insgesamt wurde Moclobemid an 35 Patienten der 5. Medizinischen Abteilung des Pflegeheimes Lainz verabreicht. Im längsten Fall erhielten Patienten das Medikament ein Jahr lang verordnet. Nach Aussagen von Primaria Dr. Lore RIEDER und von vier befragten Ärzten der Abteilung wurde das Medikament von allen Patienten gut vertragen und zeigte mehrheitlich einen guten Therapieerfolg.

Die Kommission stellte weiter fest, daß es nach Durchsicht der Krankengeschichten keinen Anhalt gibt, „daß Moclobemid für den Tod von Patienten eine ursächliche Rolle gespielt hat. Auch der Vergleich der Zahl der Todesfälle an der Abteilung in den Jahren 1985 und 1986 mit dem Jahr 1987, in dem Moclobemid verabreicht wurde, gibt keinen Anhalt für eine Zunahme der Mortalitätsrate in diesem Jahr (1985: 112, 1986: 171, 1987: 119).“

Allerdings ist die im Arzneimittelgesetz vorgesehene Aufklärung der Patienten, die Moclobemid erhalten haben, nicht durchgeführt worden.

Gegen die verantwortliche Primaria läuft ein Disziplinarverfahren. Bis zum Abschluß dieses Verfahrens soll sie in einen anderen Bereich des Pflegeheimes versetzt und direkt dem ärztlichen Direktor unterstellt werden.

Verbot der Arzneimittelstudien aufgehoben

Auf Grund des Untersuchungsergebnisses wird das Verbot, mit dem Medikament Moclobemid in den Wiener Krankenanstalten Studien durchzuführen, aufgehoben. Selbstverständlich müssen alle bestehenden Bestimmungen eingehalten werden.

Mitglieder der Untersuchungskommission waren: Univ.-Prof. Dr. Peter BERNER, Vorstand der Psychiatrischen Universitätsklinik, Univ.-Prof. Dr. Georg GEYER, Vorstand der II. Medizinischen Universitätsklinik, Univ.-Prof. Dr. Karl TRAGL, Vorstand der 1. Medizinischen Abteilung des Franz-

Josef-Spitals und Obersenatsrat Dr. Wolfgang ZWINS, Leiter der Magistratsabteilung 17 (Anstaltenamt).

In Ergänzung zum Kommissionsbericht stellte Stadtrat Stacher fest, daß die Magistratsabteilung 17 bereits im Juni 1986 einen Erlaß herausgegeben hat, der die klinische Prüfung von Arzneimitteln und sonstige Arzneimittelproben sogar strenger regelt als das Arzneimittelgesetz („nachweisliche Einwilligung“ des Patienten). Die Einwilligung des Patienten muß in den Wiener städtischen Spitälern und Pflegeheimen „in einer der Krankengeschichte angeschlossenen Niederschrift beurkundet“ werden. Außerdem hält dieser Erlaß fest, daß die durch eine klinische Prüfung der Stadt Wien erwachsenden tatsächlichen Kosten abzugelten sind. Die Innenrevision der MA 17 wird nun kontrollieren, ob diese Verpflichtung erfüllt wurde.

Studienleiter werden über Rechtslage informiert

Stadtrat Stacher hat angeordnet, daß der Erlaß der MA 17 neuerlich allen Studienleitern zur Kenntnis gebracht wird. Außerdem sollen für die in Frage kommenden Ärzte in den städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen Informationskurse über die Rechtslage abgehalten werden. Studien sollen dann mehr von Ärztinnen und Ärzten durchgeführt werden dürfen, die nachweisen können, daß sie auch über die rechtliche Situation Bescheid wissen. (Schluß) sc/rr/gg

Forts. von Blatt 203

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt. Zeilenbreite 12,5 cm. ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 5. Februar 1988

Blatt 205

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Besucherrekord in den Wiener Hallenbädern (206)
- 14. Februar: Wien-Langlauf 1988 (206)
- Entwicklung der Kindergärten in Österreich (207)
- Sallaberger auf INFO-Besuch in der Donaustadt (208)
- Schwerverkehr durch Hietzinger Wohngebiete? (211)
- Pawkowicz: Donauraum positives Beispiel für Planungen (212)
- Wien braucht im Bundesländervergleich eher mehr als weniger Spitalsbetten (213)
- Auszeichnungen für RR Waissenberger und SR Lovecek (214)
- Terminvorschau vom 8. bis 19. Februar 1988 (215/216)
- „35A“ wegen Faschingsumzug gekürzt (nur FS)

Kultur:

- Ankauf einer Schubert-Zeichnung von Leopold Kupelwieser (209)

Wirtschaft:

- Wiener Messen auf Erfolgskurs (210)

Besucherrekord In den Wiener Hallenbädern

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Des einen Leid — des anderen Freud... Der Schnee läßt heuer zwar auf sich warten, aber die sportlichen Wiener haben die Konsequenzen gezogen und anstatt der Schi die Badehose ausgepackt. Im Jänner verzeichneten die zwölf Wiener Hallenbäder einen Superbesuch mit rund 173.000 Badegästen, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um ca. 33 Prozent bedeutet. Großer Beliebtheit erfreut sich auch die Aquarhythmik, die in acht Bädern durchgeführt wird.

Nähere Auskünfte über die Serviceeinrichtungen der städtischen Bäder erhält man unter der Nummer des Bädertelefons 15 35. (Schluß) du/rr

14. Februar: Wien-Langlauf 1988

Wien, 5.2. (RK-LOKAL) Unter dem Motto „Gelaufen wird in jedem Fall“ findet am 14. Februar mit Start um 9.30 Uhr auf der Jesuitenwiese im Prater eine Volkslanglaufveranstaltung statt. Der Bewerb: Schilanglauf — wenn es doch noch schneit — oder eben Laufen, wenn das Wetter so frühlinghaft bleibt. Die Streckenlänge ist 12 Km, teilnahmeberechtigt ist jedermann ab dem 11. Lebensjahr.

Anmeldungen sind bei allen Wiener Zweigstellen der Zentralsparkasse möglich, die Nenngebühr beträgt bis 10. Februar 40 Schilling. Nachnennungen sind am Start möglich, allerdings beträgt die Gebühr dann 100 Schilling.

Die Startnummernausgabe erfolgt am 14. Februar ab 8.30 Uhr, für Garderoben ist auf der Sportanlage Spenadlwiese gesorgt.

Weitere Auskünfte über diese Veranstaltung erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter Tel. 42 800/4189 oder 2733. (Schluß) hof/rr

Entwicklung der Kindergärten in Österreich

Neue Broschüre „Statistische Mitteilungen der Stadt Wien“ erschienen

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Die neue Ausgabe der „Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien“, die soeben erschienen ist, beschäftigt sich mit der Geschichte der Kindergärten in Österreich, und informiert über die Ergebnisse einer im Jahre 1987 durchgeführten Hundeerhebung.

Die Geschichte der Kindergärten reicht bis ins erste Drittel des 19. Jahrhunderts zurück. In der Gegenwart spielen sie für die außerfamiliäre Betreuung und Bildung der drei- bis sechsjährigen Kinder eine wesentliche Rolle. Zwischen 1961/62 und 1986/87 verdoppelte sich in Wien die Zahl der eingeschriebenen Kinder als auch deren Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung.

Im April des Vorjahres wurde eine schriftliche Befragung von 52.262 Hundehaltern vorgenommen, mehr als 9.000 Hundebesitzer haben die Fragebögen retourniert. Mit dieser Erhebung wurden Kriterien des Hundes wie Größe, Alter, Rasse und Lebenslauf, sowie der Hundehaltung, Bezugsperson, Pflege, Ernährung, Auslaufgewohnheiten, erfaßt.

Die „Statistischen Mitteilungen“, Heft 3/87, kosten 50 Schilling und sind beim Statistischen Amt der Stadt Wien, MA 66, 1, Volksgartenstraße 3, 2. Stock, erhältlich. (Schluß) ull/gg

Sallaberger auf INFO-Besuch in der Donaustadt

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Den ersten in einer Reihe geplanter Informationsbesuche in den Wiener Bezirken absolvierte Stadtrat Günther SALLABERGER dieser Tage in der Donaustadt.

Auf dem Programm der Informationsrundfahrt und des anschließenden mehrstündigen Gespräches mit Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ standen aktuelle Problembereiche der Donaustadt. In diesem aufstrebenden Bezirk gilt es, wie beide Politiker betonten, Reibungen zwischen Bezirksentwicklung und der bestehenden Struktur harmonisch zu beseitigen. Dazu gehören Fragen der Landschaftsgestaltung ebenso wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Betriebsansiedlungen.

Eine der Entwicklungschancen der Donaustadt stellt die Auffüllung zwischen den bisher eher sehr locker bebauten Gebieten dar. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Revitalisierung der alten Ortskerne und der Frage der Verkehrsentlastung dieser ehemaligen Dörfer.

Stadtrat Sallaberger verwies dabei auf die Empfehlungen der Donauraumjury und kündigte eine weitere intensive Befassung mit diesen Ortskernen an.

Weltausstellung: Bezirksbedenken gegen Standort Wagramer Straße

Ebenfalls zur Sprache kam die Frage eines im 22. Bezirk in Erwägung gezogenen Standortes für die geplante Weltausstellung. Von Seiten des Bezirkes gibt es dabei erhebliche Bedenken gegen einen Standort Wagramer Straße. Sallaberger verwies auch in diesem Zusammenhang auf die Empfehlungen der Donauraumjury, die für die Standortfrage weitere Untersuchungen anregte.

Positiv wurde aus der Bezirkssicht die Arbeit der Wiener Bundesstraßen AG beurteilt, die die Verlängerung der A 23 (Südost-Tangente) in der Donaustadt plant und durchführen soll.

Stadtrat Sallaberger kündigte abschließend weitere Bezirksbesuche an, um den gegenseitigen Informationsfluß zu verbessern. (Schluß) lf/rr

Ankauf einer Schubert-Zeichnung von Leopold Kupelwieser

Wien, 5.2. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß den Ankauf der Bleistiftzeichnung „Franz Schubert“ aus dem Jahr 1821 von Leopold Kupelwieser für die Museen der Stadt Wien. Die Zeichnung wird von einem deutschen Musikantiquar und Verleger zum Preis von 1,710.000 Schilling erworben. Sie ist bereits jetzt als Leihgabe in der Ausstellung „Bürgersinn und Aufbegehren — Biedermeier und Vormärz in Wien“ im Wiener Künstlerhaus zu sehen. (Schluß) gab/gg

Wiener Messen auf Erfolgskurs

Wien, 5.2. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wiener Messen & Congress Ges.mbH. befinden sich auf Erfolgskurs. Wie die Geschäftsführer, Gerd A. HOFFMANN und Prof. Dr. Reginald FÖLDY am Donnerstag abend bei einer Pressekonferenz bekanntgaben, wird für heuer ein Rekordumsatz von 360 Millionen Schilling angepeilt, das bedeutet gegenüber dem Vorjahre ein Zuwachs von rund 14 Prozent. In den letzten zwei Jahren wurden 216 Millionen Schilling in Neu- und Umbauten auf dem Messegelände investiert.

Internationale Zusammenarbeit wird forciert

Wie die beiden Geschäftsführer betonten, sei der „schwelende österreichische Messekrieg“ längst beigelegt. Aus dem Gegeneinander sei ein Miteinander geworden, nun gehe es darum, eine internationale Messe-Allianz zu formieren. Mit Budapest und Mailand haben bereits erste Kontakte erfolgversprechend begonnen. Es sei dies eine historische Chance für Wien als internationale Drehscheibe zwischen Ost und West.

Eigenes Messegesetz ist nötig

Da die Ladenschlußgesetze auch für Messeveranstaltungen gelten, könne es zu grotesken Situationen kommen, so daß an den Wochenenden auf den Messen eigentlich gar nicht verkauft werden dürfe, dabei gehe die internationale Tendenz ganz in Richtung Messe-Wochenendveranstaltungen. Daher sei ein eigenes Messegesetz nötig, um nicht mit den derzeit geltenden Gesetzen in Konflikt zu kommen, betonten die beiden Geschäftsführer. Mit einem eigenen Messegesetz sei es auch möglich, die Öffnungszeiten der Messen am Abend auszuweiten. (Schluß) fk/gg

Schwerverkehr durch Hietzinger Wohngebiete?

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Als nicht sehr durchdacht bezeichnete Verkehrsstadtrat Johann HATZL Freitag den Vorschlag der Hietzinger FPÖ, ein Fahrverbot für Schwerfahrzeuge im Baustellenbereich während des Umbaus der Westeinfahrt zu verordnen. „Das würde bedeuten, daß Teile der Umgebung der Westeinfahrt nicht versorgt werden könnten bzw. zu ihrer Versorgung die LKW durch Wohngebiete in den südlichen Bezirken fahren müßten“, sagte Hatzl. Überhaupt würde der Schwerverkehr durch eine solche Maßnahme geradezu in die Wohngebiete hineingedrängt. „Scheinbar sind der Hietzinger FPÖ nicht die Bewohner, sondern die Autos wichtiger“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/gg

Pawkowicz: Donaunraumwettbewerb positives Beispiel für Planungen

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Als positives Beispiel für Planungen in der Zukunft bezeichnete heute FPÖ-Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ den Wettbewerb „Chancen für den Donaunraum Wien“.

Besonders die transparente Art der Projektpräsentation gäbe der Wiener Bevölkerung eine Chance, sich umfassend zu informieren. In der Frage Zentralbahnhof kritisierte der Stadtrat, daß eine Variante Westbahnhof überhaupt nicht untersucht worden sei, und die Gefahr bestünde, daß eine weitere U-Bahn-Linie, nämlich die im Bau befindliche U 3, an einem möglichen Zentralbahnhof „vorbeiführe“. Überhaupt sei, so Pawkowicz, die Planungskoordination zwischen den ÖBB und der Stadt Wien unzureichend — eine Kritik, die er auf die Planungskompetenz zwischen Wien und Bund allgemein erweiterte.

Zur Weltausstellung meinte der Stadtrat, daß die FPÖ zwar nach wie vor skeptisch wegen der Finanzierung sei, in Fragen Standort aber der funktionslos gewordene Nordbahnhof auf jeden Fall Vorzug gegenüber der Verbauung wertvollen Grün- und Parkgebietes haben müsse. Zu einem Kraftwerk Freudenau könne die FPÖ erst dann ja sagen, wenn eine Reihe wichtiger Umweltfragen, insbesondere der Wassergüte im Stauraum geklärt seien, betonte Pawkowicz.

Im Zusammenhang mit einem möglichen Stau sei auch auf den Donaukanal und seine städtebauliche Aufwertung Rücksicht zu nehmen. (Schluß) lf/rr

Wien braucht im Bundesländervergleich eher mehr als weniger Spitalsbetten

Stacher zur Krankenhausfinanzierung

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) In der laufenden Diskussion über die Krankenhausfinanzierung in Österreich meldete sich Freitag der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, zu Wort. Der von manchen geforderte prozentuell gleichmäßige Abbau von Akut-Spitalsbetten in allen Bundesländern würde, so Stacher, die Stadt Wien stark benachteiligen.

Derzeit wird der Entwurf einer neuen Vereinbarung über die Krankenanstaltenfinanzierung in den Jahren 1988 bis 1990 zwischen den Ländern und dem Bund diskutiert. Ausgehend vom Stand der Akutbetten (ohne Psychiatrie und Neurologie) zu Ende des Jahres 1986, sollen in den Bundesländern gleichmäßig 2.600 Betten, das sind rund fünf Prozent, abgebaut werden. Von dieser Bettenreduktion macht der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) die Gewährung von Zuschüssen in Milliardenhöhe abhängig.

Wie Stadtrat Stacher betonte, hat die Stadt Wien in den Jahren von 1983 bis 1986 die Zahl der Akutbetten in den Spitälern bereits um 539 verringert. Mehrere Bundesländer haben in dieser Zeit jedoch die Zahl ihrer Akutbetten noch vermehrt. Die jetzt geplante lineare Kürzung der Spitalsbetten ist für Wien indiskutabel, weil sie keine Rücksicht auf bestehende Über- und Unterversorgungen nimmt.

Es genügt nicht, bei der Festlegung des Bettenbedarfs nur vom derzeitigen Bettenstand auszugehen. Der Wiener Gesundheitsstadtrat hat deshalb von seinem Anstaltenamt eine Studie ausarbeiten lassen, die bei der Berechnung des Bedarfs die Einwohnerzahl, die Zahl der Fremdpatienten, die in anderen Bundesländern versorgt werden, und die Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt.

Wie berechtigt die Einbeziehung solcher Daten ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß im Jahr 1986 in den Wiener Krankenanstalten 351.000 Patienten (Wiener und Nichtwiener) versorgt wurden, während in allen Spitälern in ganz Österreich nur 311.000 Wiener stationär behandelt wurden. Wie stark andererseits die Altersstruktur auf den Spitalsbettenbedarf durchschlägt, ist daraus ersichtlich, daß in Österreich Menschen, die älter als 75 Jahre sind, im Durchschnitt 7,2 Mal mehr Spitalsbetten beanspruchen als die Altersgruppe zwischen 16 und 45 Jahren.

Für die Berechnung des Bedarfs an Akutbetten in den Krankenhäusern ist daher die „Versorgungs-Bevölkerung“ maßgebend, also die Zahl der Menschen, die die Krankenhausleistungen eines Bundeslandes tatsächlich in Anspruch nehmen. Auf Grund einer solchen objektiven Berechnung ergibt sich, so Stacher, für Wien nicht eine Verringerung der Akutbetten von derzeit 12.409 um 606 Betten, wie das im Entwurf des KRAZAF vorgesehen ist, sondern ein zusätzlicher Bedarf von 367 Betten. Außer in Wien besteht ein zusätzlicher Bedarf nur noch in Niederösterreich. Hingegen müßten alle anderen Bundesländer Betten reduzieren, zum Teil wesentlich mehr als im Entwurf des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds geplant.

Stacher abschließend: „Die neuen Berechnungen bestätigen abermals meine Feststellungen, daß die Ostregion — bezogen auf die zu versorgende Bevölkerung — weniger Akutbetten hat als die Westregion.“ (Schluß)
sc/rr

Auszeichnungen für RR Walssenberger und SR Lovecek

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Freitag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an die Generalsekretärin des Vereins Wiener Festwochen, Regierungsrat OAR Hildegard WAISSENBERGER, das Silberne Ehrenzeichen sowie an Senatsrat Prof. Dr. Josef LOVECEK das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Der Ehrung wohnten Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK, Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN sowie der Vorsitzende des Kulturausschusses des Wiener Gemeinderates, Dkfm. Dr. Adolf AIGNER bei. (Schluß) red/rr

Terminvorschau vom 8. bis 19. Februar 1988

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 8. bis 19. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 8. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Eröffnung Mieterbetreuungslokal George-Washington-Hof, Bez.-Vorsteher Neiger und Prucha (Mieterbüro, 10, Köglergasse 9, Ahornhof, Stiege 1/Tür 3)

10.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „Baderweiterung Oberlaa“ (Thermalbad Oberlaa, 10, Kurbadstraße 10)

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 9. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Handelskammer „Faschingsumzug“ (Haus der Kaufmannschaft, 4, Schwarzenbergplatz 14)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Komm.-Rat Dkfm. Kurt Biak, Prof. Oscar Deeglise, Prof. Dr. Georg Schreiber (Steinerner Saal I, Rathaus)

MITTWOCH, 10. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Pasterk an Waltraud Haas, Ida Krottendorf, o. Hochschulprof. Maximilian Melcher u. Kammerschauspielerin Gusti Wolf (Steinerner Saal I, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „HBW“ (in der HBW)

13.00 Uhr, Pressebesichtigung des Überfallbauwerkes „Regenauslaß XIV“ mit StR. Dr. Häupl (3, Erdberger Lände 8-10, nach Rotundenbrücke)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Häupl an Ing. Eduard Finger und Walter Zeman (Steinerner Saal I, Rathaus)

DONNERSTAG, 11. FEBRUAR:

10.30 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „Augarten“ (Schloß Augarten)

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „20 Jahre Ludwig-Boltzmann-Institut für Hämatologie und Leukämieforschung“ (Haus der Industrie, 1, Schwarzenbergplatz)

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Vizepräs. Komm.-Rat Friedrich Wiesel, Dr. Robert Müller, Dior. Gerold Wächter und Friedrich Frey (Steinerner Saal I, Rathaus)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Häupl an Franz Donnert, Christine Felcman, Reg.-Rat i.P. Walter Findeis, Karl Igl, Erwin Pettirsch, Hilde Reitermaier, Peter Kauderer (Nordbuffet, Rathaus)

19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „ÖCAD“ (Rathauskeller)

19.30 Uhr, Eröffnung des Mieterbetreuungslokals Rabenhof (3, Baumgasse 33-37/Stiege 34/Tür 1 und Tür 4)

FREITAG, 12. FEBRUAR:

- 9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung
- 11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Carlo Scherer (Arb.-Zi., Bgm.)
- 11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport
- 14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur

SAMSTAG, 13. FEBRUAR:

- 9.30 Uhr, Eröffnung Mieterbetreuungslokal Svoboda-Hof/Karl-Marx-Hof durch StR. Edlinger (19, Geistingergasse 2/Stiege 1/Tür 3)
- 15.00 Uhr, Faschingsumzug der Wiener Wirtschaft

SONNTAG, 14. FEBRUAR:

- 9.30 Uhr, Volks(schi)langlauf a. d. Jesuitenwiese (Prater)

MONTAG, 15. FEBRUAR:

- 9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales
- 10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Edlinger an Herbert Wimmer (Arb.-Zi, Edlinger)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 16. FEBRUAR:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 17. FEBRUAR:

- 10.00 Uhr, Eröffnung der Freizeitmesse durch StR. Häupl (Messe-gelände)
- 15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Pasterk an Johannes Leo Gruber, Christiane Feldmann-Räntz, Wilhelm Heidenhofer, Prof. Johanna Jonas-Lichtenwallner, Obmann Friedrich Schindl (Steinerne Saal I, Rathaus)

FREITAG, 19. FEBRUAR:

- 11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Sallaberger „Gürtelkommission“ (1, Vorlaufstraße)
- (Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 215

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 8. Februar 1988

Blatt 217

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Teilstück der Wienerbergstraße erhält neue Fahrbahndecke (219/FS: 6.2.)
- Fastenmarkt rund um die Kalvarienbergkirche (220/FS: 7.2.)
- Kürzung der „Nahverkehrsmilliarde“ gefährdet Lebensqualität der Städte (223/224)
- Mieterbetreuungslokal im George-Washington-Hof (225)
- ÖVP fordert Zeitplan für Donauraum (226)
- Thermalbad Wien-Oberlaa wurde größer (227)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Leopoldstädter Bezirksvertretung (225)

Kultur:

- Preise der Stadt Wien: Einreichfrist bis 15. März (218/FS: 6.2.)
- 65. Geburtstag von Vera Ferra-Mikura (222)

Sport:

- Hohe Auszeichnungen für Ing. Finger und Walter Zeman (221)

Preise der Stadt Wien: Einreichfrist bis 15. März

Wien, 6.2. (RK-KULTUR) Auch 1988 vergibt die Stadt Wien wieder Preise für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung. Bewerbungen können mit einem ausführlichen Lebenslauf sowie einem vollständigen Verzeichnis über Werke und Publikationen bis spätestens 15. März an das Kulturamt der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5 (Auskunft: Tel. 42 800/3921 Durchwahl), gerichtet werden.

Die Preise werden als Würdigung für das bisherige Gesamtwerk auf den Gebieten Literatur, Publizistik, Musik, Bildende Kunst, Geistes- und Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften und Technische Wissenschaften, Medizinische Wissenschaften sowie Volksbildung vergeben. Sie werden vom Bürgermeister der Stadt Wien auf Empfehlungen von Jurys zuerkannt.

Preise der Stadt Wien werden nur an Einzelpersonen vergeben und können auch an Ausländer verliehen werden. Leistungen, die bereits mit einem Preis der Stadt Wien ausgezeichnet wurden, sind von der Vergabe ausgeschlossen. Ebenso kann Werken der reinen Unterhaltungsmusik sowie Bearbeitungen fremder Werke der Musik-Preis nicht zuerkannt werden. (Schluß) gab/gg

Bereits am 6. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Teilstück der Wienerbergstraße erhält neue Fahrbahndecke

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Voraussichtlich ab Mittwoch, den 10. Februar (eine witterungsbedingte Verschiebung auf den 11. Februar ist möglich) erfolgt in der Wienerbergstraße im 12. Bezirk wegen der Herstellung einer neuen Straßendecke (im Zuge der Gesamtsanierung dieses Straßenzuges) im Bereich Eibesbrunnergasse bis Pottendorfer Straße eine Umleitung des Verkehrs, die voraussichtlich bis September dieses Jahres in Kraft bleiben wird.

Der Verkehr in Richtung Triester Straße wird über die Wurmbstraße, Unter-Meidlinger-Straße und Eibesbrunnergasse geführt; in der Gegenrichtung über die Eibesbrunnergasse — Unter-Meidlinger-Straße und Pottendorfer Straße. (Schluß) pz/rr

Bereits am 6. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Fastenmarkt rund um die Kalvarienbergkirche

Wien, 7.2. (RK-LOKAL) Vom 13. Februar bis 4. April findet in Hernals, rund um die Kalvarienbergkirche, der schon traditionelle Fastenmarkt statt, auf dem Ostereier, Kerzen und andere Marktprodukte angeboten werden.

Der Hernalser Kalvarienberg, eine historische Rarität, wurde 1639 mit der Errichtung eines Kreuzweges eingeweiht, der von der Stephanskirche nach Hernals führte. Entlang des Weges befanden sich sieben Leidensstationen, von denen die letzte beim Heiligen Grab in der damaligen Hernalser Pfarrkirche war. 1714 wurde ein „Kalvarienberg“ neben der Kirche errichtet, der später abgetragen wurde. Die Passionsreliefs befinden sich nun am Kreuzweg in der Galerie rund um die Pfarrkirche.

Anlässlich der Eröffnung des Marktes wird am Sonntag, dem 14. Februar, ein Faschingsumzug durchgeführt. Treffpunkt ist um 14.30 Uhr der Diepoldplatz, von dort wird der Zug über Leopold-Ernst-Gasse/Dornerplatz/Kalvarienberggasse zum Fastenmarkt geführt. (Schluß) ull/rr

Bereits am 7. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Hohe Auszeichnungen für Ing. Finger und Walter Zeman

Wien, 8.2. (RK-SPORT) Im Steinernen Saal des Rathauses werden am 10. Februar um 14 Uhr hohe Auszeichnungen an Persönlichkeiten, die sich um den Sport in unserem Land verdient gemacht haben überreicht: Ing. Edi FINGER, der „Torschreier der Nation“, der durch seine Rundfunk-Übertragungen Anerkennung über Österreich hinaus gefunden hat, erhält das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Walter ZEMAN, schon zu Lebzeiten zu einer Tormannlegende geworden, der „Panther von Glasgow“, der ganz entscheidenden Anteil an den Erfolgen der Österreichischen Nationalmannschaft in den 50er-Jahren hatte, erhält das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Die Ehrung nimmt Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL vor. (Schluß) hof/bs

65. Geburtstag von Vera Ferra-Mikura

Wien, 8.2. (RK-KULTUR) Die Schriftstellerin Vera Ferra-Mikura wurde am 14. Februar 1923 in Wien geboren. Nach der Pflichtschule besuchte sie eine Abendhandelsschule und arbeitete dann als Stenotypistin in einem Architekturbüro. 1945 wurde sie Sekretärin und Lektorin des „Festungsverlages“, in dem dann 1946 ihr erstes Buch erschien, der Gedichtband „Melodie am Morgen“. Ihr erstes Kinderbuch veröffentlichte sie 1947 unter dem Titel „Der Käferspiegel“. 1948 heiratete sie Ludwig Mikura, einen Tänzer an der Wiener Staatsoper. Aufgrund des großen Erfolges ihrer ersten Bücherentschloß sie sich, freie Schriftstellerin zu werden.

Als 1951 erstmals Förderungspreise der Stadt Wien vergeben wurden, erhielt sie einen der Preise für Literatur. Im selben Jahr bekam sie auch den Lyrikpreis der Zeitschrift „Neue Wege“. Größte Popularität erlangte Ferra-Mikura mit ihren Kinder- und Jugendbüchern (z. B. den „Drei Stanisläusen“).

Aus dem Bereich der Literatur für Erwachsene ist aus neuerer Zeit der bemerkenswerte Text „Horoskop für den Löwen“ zu erwähnen. Vera Ferra-Mikura hat für ihr bisheriges umfangreiches Werk viele Preise bekommen und wurde 1983 auch mit dem Berufstitel „Professor“ ausgezeichnet. (Schluß) red/gg

Kürzung der „Nahverkehrsmilliarde“ gefährdet Lebensqualität der Städte

Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Im Bundesvoranschlag 1988 ist eine Kürzung der sogenannten „Nahverkehrsmilliarde“ von 270 Millionen Schilling auf 140 Millionen vorgesehen. Nächstes Jahr könnten die Mittel überhaupt gestrichen werden. Dies trifft neben Wien noch sieben weitere österreichische Städte, die über leitungsgebundene öffentliche Verkehrsmittel verfügen, sowie alle Städte, die Busbahnhöfe errichten. Wien ist darüber hinaus noch von einer Kürzung der Investitionshilfen für den U-Bahn-Bau um 155 Millionen betroffen.

Der Österreichische Städtebund hat deshalb ein Gutachten des „Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums“ in Auftrag gegeben, das die Auswirkungen dieser Maßnahmen durchleuten soll. Dieses Gutachten kommt zu dem Schluß, daß in den letzten zehn Jahren die unternommenen Anstrengungen bereits beeindruckende Erfolge für den öffentlichen Verkehr gebracht haben, daß aber noch erhebliche weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Lebensqualität der Städte durch attraktive öffentliche Verkehrsmittel weiter zu erhöhen. Eine Abkehr von der Förderung des öffentlichen Verkehrs in Form der „Nahverkehrsmilliarde“ würde die bisherigen Erfolge in Frage stellen und eine Fortsetzung der Verbesserungsmaßnahmen wesentlich beeinträchtigen.

Die „Nahverkehrsmilliarde“ geht auf das Jahr 1976 zurück und ist keineswegs eine österreichische Spezialität. Auch in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland gibt es ähnliche Zuschüsse durch den Bund. In Österreich stiegen durch sie die Investitionen um mehr als die Hälfte, die Anzahl der Fahrgäste im öffentlichen Nahverkehr stieg um ein Drittel. Die Städte konnten im Durchschnitt jährlich 730 Millionen Schilling investieren.

In den acht Städten mit leitungsgebundenem öffentlichen Nahverkehr leben 30 Prozent der österreichischen Bevölkerung und 40 Prozent der Beschäftigten. Der Berufsverkehr nimmt zu. Dementsprechend steigen auch die Investitionen im öffentlichen Nahverkehr. 1988 sollten schon über 1,1 Milliarden investiert werden. In den großen Städten Wien (Fortsetzung des U-Bahn-Baus, Bevorrangungsprogramm, Intervallverdichtungen), Graz (Bau einer Zentralwerkstätte), Linz (Ausbau des Hauptbahnhofes), Salzburg (weiterer Ausbau des O-Bus-Netzes) und Innsbruck (Einrichtung eines O-Bus-Netzes) stehen ganz wichtige Vorhaben an.

Eine Kürzung der „Nahverkehrsmilliarde“ würde bedeuten, daß diese Vorhaben nicht oder nur in eingeschränktem Umfang durchführbar werden. Einige dieser Vorhaben wurden im Vertrauen auf eine Zuteilung der Bundesmittel bereits begonnen.

Eine Kürzung der Investitionshilfen des Bundes für den städtischen öffentlichen Nahverkehr stünde auch im Widerspruch zu allen verkehrspolitischen und umweltpolitischen Erklärungen, unter anderem auch zur Regierungserklärung. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht gibt es einige ganz wichtige Argumente für den öffentlichen Nahverkehr: So sind öffentliche Verkehrsmittel sehr sicher und vermeiden hohe Unfallfolgekosten — diese sind im Straßenverkehr etwa acht Mal so hoch wie im Schienenverkehr. Im Verhältnis zu den Transportleistungen zeichnet sich der öffentliche Verkehr durch sehr geringe Schadstoffemissionen und auch durch geringere Lärmentwicklung aus. Der Straßenverkehr verursacht in Österreich zirka 65 Prozent der Stickoxid-, mehr als die Hälfte der Kohlenmonoxid- und der Kohlenwasserstoff-Emissionen. In städtischen Gebieten sind diese Werte noch wesentlich höher.

Der öffentliche Verkehr ist im Vergleich zum Individualverkehr energiesparend, er verbraucht durchschnittlich weniger als ein Fünftel der Energie

in Relation zur Beförderungsleistung. Bei nur einem Drittel weniger Fahrgäste bei den Wiener Verkehrsbetrieben (einen Wert, der vor rund zehn Jahren realistisch war), würden rund 90 Millionen Liter Benzin oder Diesel mehr — mit den entsprechenden Schadstoffemissionen — verbraucht. Das entspräche einem Kaufkraftabfluß von rund 150 Millionen Schilling ins Ausland.

Schließlich sind öffentliche Verkehrsmittel im städtischen Bereich extrem platzsparend. In Durchschnitt brauchen Personenkraftwagen bei gleicher Beförderungsleistung die 25-fache Fläche eines Straßenbahnzuges.

Investitionen für den öffentlichen Nahverkehr nützen fast ausschließlich der österreichischen Wirtschaft und bewirken erhebliche Beschäftigungseffekte. Mit der Herstellung von Straßenbahnwagen, Bussen und U-Bahn-Garnituren sind in Österreich nach Schätzungen von Fachleuten rund 2.500 Arbeitnehmer beschäftigt.

Eine Kürzung der Nahverkehrsmilliarde würde einen gravierenden Nachteil für jene Städte bedeuten, die innerhalb ihrer Grenzen den öffentlichen Verkehr selbst finanzieren müssen, während im übrigen Bereich öffentliche Verkehrsmittel überwiegend vom Bund (ÖBB und Post) finanziert werden. Interessant ist ein Vergleich der Beförderungsleistungen im Nahverkehr zwischen ÖBB und städtischen Verkehrsbetrieben. Danach haben die ÖBB im Nahverkehr 1986 eine Leistung von 3,38 Milliarden Personenkilometer erbracht, die städtischen Verkehrsbetriebe jedoch 4,10 Milliarden. Die städtischen Verkehrsbetriebe erhielten aber schon vor der Kürzung des Gemeindeanteils an der Nahverkehrsmilliarde nur ein Viertel des ÖBB-Zuschusses aus diesem Titel. (Schluß) roh/rr

Mieterbetreuungslokal im George-Washington-Hof

Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Im George-Washington-Hof, mit fast 1.100 Wohnungen eine der größten städtischen Wohnhausanlagen aus der Zwischenkriegszeit, wurde Montag im Beisein der Bezirksvorsteher von Favoriten und Meidling, Leopold PRUCHA und Ing. Kurt NEIGER, ein Mieterbetreuungslokal eröffnet. Damit soll für die geplante Generalsanierung der Anlage eine für die Mieter leicht erreichbare Informationsstelle eingerichtet werden, die gleichzeitig auch die Mitwirkung der Bewohner am gesamten Sanierungsgeschehen gewährleisten soll.

Denn der endgültige Umfang der Sanierungsarbeiten und somit auch die Kosten sollen erst nach einem Diskussionsprozeß mit den Hausbewohnern feststehen. In dieser Vorbereitungsphase, die zumindest bis zum Sommer dieses Jahres dauern soll, werden Mieterversammlungen und Befragungsaktionen durch diese Mieterbetreuungsstelle organisiert. Darüberhinaus wird dieses Mieterbüro die Bewohner über finanzielle Hilfen oder die Möglichkeiten der Einzelwohnungsverbesserung individuell beraten. Betreut wird dieses Mieterbüro durch Gebietsbetreuer aus Favoriten und Meidling. Eingerichtet ist das Mieterbüro im „Ahornhof“ (10, Köglergasse 9/Stiege 1/Tür 3). Die Öffnungszeiten sind Montag und Mittwoch von 16 bis 19 Uhr sowie Dienstag und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr.

Der George-Washington-Hof umfaßt 1.084 Wohnungen. Mit dem Bau wurde 1927 begonnen. Von den Architekten Krist und Oerley als „Gartenstadt“ konzipiert, zeichnet sich die Anlage durch geringe Baudichte und Bauhöhe sowie eine Öffnung der Höfe aus. Typisch für die Anlage ist die Fassadengliederung durch engsprossige Verandenverkleidungen sowie die Benennung der einzelnen Höfe nach den in ihnen gepflanzten Baumkulturen. (Schluß) ah/bs

Sitzung der Leopoldstädter Bezirksvertretung

Wien, 8.2. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Leopoldstädter Bezirksvertretung findet am Dienstag, den 16. Februar, um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorsteherung 2, Karmelitergasse 9, 2. Stock, statt. (Schluß) smo/gg

ÖVP fordert Zeitplan für Donauraum

Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Die Donauraumgestaltung dürfe sich nicht in einer eventuellen Staustufe erschöpfen, betonte ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK am Montag in einem Pressegespräch. Der Wettbewerb sowie die Diskussion über den Zentralbahnhof und den Gürtelausbau hätten bewiesen, wie notwendig rechtzeitige politische Beschlüsse über die weitere Stadtentwicklung und die Donauraumgestaltung seien.

Die Wiener Volkspartei fordere daher die Erarbeitung eines Zeitplanes und die Reaktivierung der Stadtentwicklungskommission.

Die politischen Beschlüsse müßten bis Ende 1989 vorliegen, die noch ausstehenden Studien müßten bis Mitte des kommenden Jahres fertig sein. In einem Sondergemeinderat, im Frühjahr 1990, sollte die Diskussion der Donauraumgestaltung stattfinden. In diesem politischen Gremium müßte dann der Beschluß gefaßt werden über die Durchführung einer Volksabstimmung über alle Großprojekte, die im Zusammenhang mit der Donauraumgestaltung notwendig werden. Auch die Finanzierung sei noch ungeklärt, meinte Busek, und verwies darauf, daß die Hauptarbeit für die künftige Gestaltung noch „vor uns liegt“. (Schluß) fk/bs

Thermalbad Wien-Oberlaa wurde größer

Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Nach einjähriger Bauzeit wurde die dritte Ausbaustufe im Thermalbad Wien-Oberlaa fertiggestellt. Die neue Anlage umfaßt einen Garderobentrakt mit mehr als 250 zusätzlichen Umkleidemöglichkeiten und liegt eingebettet zwischen Tennishalle, Kurpark und dem bestehenden Thermalbad. Neu ist ein Sportbecken mit einer Wassertemperatur von — je nach Bedarf — 26 bis 28 Grad, das auch sportliches Schwimmen ermöglicht. Mit der Erweiterung des Badegartens um 2.500 Quadratmeter sowie großzügigen Terrassenanlagen erwartet der Kurbetrieb auch eine Verbesserung des Besuches während der Sommermonate.

Neu eingerichtet wurde ein Selbstbedienungsrestaurant mit einem umfangreichen und preiswerten Angebot. Je ein Bio-Saunarium für Damen und Herren und zwei zusätzliche Eukalyptusstuben runden den Gesundheitsbereich im Bad ab.

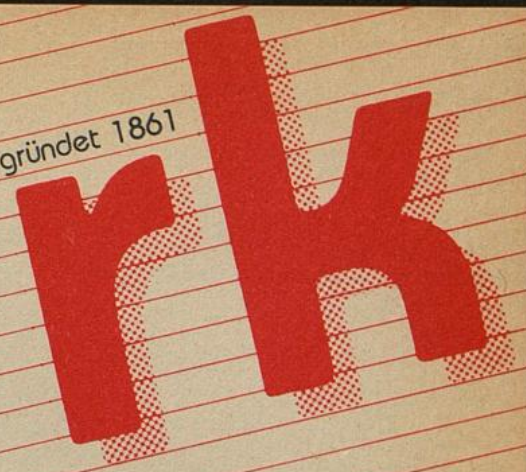
Die Bausumme, die vom Kurbetrieb Wien-Oberlaa selbst aufgebracht wurde, beträgt 54 Millionen Schilling.

Seit Dezember 1987 wird eine Vier-Stunden-Karte zum Preis von 105 Schilling (Kabine) und 95 Schilling (Kästchen) angeboten, mit denen alle Einrichtungen des Thermalbades benützt werden können. (Schluß) ull/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrašek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt. Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 9. Februar 1988

Blatt 228

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Dr. Baumgartner Leiter der neuen Onkologie in Lainz (229/FS: 8.2.)
- Die Sanierung der großen Zwischenkriegswohnbauten beginnt (232/233)
- Neuer Steg über die Liesing (234)
- Radwegeprogramm 1988 bringt zahlreiche neue Vorhaben (235/236)

Kultur:

- Festwochen: Ausschreibung der künstlerischen Leitung (230)
- 150. Geburtstag von Ernst Mach (231)

Dr. Baumgartner Leiter der neuen Onkologie in Lainz

Stacher: Krebserkrankungen nehmen leider zu

Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Montag vormittag den Leiter der neu geschaffenen 5. Medizinischen Abteilung mit Onkologie im Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz, den Facharzt für Innere Medizin, Dr. Gerhard BAUMGARTNER, in sein Amt ein. In der neuen Abteilung, in der man sich besonders mit der Therapie von Krebserkrankungen beschäftigen wird, stehen bereits 21 Betten zur Verfügung — später werden es 74 Betten sein.

Dr. Baumgartner arbeitete im Hanusch-Krankenhaus zuerst unter dem Hämatologen Prof. Fleischhacker und später unter Prof. Stacher. Seit 1984 befaßte er sich mit der medizinischen Planung der Onkologischen Abteilung im Krankenhaus Lainz und arbeitete beim Aufbau der Abteilung mit. Seit Mai 1987 ist er interimistischer Leiter dieser Abteilung.

Stadtrat Stacher wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Zahl der Krebsersterkrankungen in Wien leider zunimmt. Gab es 1980 6.497 Fälle von Neuerkrankungen, so waren es 1985 bereits 6.928 Fälle, also um fast 7 Prozent mehr. Daher muß in den Wienerstädtischen Krankenhäusern die bestmögliche Behandlung von krebserkrankten Patienten geboten werden.

Wie der Gesundheitsstadtrat betonte, hat es in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine enorme Entwicklung in der Tumorbehandlung gegeben — vor allem durch die zytostatische Chemotherapie. Gab es vor 20 Jahren nur 21 Zytostatika, von denen nun 12 nicht mehr existieren, so sind es heute rund 70 Präparate.

Die Behandlung mit diesen Medikamenten ist allerdings sehr kompliziert und erfordert große Erfahrungen in der Praxis. Besonders wichtig ist dabei auch eine gute Zusammenarbeit mit der Strahlentherapie und der Chirurgie. Im Krankenhaus Lainz besteht nun die Möglichkeit für eine international erstklassige onkologische Behandlung der Patienten in einer menschlichen Atmosphäre. (Schluß) sc/gg

Bereits am 8. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Festwochen: Ausschreibung der künstlerischen Leitung

Wien, 9.2. (RK-KULTUR) Mit einer Ausschreibung in österreichischen und internationalen Medien wird von den Wiener Festwochen eine Persönlichkeit für die künstlerische Leitung gesucht. Bewerber(innen) sollen neben den für das Kunstmanagement selbstverständlichen Fähigkeiten folgende Voraussetzungen mitbringen:

- Mehrjährige Erfahrung in der Leitung, Programmgestaltung oder künstlerischen Betreuung von Kulturbetrieben
- Profunde Kenntnis des österreichischen und internationalen Kulturlebens, insbesondere in den Bereichen: Ausstellungen, Schauspiel, Musik- und Tanztheater, Konzerte.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen, einschließlich Lebenslauf, ausführlichem, künstlerischem Konzept, Nennung des frühestmöglichen Tätigkeitsbeginns und der Ansprüche werden bis längstens 31. März erbeten. Sie sind direkt an die Präsidentin der Wiener Festwochen, Dr. Ursula Pasterk, A-1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, zu richten. Die vertrauliche Behandlung wird auf Wunsch zugesichert. (Schluß) gab/gg

150. Geburtstag von Ernst Mach

Wien, 9.2. (RK-KULTUR) Der Physiker und Philosoph Ernst MACH wurde am 18. Februar 1838 in Turas bei Brünn in Mähren (heute Turany), als Sohn eines Gymnasiallehrers geboren. Den ersten Unterricht genoß Ernst Mach, der schon als Kind ein auffallendes Interesse an den Naturwissenschaften zeigte, bei seinem Vater und später im Gymnasium. 1855 maturierte er in Kremsier. Als Zweiundzwanzigjähriger wurde er 1860 an der Wiener Universität zum Dr.phil. promoviert.

Seine ersten Vorlesungen hielt Mach bereits im Winter-Semester 1861/62 an der Universität Wien. 1862 erhielt er eine Berufung als o.Professor der Mathematik — also nicht in seinem eigentlichen Lehrfach — nach Graz, der erst vier Jahre später eine solche für Physik folgte. Im April 1867 wurde Ernst Mach an die Universität Prag als Professor für Experimentalphysik berufen, an der er bis 1895 lehrte. Hier entstanden seine später klassisch gewordenen Arbeiten auf dem Gebiet der Physik, der Sinnesphysiologie, historisch-kritische Arbeiten über Physik sowie die Formulierung seiner Erkenntnislehre. Auch für den Physikunterricht entwickelte Mach damals neue Lehrmittel (Mach'sche Wellenmaschine, Pendelapparat zur Darstellung der Beschleunigung), die heute noch verwendet werden.

1895 wurde Mach an die eigens für ihn geschaffene Lehrkanzel für Philosophie, insbesondere für Geschichte und Theorie der induktiven Wissenschaften, an der Universität Wien berufen. Wegen eines Schlaganfalles mußte Mach 1901 seine Vorlesungen absagen und sein Pensionsgesuch einreichen. Eine ihm angebotene Erhebung in den Adelsstand lehnte er ab, nahm jedoch die Berufung als lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses an. Am 19. Februar 1916 ist Mach in Haar bei München verstorben.

Machs Verdienste auf dem Gebiet der Physik sind von fundamentaler und weittragender Bedeutung. 1860 gelang ihm die experimentelle Erzeugung des sogenannten Doppler-Effekts im Laboratorium, wobei er die Abhängigkeit der Schallwellenfrequenz von der Bewegung der Schallquelle nachwies. Er machte erstmals (1872) Schallschwingungen stroboskopisch sichtbar und entwickelte die wichtigsten Methoden der Stroboskopie. 1876 führte er Messungen der Fortpflanzungsgeschwindigkeit verschiedener Schall- und Explosionswellen durch. Im Jahr darauf photographierte er erstmals Luftverdünnungen und -verdichtungen an fliegenden Projektilen, wobei ihm die Entdeckung der nach ihm benannten Mach'schen Wellen sowie des Mach'schen Kegels gelang.

In seinem Werk „Die Mechanik in ihrer Entwicklung historisch-kritisch dargestellt“ (1883), das durch die Kritik an der klassischen Newton'schen Mechanik und am Raumbegriff wesentlichen Einfluß auf die Weiterentwicklung der Physik, insbesondere im Hinblick auf die Relativitätstheorie Albert Einsteins, hatte, entwarf Mach auch seine Lehre der Denkökonomie. Als sein wichtigstes philosophisches Werk gilt seine 1886 erschienene „Analyse der Empfindungen und das Verhältnis des Physischen zum Psychischen“. Für die philosophische Schule des sogenannten „Wiener Kreises“ von der Mitte der zwanziger Jahre bis 1936 war der sensualistische Empirismus Machs grundlegende Voraussetzung. Sein Name hat auch als Geschwindigkeitsbezeichnung überlebt. (Schluß) red/bs

Die Sanierung der großen Zwischenkriegswohnbauten beginnt

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener kommunale Wohnbau der Zwischenkriegszeit hat wegen seiner architektonischen und sozialen Qualität Weltgeltung erlangt. Wohnhausanlagen wie der Karl-Marx-Hof sind Wahrzeichen Wiens geworden. Nun soll auch die notwendige Sanierung dieser großartigen Bauwerke wieder in vorbildlicher Weise erfolgen. Vorbildlich bedeutet in erster Linie in Zusammenarbeit und unter Rücksichtnahme auf die Mieter, dies erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die umfassende Sanierung der größten Zwischenkriegswohnbauten der Gemeinde Wien kommt dabei nun in eine entscheidende Phase: Die genaue Erhebung des Sanierungsbedarfes in den Wohnhausanlagen Karl-Marx-Hof (19. Bezirk), George-Washington-Hof (10. und 12. Bezirk) und Rabenhof (3. Bezirk) ist nun weitgehend abgeschlossen. Für die etwa 1.100 bis 1.300 Wohnungen umfassenden Anlagen werden Kosten für jeweils rund 200 Millionen Schilling für Sanierungsmaßnahmen an den allgemeinen Teilen der Gebäude („Sockelsanierung“) sowie weitere 100 Millionen Schilling je Anlage für freiwillige Einzelwohnungsverbesserungen angenommen. Dies bedeutet in Summe Kosten von 600 Millionen Schilling für die hauseseitigen und weitere 300 Millionen Schilling für die wohnungsseitigen Sanierungsmaßnahmen in diesen drei Wohnhausanlagen.

Diese Kostenschätzungen sind als Vorschlag für jene Sanierungsmaßnahmen zu verstehen, die sinnvoll und notwendig sind und in Zukunft ständige und teure Erhaltungs- und Reparaturarbeiten ersparen sollen. Dazu zählen insbesondere die Reparatur der Dächer und Rauchfänge, die Sanierung oder Erneuerung der Fenster, die Verbesserung der Wärmedämmung der Fassaden und obersten Geschoßdecken, die Verbesserung des Feuchtigkeitsschutzes, die Erneuerung der Versorgungseinrichtungen wie Strom-, Gas-, Fernwärmeversorgung, Wasser- und Abwasserleitungen, Sprechanlagen, Telefon und Telekabel, Maßnahmen in den Stiegenhäusern wie Aufzugseinbau, Maler- und Anstreicherarbeiten, Erneuerung von Beleuchtung, Verputz, Stiegegeländer oder Wohnungstüren, Sanierung der Keller, Verbesserung der sogenannten Außenanlagen wie Grünflächen, Kinderspielflächen und Verkehrsflächen sowie der Gemeinschaftseinrichtungen. Dazu zählt aber letztlich auch eine ordnungsgemäße Instandhaltung dieser architektonisch und historisch wertvollen Gebäude im Sinne des Denkmalschutzes.

Diese Vorschläge sollen nun den Mietern zur Beratung vorgelegt werden, die in einem Prozeß demokratischer Willensbildung — etwa in Mieterversammlungen, durch Befragungsaktionen und Informationsgespräche — darüber entscheiden sollen, ob und in welchem Umfang Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Daher werden die endgültigen Kosten auch erst nach dieser Phase feststehen. Da über die Kostenbelastung und Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Möglichkeiten der Einzelwohnungsverbesserung eine individuelle Beratung besonders notwendig ist, werden nun in den betreffenden Wohnhausanlagen MIETERBETREUUNGSLOKALE (MIETERBÜROS) eingerichtet. Damit soll eine laufende Information der Mieter und ihre Mitwirkung am Sanierungsprozeß gewährleistet werden.

Im Rabenhof haben bereits die ersten Mieterversammlungen stattgefunden, im Karl-Marx-Hof und im George-Washington-Hof werden die ersten demnächst stattfinden. Im Anschluß daran sollen die Projekte zur Förderung eingereicht werden, sodaß voraussichtlich im Frühjahr 1989 die Bauarbeiten beginnen können und bis 1992 abgeschlossen sind.

Die Kostenschätzungen ergaben, daß aufgrund der günstigen Förderungen nach dem Wohnhaussanierungsgesetz trotz hoher Sanierungsinvestitionen die monatliche Mietzinsmehrbelastung nur durchschnittlich 10 Schilling pro Quadratmeter über einen Zeitraum von 10 Jahren ausmachen wird. Einkommensschwächere Haushalte haben darüberhinaus die Möglichkeit, den Wohnungsaufwand durch Inanspruchnahme der Wohnbeihilfe auf ein zumutbares Maß zu senken. Dadurch wird es beispielsweise für Einpersonenhaushalte mit einem Einkommen bis zu 8.500 Schilling in einer 50-m²-Wohnung oder für eine Familie mit zwei Kindern bei einem Einkommen bis zu 13.000 Schilling in einer 70-m²-Wohnung, wenn keine Verbesserungsmaßnahmen in den Wohnungen selbst vorgenommen wurden, zu keinerlei Erhöhungen gegenüber dem derzeitigen Mietzins kommen!

Weil den Bewohnern der Wohnhausanlagen auch die Möglichkeit einer Verbesserung ihrer Wohnqualität durch Wohnungszusammenlegungen gegeben werden soll, werden seit einiger Zeit freigewordene Kleinwohnungen nicht mehr neu vermietet.

Organisiert und durchgeführt werden diese Sanierungsvorhaben von sogenannten PROJEKTGRUPPEN, in denen unter Federführung der Baudirektion (Gruppe Hochbau), planende Architekten oder Baugesellschaften, die jeweiligen Bezirksvorstehungen, die zuständigen Magistratsabteilungen, der Wiener Stadterneuerungsfonds, Gebietsbetreuer und das Büro der Geschäftsgruppe für Wohnbau und Stadterneuerung zusammenwirken. Als Pilotprojekt ist der SVOBODA-HOF (19. Bezirk) bereits soweit fortgeschritten, daß bereits heuer mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. Der Svoboda-Hof umfaßt 62 Wohnungen, die Sanierungskosten werden etwa 20 Millionen Schilling betragen. Weitere Sanierungen von Wohnhausanlagen der Zwischenkriegszeit werden nach Maßgabe der vorhandenen Mittel erfolgen.

Die Mieterbetreuungslokale befinden sich an folgenden Adressen:

KARL-MARX-HOF, SVOBODA-HOF: 19, Heiligenstädterstraße 82-92/
Geistingergasse 1/Stiege 1/Tür 3

GEORGE-WASHINGTON-HOF: 10, Köglergasse 9 (Ahornhof)/Stiege 1/
Tür 3

RABENHOF: 3, Baumgasse 33-37/Stiege 34/Tür 1 und 4

Aktuelle Situation der Stadterneuerung

Mit Stand Ende Jänner 1988 wurden vom Wiener Stadterneuerungsfonds seit seinem Bestehen 1.558 Wohnhaussanierungen im Gesamtwert von 11,278 Milliarden Schilling zur Durchführung und Förderung empfohlen. Über 72.000 Wohnungen sind von diesen Sanierungen betroffen. Davon wurden in den ersten drei Jahren 120 Projekte mit einem Bauvolumen von 360,5 Millionen Schilling fertiggestellt. Weitere 375 Projekte mit einem Bauvolumen von 2,35 Milliarden Schilling sind derzeit in Bau, und insgesamt hat die Landesregierung bereits Förderungen für Projekte mit einem Gesamtvolumen von 3,7 Milliarden Schilling zugesichert.

Beim Wiener Stadterneuerungsfonds wurden bisher insgesamt 2.783 Sanierungsvorhaben eingereicht! Allein 1987 waren es 1.269 Anträge auf geförderte Wohnhaussanierungen. Die „fleißigsten“ Wohnhaussanierer sind nach wie vor die privaten Hauseigentümer, die etwa zwei Drittel der Sanierungsanträge stellen, zum überwiegenden Teil sogenannte „Sockelsanierungen“, bei denen die Mieter in ihren Wohnungen bleiben.

Als entscheidender nächster, qualitativer Schritt in der Stadterneuerung soll die sogenannte „BLOCKSANIERUNG“ forciert werden. Bereits heuer sollen erste „Testblöcke“ in Angriff genommen werden, bei denen es in kosten- und zeitsparender Weise gleichzeitig zu Wohnhaussanierungen und echten Strukturverbesserungen (Umwelt- und Verkehrsmaßnahmen) in den Häuserblocks kommen soll. (Schluß) ah/gg/rr

Neuer Steg über die Liesing

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Am Dienstag gab Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt, daß in Wien 23 im Bereich der neuen Wohnhausanlage gegenüber Breitenfurter Straße 380 am 11. Februar ein neuer Übergang über die Liesing seiner Bestimmung übergeben wird. Der sogenannte „Aquäduktsteg“ soll die Wohnbauten in diesem Bereich besser an den öffentlichen Verkehr anbinden, da bisher keine Querungsmöglichkeit bestand.

Die Arbeiten für diesen Steg wurden im November 1987 in Angriff genommen. Mit seiner Fertigstellung in diesen Tagen ist er zu Beginn der Besiedelung der in diesem Bereich entstehenden großen Wohnhausanlage benützbar und ermöglicht einen Anschluß an den projektierten Fuß- und Radweg am rechten Liesingufer beziehungsweise an diesüdlich der Liesing gelegenen Bezirksteile.

Der Aquäduktsteg hat eine Stützweite von 22,0 Metern und eine Nutzbreite von 3,0 Metern. Die Anbindung der Brückenkonstruktion erfolgt ohne Zwischenschaltung von Stufen und ist somit behindertengerecht. Die Tragkonstruktion ist aus Stahl, das Geländer und der Gehwegbelag wurde aus Lärchenholz hergestellt, das gegen Witterungseinflüsse und Schädlingsbefall entsprechend imprägniert wurde. Die Gesamtkosten für diesen neuen Übergang betragen 1,5 Millionen Schilling. (Schluß) pz/rr

Radwegeprogramm 1988 bringt zahlreiche neue Vorhaben

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL einleitend fest, daß die Tendenz beim Anteil des Radverkehrs am gesamten Straßenverkehr weiterhin steigend sei, wobei der jährliche Spitzenwert jeweils im Juni liege (Juni 1987: drei Prozent).

Aufbauend auf dem Radwegegrundnetz im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes für Wien aus dem Jahr 1983 mit 270 Kilometer Länge soll die generelle Planung überregionaler Radverkehrsanlagen weitergeführt beziehungsweise für bestimmte Routen abgeschlossen werden, um im Anschluß daran eine Detailplanung abwickeln zu können. Derzeit besteht in Wien ein Radwegenetz mit einer Länge von 215 Kilometern.

„Da die Planung ein dynamischer Prozeß ist, werden über die seinerzeitige Grundsatzplanung hinaus neue Routen ausgearbeitet. Einen der Schwerpunkte bildet dabei das Anlegen von Radfahrrouten für den Freizeit- und Schülerverkehr“, betonte Hatzl.

Aktion „Fahrradabstellanlagen“

Diese im Jahr 1985 begonnene Aktion soll auch im heurigen Jahr kontinuierlich weitergeführt werden, um mit Hilfe privater Sponsoren (derzeit sind es 35) an geeigneten Örtlichkeiten — es wurden bereits über 200 Plätze bestückt — Fahrradabstellanlagen zu errichten.

So sollen zum Beispiel derartige Einrichtungen im heurigen Jahr

- bei sämtlichen Wiener Friedhöfen
 - bei den künftigen Stationen der U 3 im Bereich der Landstraßer Hauptstraße
 - bei weiteren öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Museen etc.)
- geschaffen werden. Insgesamt sollen noch heuer zirka 100 weitere Örtlichkeiten mit Fahrradabstellanlagen versehen werden.

Verkehrsversuch „Fahrradspuren“

Der Anregung von Bürgermeister Dr. Zilk folgend soll noch heuer die Planung dieser Sondereinrichtungen abgeschlossen werden und zwar ist eine ehestmögliche Realisierung im Rahmen eines praktischen Versuches vorgesehen. Ins Auge gefaßt wird dafür in Wien 21 die Brünner Straße zwischen Angerer Straße und Gerasdorfer Straße in einer Länge von 2.500 Metern.

Radwegebauprogramm der Stadt Wien 1988

Im Detail umfaßt das Radwegebauprogramm folgende Vorhaben:

A. Realisierung

- 2, Engerthstraße zwischen Innstraße und Mexikoplatz (Radweg- und Radfahrstreifen) Länge 1.200 Meter
- 3, Vordere Zollamtsstraße zwischen Landstraßer Hauptstraße und Urania (Anschluß an den Donaukanalweg, Radweg), Länge 600 Meter
- 3, Erdberger Lände zwischen Rotunden- und Stadionbrücke (Geh- und Radweg), Länge 1.400 Meter
- 3, 4, Gußhausstraße — Schwarzenbergplatz — Zaunergasse (Verbindung Laxenburgweg — 3. Bezirk, Radweg plus Radfahrstreifen plus Radroute), Länge 700 Meter
- 7, Siebensterngasse zwischen Neubaugasse und Breitengasse (Verbindung Radroute Westbahnstraße — 2er Linie, Radfahrstreifen plus Radroute), Länge 800 Meter

8, Pfeilgasse zwischen Gürtel und Lange Gasse (Radfahrstreifen plus Radroute), Länge 1.000 Meter

12, Schönbrunner Allee zwischen Hohenbergstraße und Hetzendorfer Straße (Radweg), Länge 1.200 Meter

12, Gaudenzdorfer Gürtel zwischen Flurschützstraße und Schönbrunner Straße (Geh- und Radweg), Länge 900 Meter

12, Griebergasse — Pottendorfer Straße (Radroute) Länge 700 Meter

13, Kennedybrücke — Auhofstraße bis Gustav-Seidl-Gasse (Radweg und Radfahrstreifen), Länge 3.400 Meter

15, 7, Neubaugürtel zwischen Goldschlagstraße und Westbahnstraße (Radroute), Länge 400 Meter

16, Hasner Straße zwischen Gürtel und Paltaufgasse (Radweg plus Radfahrstreifen), Länge 1.800 Meter

19, Mooslackengasse zwischen Heiligenstädter Straße und Donaukanalweg (Radweg plus Radfahrstreifen plus Radroute), Länge 900 Meter

20, Leystraße zwischen Winarskyhof und Traisengasse (Radweg), Länge 500 Meter

21, Radroute Gerasdorfer Straße — Ödenburger Straße (Schulzentrum, Radweg — Radfahrstreifen plus Radroute), Länge 1.800 Meter

22, Biberhaufenweg zwischen Donauinsel (Roter Hiasl) und Schilfweg (Radfahrstreifen und Radroute), Länge 1.600 Meter

23, Liesinger Platz — Färbermühlgasse, Rosenthalgasse/Niederösterreich (Radweg und Radfahrstreifen), Länge 400 Meter

23, Liesingbachweg zwischen Gutheil-Schoder-Straße — Unterführung Triester Straße — Neilreichgasse (Radroute) Länge 2.400 Meter

23, Alt Erlaa (Anschluß an Liesingbachweg) — Siebenhirten (Radroute), Länge 3.500 Meter

B. Detailplanung

4, 5, Rosenhügelweg zwischen Freundgasse und Flurschützstraße (Radweg plus Radfahrstreifen plus Radroute), Länge 2.200 Meter

9, Fuchsthalergasse — Alserbachstraße (Anschluß an den Donaukanalweg), Länge 1.200 Meter

15, Sechshauser Straße zwischen Gürtel und Winckelmannstraße (Anschluß an bestehenden Radweg, Radweg und Radfahrstreifen), Länge 1.400 Meter

19, Billrothstraße — Grinzinger Allee (Radweg), Länge 800 Meter

23, Rosenhügelstraße zwischen Wundtgasse und Schluckergasse (Radweg), Länge 400 Meter

Wie Hatzl abschließend erklärte, betrage der finanzielle Aufwand für die geplanten Vorhaben zehn Millionen Schilling. (Schluß) pz/bs

Forts. von Blatt 235

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 10. Februar 1988

Blatt 237

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Auszeichnungen für KR Biak, Prof. Deeglise und Prof. Schreiber (238/FS: 9.2.)
- Vienna Trade erwartet ausgeglichene Bilanz (239)
- Teilabschnitt des Entlastungskanal zum Rechten Hauptsammelkanal fertiggestellt (240)
- Neuer ärztlicher Direktor im Wilhelminenspital (241)
- Bilanz der Heizbetriebe Wien (242-244)
- Giftstoffunfall auf Frachtenbahnhof (nur FS/9.2.)
- Demonstration behindert Verkehrsbetriebe (nur FS)
- Wasserrohrgebrechen in der UNO-City (nur FS)

Kultur:

- Auszeichnungen für Waltraud Haas, Ida Krottendorf, Gusti Wolf und Maximilian Melcher (245)
- Ausstellung von Kristina Wolf in der Krankenpflegeschule des AKH (245)

Auszeichnungen für KR Blak, Prof. Deleglise und Prof. Schreiber

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Dienstag, nachmittag im Rahmen einer Feier im Steinsaal des Wiener Rathauses an den Leiter des Österreichischen Bundesverlages, KommR. Dkfm. Kurt BIAK, das Goldene Ehrenzeichen, an Prof. Oscar DELEGLISE das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien sowie an den Schriftsteller Prof. Dr. Georg SCHREIBER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber.

Der Feier wohnten Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL, die Stadträte Dr. Ursula PASTERK und Dipl.-Ing. Rainer PAWKOWICZ sowie Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN bei. (Schluß) red/bs

Bereits am 9. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Vienna Trade erwartet ausgeglichene Bilanz

Für 1988 ist ein Gesamtumsatz von rund 185 Millionen Schilling geplant

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Die „Vienna Trade — Gesellschaft zur Förderung der industriellen Produktion und des Handels — Ges.m.b.H.“ erwartet nach Aussagen der Geschäftsführung für das laufende Jahr 1988 einen Gesamtumsatz von rund 185 Millionen Schilling und ein ausgeglichenes Bilanzergebnis.

Das Ende 1986 von zwei österreichischen und zwei ungarischen Gesellschaftern gegründete Unternehmen nahm nach einer Anlaufphase erst im 1. Quartal 1987 mit neun Mitarbeitern die Tätigkeit auf. Das erste Geschäftsjahr konnte nicht positiv abgeschlossen werden.

Immerhin belief sich der gesamte Geschäftsumfang im Jahre 1987 auf rund 158 Millionen Schilling.

Der reine Bilanzumsatz betrug 41,5 Millionen Schilling; 66,9 Millionen Schilling entfielen auf abgeschlossene Geschäfte, die erst nach 1987 abgewickelt werden. Dazu kommen noch Provisionsgeschäfte in der Höhe von 50,6 Millionen Schilling, die ebenfalls erst nach Ablauf des Geschäftsjahres zum Tragen kamen.

Es liegen Vorverträge über kurz- und mittelfristige Lieferungen in der Höhe von rund 100 Millionen Schilling vor.

Neben den üblichen Tätigkeiten eines internationalen Handelshauses hat die Vienna Trade das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen österreichischen und ungarischen Industrieunternehmungen zu fördern, wobei der Wiener Wirtschaft besondere Bedeutung zukommen sollte, um ihr zusätzliche Exportmöglichkeiten zu eröffnen.

Bei komplizierten und längerfristigen Ost- und Anlagengeschäften werden die Erträge erst mittelfristig bilanzwirksam. Abwicklungszeiten bis zu fünf Jahren sind durchaus keine Seltenheit. Geschäftsführer der Vienna Trade sind Dkfm. László HEPP und Dkfm. Wolfgang KOPITSCH. (Schluß)
wh/rr

Teilabschnitt des Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal fertiggestellt

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der Fertigstellung eines Teilabschnittes des Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal lud Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Mittwoch zu einer Pressebesichtigung ein. Er verwies unter anderem auf die große Bedeutung dieses Bauwerks für den Umweltschutz im Hinblick auf die enorme Reduzierung der Abwasserbelastung des Donaukanals.

Der bereits um die Jahrhundertwende errichtete Rechte Hauptsammelkanal (RHSK) ist nach wie vor der bedeutendste Kanal in Wien. Er sammelt in seinem Verlauf entlang des Donaukanals von Nußdorf bis zur Hauptkläranlage Wien-Simmering die Abwässer eines Großteils der Wiener Bevölkerung. In seinem Einzugsgebiet fallen bei einem einjährigen Regenereignis (ein Starkregen, der durchschnittlich nur einmal im Jahr auftritt) ca. 150 Kubikmeter Regenwasser pro Sekunde an.

Diese gewaltigen Wassermengen können nicht im bestehenden RHSK abgeleitet werden. Es gibt daher in gewissen Abständen Entlastungsmöglichkeiten, das heißt, jene Wassermengen, die nicht weitergeleitet werden können, fließen ungeklärt in den Donaukanal. Diese Ausleitung setzt bereits bei einem Wasseranfall von ca. 15 Kubikmeter pro Sekunde (10 Prozent von 150 Kubikmeter pro Sekunde) ein. Das ausfließende Mischwasser (Regenwasser und Abwasser vermischt) verschmutzt den Donaukanal in beträchtlichem Ausmaß.

Weiters weist der RHSK auf Grund der vorgegebenen Geländeneigung nur ein geringes Gefälle und eine geringe Fließgeschwindigkeit auf. Es kommt daher immer wieder zu Ablagerungen, die durch die Magistratsabteilung 30 ständig beseitigt werden müssen. Um Räumarbeiten durchführen zu können, muß jeweils ein Abschnitt trockengelegt werden. Das oberhalb des zu reinigenden Abschnittes anfallende Abwasser wird dann bis zum Abschluß der Räumarbeiten direkt in den Donaukanal ausgeleitet. Es fließen also derzeit bei Starkregen und bei Räumarbeiten ungereinigte Abwässer in beträchtlichem Ausmaß in den Donaukanal.

Die Stadt Wien beabsichtigt nun, diesen für die Reinhaltung von Donaukanal und Donau unzutraglichen Zustand weitestgehend zu verhindern. Dazu soll innerhalb der nächsten zehn Jahre ein Entlastungskanal vom Knoten Prater (zwischen Stadionbrücke und Tangente) bis nach Nußdorf errichtet werden. In dem Bereich von der Hauptkläranlage Wien-Simmering bis zum Knoten Prater existiert bereits ein Entlastungskanal. Dieser erfüllt im wesentlichen zwei Funktionen:

- 1) Bei Räumarbeiten des alten Kanals kann das anfallende Abwasser in den neuen Entlastungskanal geleitet werden oder umgekehrt. Es muß daher nicht mehr in den Donaukanal geleitet werden.
- 2) Nachdem die Abfuhrfähigkeit des gesamten Systems durch den Entlastungskanal wesentlich erhöht werden kann, wird in Zukunft die Ausleitung in den Donaukanal wesentlich seltener als bisher und nur bei extremen Regenfällen notwendig sein.

Durch den Bau des Entlastungskanals ist gewährleistet, daß die Wassergüte des Donaukanals erheblich verbessert wird. (Forts. mgl.) du/gg

Neuer ärztlicher Direktor Im Wilhelminenspital

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Mittwoch vormittag den neuen ärztlichen Direktor des Wilhelminenspitals der Stadt Wien, Primarius Dozent Dr. Helmut UMEK, in sein Amt ein.

Primarius Dr. Umek ist Facharzt für Radiologie und Facharzt für Nuklearmedizin. Bei der Stadt Wien übernahm er 1981 die Leitung des Röntgeninstituts der Allgemeinen Poliklinik, seit 1984 ist er Vorstand des Röntgeninstituts des Wilhelminenspitals. Als ärztlicher Direktor dieses städtischen Krankenhauses tritt er die Nachfolge von Dr. Rudolf STASTNY an, der in dieser Funktion seit 1975 tätig war und nun in den Ruhestand getreten ist.

StR. Stacher wies in seiner Ansprache darauf hin, daß es eine der schwierigsten Aufgaben ist, ein großes Schwerpunkt-Krankenhaus — wie es das Wilhelminenspital mit seinen fast 1.600 Betten ist — zu führen. Deshalb ist es für den ärztlichen Direktor besonders wichtig, ein gutes Betriebsklima zu schaffen, und die Primärärzte zu einem guten Team zusammenzufassen, um für die Patienten die bestmöglichen Leistungen erbringen zu können. (Schluß) sc/rr

Bilanz der Heizbetriebe Wien

Abnehmerzahl gestiegen: 86.650 Wohnungen mit Fernwärme versorgt

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Die Heizbetriebe Wien GesmbH. hat in ihrem Geschäftsjahr 1986/87 (das sich bei den HBW vom 1. September bis 31. August erstreckt) 86.650 Wohnungen mit Fernwärme versorgt, das bedeutet ein Plus von mehr als 3.500 Wohnungen. Dies teilte Mittwoch Energiestadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz mit. Darüber hinaus ist bereits eine Vielzahl von Verwaltungs- und Industriegebäuden an das Fernwärmenetz angeschlossen. Würden alle mit Fernwärme versorgten Objekte statt dessen mit Heizöl beheizt, bedeutete das einen Verbrauch von zusätzlich 193.000 Tonnen Heizöl und damit verbunden Emissionen von 3.860 Tonnen Schwefeldioxid.

Insgesamt wurden im vergangenen Geschäftsjahr 2.552,7 Gigawattstunden verkauft, was eine Steigerung um 17,1 Prozent (!) bedeutet. Dies ist einerseits auf die erhöhte Abnehmerzahl, andererseits auf den kalten Winter zurückzuführen.

Damit hat sich auch die Betriebsleistung um rund 32,9 Millionen Schilling oder 2,1 Prozent erhöht, obwohl es mit September 1986 eine Senkung des Fernwärmeparafes gegeben hat. Allerdings steht dem auch ein um 13,7 Prozent erhöhter Betriebsaufwand von 1,4 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Kosten für den Energieeinsatz sind gegenüber dem Vorjahr um 83,2 Millionen oder 16 Prozent gesunken, was auf die gesunkenen Primärenergiekosten zurückzuführen ist. Dem stehen deutliche Steigerungen beim Personalaufwand (durch kollektivvertragliche Bezugserhöhungen und Übernahme von Personal der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig), beim Transport- und Deponierungsaufwand und beim Zinsaufwand infolge des gestiegenen Fremdkapitals, das für den hohen Investitionsaufwand benötigt wird, gegenüber.

Vorschau 1987/88: Geringfügiger Rückgang der Wärmemenge

Für das laufende Wirtschaftsjahr wird, da dieser Winter nicht so streng wie der vergangene ist, mit einer verkauften Wärmemenge von 2.380 Gigawattstunden gerechnet. In den ersten fünf Monaten, also bis einschließlich Jänner 1988, ist ein Rückgang in der Wärmeenerzeugung von zirka zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die „Gradtagzahl“ um zirka 19 Prozent niedriger ist und somit ein weiterer Rückgang durch Neuanschlüsse kompensiert werden konnte.

Auch die Altbau-Nachrüstung für Anschlußmöglichkeit zur Fernwärmerversorgung im kommunalen Wohnbereich zeigt, daß von den bisher programmgemäß vorgesehenen insgesamt 13.050 Wohnungseinheiten mit Stichtag 31. Dezember 1987 bereits 23,4 Prozent oder 3.051 Wohneinheiten mit Fernwärme versorgt werden.

Auf dem Investitionssektor ist die Fernwärmeleitung vom Allgemeinen Krankenhaus über den Gürtel und die Herbststraße zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig fertiggestellt. Zwei größere Abzweigleitungen, nämlich zum Blockheizwerk Hütteldorf und zur Heizzentrale Siebeneichengasse, sind bereits in Betrieb gegangen.

Auch die Fernwärmeleitungen „Süd-West“ sowie „Nord“ sind bereits in Betrieb. Durch die Fertigstellung dieser Leitungen können die Blockheizwerke Hütteldorf, Dirmhirngasse, Wiener Flur, Brünner Straße und Trillergasse stillgelegt werden. Bedingt durch den Brand in der Müllverbrennungsanlage Spittelau und dem daraus resultierenden Erzeugungseingpaß ist es jedoch bei tiefen Temperaturen notwendig, diese Anlagen so lange weiter zu betreiben, bis die Erzeugungskapazitäten ersetzt sind.

Kraft-Wärme-Kupplung hat bisher 435.000 Tonnen Heizöl erspart

Im Jahr 1987 wurden von den HBW mehr als eine Million Megawattstunden Wärme, rund zwei Prozent mehr als im Vorjahr, aus der „Kraft-Wärme-Kupplung“ im Kraftwerk Simmering gewonnen. Bekanntlich wird dort die bei der Stromerzeugung entstehende Abwärme in das Fernwärmenetz eingespeist.

Volkswirtschaftlich gesehen hat sich dadurch allein im Jahr 1987 eine Ersparnis von 75.000 Tonnen Heizöl gegenüber der Wärmeerzeugung in Hauszentralheizungen ergeben.

Seit der Inbetriebnahme der Kraft-Wärme-Kupplung im Dezember 1979 erreichte die Brennstoffeinsparung bereits 435.000 Tonnen Heizöl, bei dessen Verbrennung 8.700 Tonnen Schwefeldioxid entstanden wären. Die Einsparung beim Energieimport bedeutet für die Volkswirtschaft nach jetzigen Preisen rund eine Milliarde Schilling.

Der Wärmebezug aus der Kraft-Wärme-Kupplung im Blockkraftwerk 1/2 im Kraftwerk Simmering hat 1987 zu rund 37 Prozent zur Bedarfsdeckung in den Fernwärmenetzen der HBW beigetragen. Durch die Wärme aus den Müllverbrennungsanlagen wurden 21 Prozent abgedeckt (1986 waren es noch 32 Prozent), durch die Kraft-Wärme-Kupplung bei der ÖMV 25 Prozent und durch die Erdgas-Spitzenkessel-Anlagen noch 17 Prozent. Im Jahr der Gründung der HBW, 1979, waren es noch mehr als drei Viertel der benötigten Wärme, die durch Rohstoffverbrennung erzeugt wurde.

Für das Jahr 1988 sieht der Wirtschaftsplan eine weitere Erhöhung des Wärmebezuges aus dem Kraftwerk Simmering um 20 Prozent auf 1.200 Gigawattstunden vor, zu denen noch weitere 100 Gigawattstunden aus der im Herbst 1988 in Betrieb gehenden Kraft-Wärme-Kupplung im umgebauten Gasturbinenkraftwerk Leopoldau kommen werden. Dadurch wird sich 1988 die Einsparung an Heizöl auf rund 100.000 Tonnen im Jahr erhöhen.

Stahlbau für Wiedererrichtung der Spittelau vergeben

Als erste wesentliche Maßnahme für die Wiedererrichtung des Fernheizwerkes Spittelau wurde dieser Tage der Stahlbau an die Firma Waagner Biro AG vergeben. Betroffen davon ist jenes Gebäude, das zwei Spitzenkessel mit je 170 Megawatt sowie drei kleinere Kessel mit zusammen 55 Megawatt und diverse technische Anlagen beinhalten wird. Da die neuen Aufbauten auf den ursprünglichen beruhen, wurde die selbe Firma beauftragt, die auch im Besitz sämtlicher Berechnungen ist. Der Stahlbau wird rund 47,6 Millionen Schilling kosten. Nach noch notwendigen Freimachungs-, Abbruchs- und Fundamentierungsarbeiten kann voraussichtlich im Mai 1988 mit den Arbeiten begonnen werden, wobei dieser Termin stark witterungsabhängig ist.

Für das zu errichtende Bauwerk werden auf einer Grundfläche von 1.790 Quadratmetern 850 Tonnen Stahl benötigt. Das Volumen des Gebäudes wird 55.300 Kubikmeter betragen. Bezüglich des Einbaues der Rauchgasreinigungsanlagen sind derzeit noch Verhandlungen mit der Firma SGP im Gange, die vor allem die Kostenfragen und die Liefertermine betreffen.

250 Kilometer Fernwärmenetz

Mit der Fertigstellung der Fernwärmeleitung „Edelsinnstraße“ von der Wienerbergbrücke bis zum ORF am Königberg haben die HBW bei ihren Verbundleitungen bereits die Zahl von 250 Kilometern Leitungslänge erreicht. Davon entfallen auf Haupttransportleitungen mit Durchmessern von 300 bis 800 Millimeter rund 70 Kilometer, auf Verteil- und Abzweigleitungen von 25 bis 250 Millimeter Durchmesser rund 180 Kilometer. Der

Forts. von Blatt 242

Forts. auf Blatt 244

überwiegende Teil dieser Fernwärmeleitungen wurde in Stahlbetonkanälen verlegt. Die Haupttransportleitungen ab einem Durchmesser von 600 Millimeter sind im innerstädtischen Bereich zum größten Teil begehbar, sodaß optimale Voraussetzungen für den Betrieb und die Instandhaltung dieser Leitungen bestehen.

Wurden die Leitungen bis in die 70er Jahre fast ausschließlich in offener Bauweise errichtet, konnte ab 1980 ein Großteil der Haupttransportleitungen in geschlossener Bauweise aufgeföhren werden. Diese relativ junge Methode nennt sich „Preßvortrieb“. Dabei kommen Stahlbetonrohre mit Durchmessern von 1,5 bis 2,2 Metern und mit einer Länge von drei Metern zum Einsatz. Die bisher längste Fahrstrecke vom „Preßschacht“ bis zum Zielpunkt betrug 730 Meter.

Die Bauarbeiten kosten bei dieser Methode zwar um rund 20 Prozent mehr, durch den Entfall von Einbautenumlegungen und Straßenwiederinstandsetzungen werden aber die Mehrkosten wieder kompensiert. Ein weiterer Vorteil für die Allgemeinheit ist natürlich die Schonung der Anrainer und der Verkehrsteilnehmer.

Auch bei den Verteil- und Abzweigleitungen gibt es eine neue Bauweise, die zu einer geringeren Belastung von Anrainern und Verkehrsteilnehmern führt: Die „Seichtbauweise“, bei der die durchschnittliche Aushubtiefe nur rund einen Meter beträgt. Neben einer Kosteneinsparung von rund zwanzig Prozent besteht bei dieser Verlegungsmethode die Möglichkeit, die Straßenoberfläche sofort wieder definitiv instandzusetzen. Ein Teil der Kosteneinsparung wird für zusätzliche Wärmedämm-Maßnahmen investiert. (Schluß) roh/bs

Auszeichnungen für Waltraud Haas, Ida Krottendorf, Gusti Wolf und Maximilian Melcher

Wien, 10.2. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch Waltraud HAAS, Ida KROTTENDORF, Kammer-schauspielerin Gusti WOLF und Hochschulprofessor Maximilian MELCHER Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Waltraud Haas hat sich mit Filmrollen vom Mariandl im „Hofrat Geiger“ bis zur „Röblwirtin“ große Popularität erspielt.

Ida Krottendorf zählt seit Jahren zum Ensemble des Burgtheaters. Ihr vielfältiges Rollenspektrum reicht von Goethe über Nestroy bis zu Brecht.

Kammerschauspielerin Gusti Wolf, Ehrenmitglied des Burgtheaters, ist dem Publikum durch die Gestaltung von komischen Rollen wie der des Fräulein Blumenblatt in Nestroys „Jux“ oder der Madame Constanze in Giraudoux' „Irrer von Chaillot“ ans Herz gewachsen.

Prof. Maximilian Melcher hat als Künstler, vor allem mit seinen Lithographien und Aquarellen, aber auch als Kunstpädagoge, wesentliche Akzente in der bildenden Kunst Wiens gesetzt.

An der Feier nahmen auch Minister a.D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, 3. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN, Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Polizeipräsident a.D. Josef HOLLAUBEK teil. (Schluß) gab/bs

Ausstellung von Kristina Wolf in der Krankenpflegeschule des AKH

Eröffnung durch Stadtrat Stacher

Wien, 10.2. (RK-KULTUR) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eröffnete Mittwoch in der Kranken- und Kinderkrankenpflegeschule am Wiener Allgemeinen Krankenhaus eine Ausstellung mit Bildern von Kristina WOLF. Wie der Stadtrat erklärte, will man mit solchen Veranstaltungen den angehenden Krankenschwestern und Pflegern die Gelegenheit bieten, sich mit der zeitgenössischen Kunst auseinanderzusetzen. Die Beschäftigung mit der Kunst ist für das Pflegepersonal ein wichtiger Ausgleich für den schweren Dienst am Krankenbett.

Kristina Wolf wurde 1955 in Bratislava geboren und kam 1968 nach Österreich. Seit zehn Jahren lebt und arbeitet sie teils in Wien, teils in Paris und war in beiden Städten auf einer Reihe von Ausstellungen vertreten. Im Rahmen ihres Studiums und ihrer Ausbildung beschäftigte sie sich mit plastischer Kunst, Ethnologie, Psychologie und mit Kunsttherapie.

Die Ausstellung kann bis zum 10. März während der Bürozeiten (Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr) in den Räumlichkeiten der Schule, 1090 Wien, Lazarettgasse 14, besichtigt werden. (Schluß) sc/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 11. Februar 1988

Blatt 246

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Schirmer zum Ladenschluß: Da denkt wohl keiner an die Frauen! (248)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (249)
- Arik Brauer bemalte Augarten-Service (250)
- Investitionen für die Stadterneuerung (251)
- Boltzmann-Institut für Leukämieforschung besteht seit 20 Jahren (252/253)

Sport:

- Ehrungen für Edi Finger und Walter Zeman (247/FS: 10.2.)
- Verleihung von Sportehrenzeichen (249)

Ehrungen für Edl Finger und Walter Zeman

Wien, 10.2. (RK-SPORT) Zwei Persönlichkeiten des österreichischen Sports wurden Mittwoch von Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL geehrt: Sportreporter Ing. Edi FINGER, längstens seit seinem „I wer' narrisch“-Ausspruch weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt, wurde das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreicht. Der legendäre Walter „Tiger“ ZEMAN, langjähriger Torhüter der Österreichischen Fußballnationalmannschaft und von Rapid, erhielt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. (Schluß) ull/rr

Bereits am 10. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Schirmer zum Ladenschluß: Da denkt wohl keiner an die Frauen!

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) „Es wird in der Frage Ladenschluß offensichtlich — abgesehen vom 8. Dezember — einfacher sein, sich mit dem Wiener Handelskammerpräsidenten Ing. Karl DITTRICH zu einigen — zumindest er könnte Verständnis nicht nur für die Wünsche der Konsumenten, sondern auch für die Handelsangestellten haben. Denn die Vorstellungen der Bundeswirtschaftskammer bringen eine eklatante Verschlechterung für die im Handel und im Lebensmittelbereich Beschäftigten. Ich trete als Konsumentenstadträtin für flexiblere Öffnungszeiten ein, doch muß man dabei auch an die Frauen denken, die wohl den Großteil der Konsumenten, aber auch den Großteil, nämlich über 70 Prozent, der Handelsangestellten stellen und auf die große Probleme zukommen“, das erklärte die Wiener Konsumenten- und Frauenstadträtin Christine SCHIRMER Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu den neuen Vorschlägen der Bundeswirtschaftskammer zum Thema Ladenschluß.

Schirmer wies dabei nachdrücklich darauf hin, daß sie im Interesse der Konsumenten für flexible Öffnungszeiten ist und sich bzw. ihr Ressort auch bereits als Koordinatorin für entsprechende Gespräche für Wien angeboten hat. Die Stadträtin erinnerte außerdem daran, daß Bürgermeister Dr. Helmut ZILK stets für eine einvernehmliche Lösung zwischen den Sozialpartnern eingetreten ist und gefordert hat, eine Lösung im Sinne aller Beteiligten zu finden. „Sowohl Bürgermeister Dr. Zilk als auch ich stehen auf dem Standpunkt, daß sich die Sozialpartner auf eine akzeptable Lösung einigen müssen“. Diese Lösung könne jedoch nicht zu Lasten nur einer Gruppe gefunden werden, sagte Schirmer.

Die Stadträtin sprach sich dabei speziell gegen die Forderungen der Bundeswirtschaftskammer sowie gegen das Verlangen nach Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember aus. „Wien kann in der Frage flexiblerer Öffnungszeiten nicht am internationalen Trend vorbeigehen — kundenfreundlicheres Service der Unternehmer wäre aber in vielen anderen Bereichen, zum Beispiel bei der Nahversorgung in Rand- und Siedlungsgebieten, vordringlich“, betonte die Konsumentenstadträtin. „Ich glaube, daß der Vorschlag mit einem frei wählbaren langen Tag pro Woche akzeptiert werden könnte. Dies liegt im Interesse der Konsumenten und wäre sicherlich auch für die Beschäftigten möglich. Wünschenswert wäre jedenfalls, wie es ja auch Bürgermeister Dr. Helmut Zilk schon verlangt hat, zu einer vernünftigen und für alle akzeptablen Lösung zu kommen“.

(Schluß) hrs/bs

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Donnerstag im Wiener Rathaus Ehrenzeichen des Landes Wien an verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft. Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Kommerzialrat Friedrich WIESEL, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien bekamen Dr. Robert MÜLLER und Direktor Gerold WÄCHTER. Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien wurde an Geschäftsführer Friedrich FREY verliehen. (Schluß) sei/rr

Verleihung von Sportehrenzeichen

Wien, 11.2. (RK-SPORT) Im Nordbuffet des Wiener Rathauses überreichte Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL hohe Auszeichnungen an verdienstvolle Sportler und Funktionäre: Das Sportehrenzeichen der Stadt Wien erhielten Franz DONNERT, Christine FELCMANN, Reg.-Rat i.P. Walter FINDEIS, Karl IGL, Erwin PETTIRSCH und Hilde REITERMAIER. Mit der Sportehrennadel und Ehrenurkunde der Landessportorganisation Wien wurde Peter KAUDERER geehrt. Der Steher Roland KÖNIGSHOFER (Schrittmacher Karl Igl) erhielt den Goldenen Rathausmann. (Schluß) hof/bs

Arik Brauer bemalte Augarten-Service

Wien, 11.2. (RK-LOKAL) Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten, die neben der Traditionspflege auch die Beobachtung moderner Strömungen der zeitgenössischen Kunst zu ihren Aufgaben zählt, präsentierte Donnerstag ein von Prof. Arik BRAUER bemaltes Service und eine Vase. Nach der Devise „Kunst soll auf das tägliche Leben ausstrahlen“ bekannte sich Brauer zur Gebrauchskunst, Kunst solle, so Brauer, „auf dem Häferl landen“.

Das von Brauer bemalte Service und die Vase sind Unikate, es ist nicht daran gedacht, damit in Serie zu gehen. Zum einen, weil sich die Brauer'sche Malerei nicht vervielfältigen läßt, zum anderen wohl auch deshalb, weil die Kundschaft von Augarten moderneren Sujets — wie z.B. den Entwürfen von Hoffmann aus der Zwischenkriegszeit — eher reserviert gegenübersteht. Augarten-Direktor Dkfm. Dr. Oswald KADLECEK erwartet sich jedoch von den nun beabsichtigten engeren Kontakten mit zeitgenössischen Künstlern einen gewissen Aufklärungseffekt und er schloß nicht aus, daß Augarten einmal auch wieder eine zeitgenössische Serie produzieren wird.

Die von Prof. Brauer bemalten Gegenstände werden in den nächsten Wochen im Stadtgeschäft von Augarten am Stephansplatz ausgestellt, sie sind jedoch unverkäuflich. (Schluß) sei/rr

Investitionen für die Stadterneuerung

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Investitionen für die Stadterneuerung beschloß Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung. So wird die Tätigkeit der Gebietsbetreuungen in den derzeit acht Wiener Stadterneuerungsgebieten 1988 mit einem Betrag von 27,4 Millionen Schilling veranschlagt. Darin bereits enthalten ist ein Ansatz von drei Millionen Schilling für eine neue Gebietsbetreuung, die Teile des 17. und 18. Bezirkes erfassen soll.

Weiters wurde einstimmig beschlossen, den Anschluß an das Fernwärmenetz für einen nachträglichen Zentralheizungseinbau im George-Washington-Hof bereits vor der Generalsanierung durchzuführen. Dieser Anschluß soll ohne Mieterbelastung erfolgen, und ein Anreiz zum Einbau von Zentralheizungen im Zuge der Sanierung sein. (Schluß) ah/rr

Boltzmann-Institut für Leukämieforschung besteht seit 20 Jahren

Stacher: Wesentliche Fortschritte in der Behandlung von Blutkrankheiten

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist es gelungen, die Behandlung der verschiedenen akuten Leukämien so zu verbessern, daß man heute in 5 bis 20 Prozent der Fälle mit Heilungen rechnen kann. Kranke mit chronischen lymphatischen Leukämien können heute mehr als doppelt so lange (bis zu 25 Jahren) am Leben erhalten werden. Auch Patienten mit Lymphdrüsenkrebs können zum Teil geheilt werden. Ganz allgemein haben sich dabei die Behandlungsergebnisse verbessert. Das stellte der Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Leukämieforschung und Hämatologie im Hanusch-Krankenhaus, der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Donnerstag vormittag in einer Pressekonferenz anlässlich des 20jährigen Bestehens des Instituts und in Zusammenhang mit einer internationalen Tagung über Leukämien und Lymphome fest.

Ministerialrat Dr. Ernst ZARUBA von der „Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft — Österreichische Vereinigung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ wies darauf hin, daß diese Trägerorganisation derzeit 78 Institute und Forschungsstellen in den Wissenschaftsbereichen Humanmedizin, Naturwissenschaften, technische Wissenschaften, Veterinärmedizin und Landwirtschaft sowie Sozial- und Geisteswissenschaften umfaßt. Die 1960 gegründete Gesellschaft sieht es als ihre Hauptaufgabe an, Verbindungen zwischen der universitären und außeruniversitären Forschung herzustellen und als Serviceeinrichtung zwischen der wissenschaftlichen Forschung und der praxisbezogenen Anwendung zu dienen.

Im Jahr 1965 wurde als erstes Institut das Ludwig-Boltzmann-Institut für Festkörperphysik gegründet. 1968 wurden sechs weitere Forschungsinstitute errichtet, darunter als erstes medizinisches Institut das Ludwig-Boltzmann-Institut für Leukämieforschung und Hämatologie. Heute sind 34 der Institute und Forschungsstellen im medizinischen Bereich, im Bereich der Grenzgebiete der Medizin (Akupunktur, Homöopathie), sowie im Bereich der Medizintechnik, der medizinischen Information und der soziologischen und psychologischen Fragen aus der Sicht einer integrativen Medizinforschung tätig. Derzeit bietet die Boltzmann-Gesellschaft rund 230 attraktive Arbeitsplätze für Wissenschaftler.

Professor Stacher, der das Ludwig-Boltzmann-Institut für Leukämieforschung und Hämatologie seit dessen Gründung leitet, stellte fest, daß in den 100 Jahren vorher in der Hämatologie nicht so viel Neues erarbeitet und entdeckt wurde wie in den vergangenen 20 Jahren. Die rasche Entwicklung in der Medizin spiegelt sich auch in der kurzen Geschichte des Instituts wider. 1968 begann die Arbeit mit drei vom Fachgebiet faszinierten Ärzten und einer hämatologischen Station für 22 Patienten auf der I. Medizinischen Abteilung des Hanusch-Krankenhauses der Wiener Gebietskrankenkasse. Heute verfügt die III. Medizinische Abteilung für Hämatologie und Onkologie in diesem Spital über 75 Betten in einem modern und zweckmäßig eingerichteten Pavillon, der von der Wiener Gebietskrankenkasse betrieben wird. Dort wurden auch eine hämatologische Ambulanz, Labor, Blutbank, Bluttransfusionsraum, Zellbank, Separatorraum, sterile Räume für Patienten usw. untergebracht. Zusammen mit dem Boltzmann-Institut entstand also ein hämatologisch-onkologisches Zentrum. Die 14 Ärzte der Abteilung arbeiten praktisch in Personalunion am Institut mit.

Das wichtigste Ziel des Instituts war von Anfang an, so Stacher, die angewandte klinische Forschung, die möglichst rasch den Patienten zugute kommen sollte. In der Forschung gibt es aber natürlich auch eine rege internationale Zusammenarbeit, zum Beispiel in der Internationalen

Lymphomgruppe, die in Kooperation von bis zu 35 Kliniken und Instituten in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich eine neue, fast schon weltweit verwendete Einteilung des Lymphdrüsenkrebses erarbeitete, die für die unterschiedlich wirksamen Behandlungsformen von großer Bedeutung ist. Es wurde auch die Internationale Gesellschaft für Chemo- und Immuntherapie gegründet, die namhafte Hämatologen aus zehn Ländern vereinigt.

Das Institut hat seit seiner Gründung acht internationale Kongresse organisiert. Vom Institutsleiter und seinen Mitarbeitern wurden zwölf Fachbücher herausgegeben, 586 wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht und 351 Vorträge gehalten. Zum 20. Geburtstag des Instituts findet nun am Freitag und Samstag in Wien wieder eine Arbeitstagung („Leukämien und Lymphome — Fortschritte und Hoffnungen“, Haus der Industrie) statt, zu der 200 bis 300 Teilnehmer aus zwölf Ländern erwartet werden. Es werden 80 Referate gehalten und vier Forumsdiskussionen veranstaltet.

Die Tagung beschäftigt sich mit akuten Leukämien, wobei eine Übereinstimmung über die beste Behandlungsweise (Chemotherapie, Knochenmarkstransplantation) erzielt werden soll. Das zweite Hauptthema sind die verschiedenen Formen des Lymphdrüsenkrebses. Als neues Thema wird die Immunschwäche behandelt — nicht nur AIDS, sondern auch die Immunschwäche bei anderen hämatologischen Erkrankungen. Den Abschluß des Kongresses bildet eine Diskussion über die Chancen, die die neuen gentechnologisch hergestellten Zellfaktoren in Zukunft bringen können. (Schluß) sc/rr

Forts. von Blatt 252

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 12. Februar 1988

Blatt 254

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Mieterbetreuungslokal im Rabenhof eröffnet (255)
- Automatische Transportanlage für das SMZ-Ost (256)
- Terminvorschau vom 15. bis 28. Februar 1988 (258)
- Fahrbahneinengung auf der Prater Hochstraße (nur FS: 11.2.)
- Fabrikshalle wird gesprengt (nur FS)
- Faschingsumzüge: Straßenbahn eingestellt (nur FS)

Wirtschaft:

- ÖCAD: High-Tech-Impulse für die Wiener Wirtschaft (257)

Mieterbetreuungslokal im Rabenhof eröffnet

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Im Rabenhof im 3. Bezirk, mit 1.173 Wohnungen eine der größten Wohnhausanlagen der Stadt Wien aus der Zwischenkriegszeit, wurde Donnerstag abend in Vorbereitung einer Generalsanierung der Anlage ein Mieterbetreuungslokal eröffnet. Es soll eine für die Bewohner leicht erreichbare Beratungsstelle sein, von der auch Impulse für eine aktive Mitwirkung der Mieter am Sanierungsgeschehen ausgehen sollen. An der Eröffnung nahm auch Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER teil.

Trotz teilweiser Instandsetzungen in den vergangenen Jahren wurde eine Generalsanierung des Rabenhofes dringend notwendig. Der tatsächliche Sanierungsbedarf wird derzeit erhoben. Damit und mit der künftigen Mieterbetreuung beauftragt wurde eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft. Eingerichtet ist das Büro der Mieterbetreuung in Wien 3, Baumgasse 33-37/Stiege 34/Tür 1 und 4. Es ist Montag und Mittwoch von 9 bis 17 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 9 bis 19 Uhr und Freitag von 9 bis 15 Uhr geöffnet und unter der Telefonnummer 73 03 81 erreichbar.

Der Rabenhof (zwischen 1931 und 1934 „Austerlitz-Hof“) umfaßt 1.173 Wohnungen mit mehreren, bogenförmig verlaufenden Höfen. Eine starke Höhendifferenzierung (unter anderem ein freistehendes Turmhaus) sowie künstlerische Details zählen zu den Charakteristika dieser Anlage. Eine Zentralwäscherei, ein Kindergarten, eine Kinderzahnklinik, ein Krankenkassenlokal, ein Arbeiterheim, ein Kinderambulatorium, ein Parteilokal, eine Bibliothek und mehrere Geschäftslokale zählen zu den für den damaligen Gemeindebau typischen sozialen und infrastrukturellen Einrichtungen.

Morgen, Samstag, wird um 9.30 Uhr das Mieterbetreuungslokal für die größte kommunale Wohnhausanlage der Zwischenkriegszeit, den Karl-Marx-Hof im 19. Bezirk, in der Geistingergasse 1/Stiege 1/Tür 3 durch Wohnbaustadtrat Edlinger eröffnet. (Schluß) ah/gg

Automatische Transportanlage für das SMZ-Ost

Stacher: Neubau im Termin- und Kostenplan

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Die Bauarbeiten für das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost in der Donaustadt laufen genau nach dem Terminplan. Auch die vom Wiener Gemeinderat genehmigten Kosten von 5,25 Milliarden Schilling (ohne Einrichtung) konnten gehalten werden. Das teilte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mit. Der Bauausschuß für den Neubau des SMZ-Ost genehmigte in seiner letzten Sitzung nun auch ein automatisches Transportsystem für das Krankenhaus.

Der Terminplan sieht vor, daß die erste Ausbaustufe mit 544 Betten und den entsprechenden Ambulanzbereichen sowie den erforderlichen Ver- und Entsorgungseinrichtungen ab April 1992 zur Verfügung steht. Die zweite Ausbaustufe mit 256 Betten und den dazugehörigen Ambulanzbereichen wird 1994 fertiggestellt werden. Von den Kosten von 5,25 Milliarden Schilling (ohne Einrichtung) sind bis Ende 1987 knapp 750 Millionen Schilling aufgewendet worden. Insgesamt sind bereits Leistungen in einem Ausmaß von rund 2,5 Milliarden Schilling beauftragt. Noch in diesem Jahr soll, wie Stadtrat Stacher erklärte, entschieden werden, ob und wann die dritte Ausbaustufe, eine Psychiatrische Abteilung mit 180 Betten und den erforderlichen Untersuchungs- und Behandlungsräumen, errichtet wird.

Die Entscheidung für ein automatisches, schienenungebundenes Transportsystem fiel im Bauausschuß einstimmig. Das System soll die Versorgung und die Entsorgung sämtlicher Güter (Speisen und schmutziges Geschirr, saubere und Schmutzwäsche, Müll, Matratzen, Pölster und Decken, Apotheken- und Sterilgüter) nach einem genau festgelegten Zeitplan übernehmen. Es wird voraussichtlich 40 Transportwagen und 740 Transportcontainer umfassen und von der zentralen Leitwarte aus überwacht werden.

Der von einem Akkumulator betriebene Transportwagen fährt unter einen beladenen und an einer bestimmten Stelle wartenden Container — zum Beispiel mit reiner Wäsche —, nimmt ihn „huckepack“ und fährt dann — automatisch gesteuert — horizontal entlang einer im oder am Boden verlegten Steuerleitung bis zum gewünschten Aufzug. Er holt sich den Aufzug, fährt in das Zielgeschoß, öffnet die Aufzugstüren und stellt den Container im Ver- und Entsorgungsraum in den Bettenhäusern ab. Ein Ankunftssignal informiert das Personal, daß die Wäsche abzuholen ist. Aus dem Ver- und Entsorgungsraum wird dann der Container, der selbst auch Räder hat, vom Personal zum Zielpunkt gefahren. Das Transportfahrzeug holt sich in der Zwischenzeit einen anderen, an einer bestimmten Stelle „geparkten“ Container — zum Beispiel mit schmutzigem Geschirr — und bringt ihn automatisch in den Küchenbereich.

Nach jedem Transport von unreinen Gütern (Geschirr, Schmutzwäsche oder Müll) werden die Container in einer Waschanlage automatisch gereinigt und mit 85 Grad heißem Wasser desinfiziert. Dabei werden aus Gründen des Umweltschutzes keine chemischen Desinfektionsmittel verwendet.

Ein großer Vorteil dieses Transportsystems liegt darin, daß bei Ausfall eines Transportwagens dieser leicht aus der Transportspur gezogen und der Container vom Personal weitergeführt werden kann. Das gesamte andere System wird durch den Ausfall nicht beeinträchtigt, sondern bleibt voll funktionsfähig. Die horizontale und vertikale Verteilung der Güter erfolgt übrigens unbemerkt von Patienten und Besuchern.

Das Krankenhaus im SMZ-Ost ist das erste Spital in Österreich, in dem ein solches Transportsystem installiert wird. Die Kosten dafür werden voraussichtlich etwa 50 Millionen Schilling betragen. (Schluß) sc/gg

ÖCAD: High-Tech-Impulse für die Wiener Wirtschaft

Umfassendes Leistungsangebot durch enge Zusammenarbeit mit Dataservice

Wien, 12.2. (RK-WIRTSCHAFT) Sehr viele kleine und mittlere Industrieunternehmen Österreichs haben einen Nachholbedarf an moderner Technologie. Dieser Umstand wird sich bei einem Anschluß an die Europäische Gemeinschaft besonders nachteilig auswirken. Durch den Erwerb der „ÖCAD — Österreichische Gesellschaft für computerunterstütztes Konstruieren und Fertigen“ stellt die Wiener Holding der mittelständischen Wirtschaft ein Unternehmen zur Verfügung, das auf den Sektoren Technologietransfer, Modernisierung etc. eine breite Leistungspalette anzubieten hat. Die ÖCAD soll auch den Brückenschlag zwischen Lehre und Forschung ermöglichen, erklärte der Generaldirektor der Wiener Holding, Dkfm. Dr. Ernst KRAUS, auf einer Pressekonferenz.

Die ÖCAD wird sich nicht allein auf Beratung beschränken, sondern Projekte — auch als Generalunternehmer — bis zur „Schlüsselübergabe“ abwickeln, gab der Geschäftsführer der neuen Holding-Tochter, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. DDr. Helmut DETTER bekannt. Schon derzeit laufen einige vielversprechende Vorhaben, man wird das Personal aufstocken.

Die ÖCAD wird sehr eng mit der DATASERVICE, einer Tochter der Zentralsparkasse, zusammenarbeiten. Damit werde es möglich, der Wirtschaft — und da besonders jener der Bundeshauptstadt — eine umfassende Leistungspalette anzubieten, erklärte der Generaldirektor-Stellvertreter der Zentralsparkasse, Dr. Alfons HAIDEN. Die ÖCAD wird den technischen, die DATASERVICE den kommerziellen Part übernehmen.

Ein erstes Ergebnis dieser Zusammenarbeit liegt schon vor. In rund 40 Veranstaltungen wird die Zentralsparkasse ab nächster Woche Produzenten und Händler über die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tretende Produkthaftpflicht informieren. Die ÖCAD ist in diese Information eingeschaltet. (Schluß) wh/bs

Terminvorschau vom 15. bis 28. Februar 1988

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 15. bis 28. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 15. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales
10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Edlinger an Herbert Wimmer (Arb.-Zi, Edlinger)
11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 16. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen
14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 17. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Eröffnung der Freizeitmesse durch StR. Häupl (Messegelände)
15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Pasterk an Johannes Leo Gruber, Christiane Feldmann-Räntz, Wilhelm Heidenhofer, Prof. Johanna Jonas-Lichtenwallner, Obmann Friedrich Schindl (Steinerner Saal I, Rathaus)

FREITAG, 19. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Sallaberger „Gürtelkommission“ (Wiener Bundesstraßen AG, Mezzanin, 1, Vorlaufstraße)

MONTAG, 22. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik
11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP
18.00 Uhr, Veranstaltung im Rahmen des Fonds für Internationale Beziehungen (Wappensaal, Rathaus)

DIENSTAG, 23. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters
17.00 Uhr, Überreichung von Diplomen an das Wiener Kontingent von UNO-Soldaten, Rotation März 1988 — Cypern durch Vbgm. Smejkal (Steinerner Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 24. FEBRUAR:

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Prof. Edeltraud Brexner-Nowotny, Sepp Jahn u. Mag. Leon Sliwinski (Steinerner Saal, Rathaus)

DONNERSTAG, 25. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal
10.00 Uhr, Eröffnung Kindertagesheim 19, Weinberggasse 60 durch Vbgm. Smejkal
11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Verkehrssicherheit“ (PID)
15.00 Uhr, Info-Tag der Kranken- bzw. Med.-techn. Schulen im Jugendzentrum 15, Hollergasse 22-26 mit StR. Stacher

SONNTAG, 28. FEBRUAR:

Familiensonntag
(Schluß) red/gal

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 15. Februar 1988

Blatt 259

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer Vorsitzender im Umweltausschuß (260/FS: 12.2.)
- König Hussein zu Besuch im Wiener Rathaus (261/FS: 12.2.)
- Mieterbetreuungslokal im Karl-Marx-Hof eröffnet (262/FS: 13.2.)
- Die städtischen „Elektronendompteure“ feiern Geburtstag (263/FS: 14.2.)
- Schüler erforschen Schul- und Zeitgeschichte (263/FS: 14.2.)
- Pröll und Mayr besuchten die EBS (265)
- Instandsetzung von Volksbildungsbauten (266)
- Sparsame Heizung für U-Bahn-Stiegenanlagen (267)
- Stacher: Auch im Krankenhaus Floridsdorf gibt es Verbesserungen (268)
- ÖVP-Kritik an der Subventionsvergabe der Stadtverwaltung (269)
- Smejkal: Subvention für Amerlinghaus gerechtfertigt (269)
- Goldenes Verdienstzeichen für Ehrenpräsident der Kleingärtner (270)
- Erste Verkehrsmaßnahmen bei der Wiener Westausfahrt (nur FS/12.2.)
- Faschingsumzug rund um den Lichtentaler Park (nur FS/13.2.)
- Brand in Holzlager (nur FS/13.2.)
- Zimmerbrand (nur FS/14.2.)
- Bürocontainer brannte (nur FS/14.2.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Mit den Verkehrsbetrieben zur Freizeitmesse (nur FS)

Kultur:

- 150. Geburtstag von Popper-Lynkeus (264)

Neuer Vorsitzender im Umweltausschuß

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag trat der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport erstmals mit dem neuen Stadtrat Dr. Michael HÄUPL zusammen. Zum neuen Vorsitzenden wurde einstimmig Gemeinderat Otmar BRIX (SPÖ) gewählt, zu seinem Stellvertreter von seiten der SPÖ Gemeinderat Günther REITER. Der zweite Stellvertreter ist wie bisher Gemeinderat Dr. Johannes HÄWLIK (ÖVP). Neue Mitglieder sind anstelle von Stadtrat Dr. Häupl und Gemeinderat NUSSBAUM (SPÖ) Frau Gemeinderat Brunhilde FUCHS (SPÖ) sowie Frau Gemeinderat Elisabeth FLEISCHMANN (SPÖ). (Schluß) du/bs

Bereits am 12. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

König Hussein zu Besuch im Wiener Rathaus

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) König HUSSEIN von Jordanien besuchte im Rahmen seiner offiziellen Österreich-Visite heute, Freitag, das Wiener Rathaus, wo er von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK empfangen wurde. Nach einer Unterredung mit dem jordanischen Monarchen im Roten Salon gab der Bürgermeister für die Gäste im Stadtsenatssitzungssaal ein Mittagessen, an dem unter anderem Nationalratspräsident Leopold GRATZ, die Bundesminister Dr. Rudolf STREICHER und Dr. Robert LICHAL, Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN, Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL, die Stadträte Christine SCHIRMER, Günther SALLABERGER, Rudolf EDLINGER, Johann HATZL und Dipl. Ing. Rainer PAWKOWICZ sowie Klubobmann Dr. Günther GOLLER und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teilnahmen. (Schluß) red/bs

Bereits am 12. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Mieterbetreuungslokal im Karl-Marx-Hof eröffnet

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Samstag vormittag eröffnete Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER im Karl-Marx-Hof, der größten kommunalen Wohnhausanlage Wiens aus der Zwischenkriegszeit, ein Mieterbetreuungslokal, das während der kommenden Generalsanierung der Anlage eine zentrale Beratungsstelle für die Mieter sein soll.

Der Karl-Marx-Hof gilt mit seinen 1.325 Wohnungen als das Musterbeispiel des sozialen Wohnbaus der Gemeinde Wien. Der fast einen Kilometer lange „Superblock“ zeichnet sich durch seine Monumentalität und seine vielfältigen sozialen Einrichtungen aus. Rund 60 Jahre nach seiner Errichtung wurde eine Generalsanierung dringend nötig. Die Sanierungskosten werden einschließlich freiwilliger Wohnungsverbesserungen durch die Bewohner auf etwa 300 Millionen Schilling geschätzt. Nach einer Vorbereitungsphase mit intensiver Mieterberatung wird voraussichtlich 1989 mit den tatsächlichen Sanierungsarbeiten begonnen und damit Europas größtes Stadterneuerungsvorhaben in Angriff genommen.

Das Mieterbetreuungslokal ist in Wien 19, Geistingergasse 1/Stiege 1/Tür 3 vorerst nach Vereinbarung geöffnet und unter der Telefonnummer 36 79 91 erreichbar. Betreut wird es von der Gesellschaft für Stadt- und Dorferneuerung. (Schluß) ah/gg

Bereits am 13. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Die städtischen „Elektronendompteure“ feiern Geburtstag

Wiener Stadtverwaltung arbeitet seit 20 Jahren mit Computern

Wien, 14.2. (RK-LOKAL) Die städtischen „Elektronendompteure“ feiern „Geburtstag“, berichtet „Wien aktuell“ in seiner neuesten Ausgabe: Vor zwei Jahrzehnten schlug die „Geburtsstunde“ der elektronischen Datenverarbeitung bei der Stadt Wien. Heute sind zwei Großrechner, 143 Mini-computer, 877 Mikrocomputer, über 2.000 Bildschirme und mehr als 1.500 Terminaldrucker im Einsatz. Die elektronische Datenverarbeitung wird heute auch bei der Stadt Wien nicht nur für die Erledigung von Verwaltungsaufgaben und Massenarbeiten herangezogen. Informationsverarbeitung bedeutet heute, so Datenverarbeitungs-Chef Obersenatsrat Dipl.-Ing. Lucian KOLOSEUS, vor allem die Vorbereitung von wichtigen Entscheidungsgrundlagen.

In der Geschichte der Computer liegen die Anfänge erst wenige Jahrzehnte zurück. Bei der Stadt Wien erkannte man sehr bald, daß man die elektronische Datenverarbeitung für rasche und rationelle Erledigungen heranziehen konnte. Kartenstanzer, Kartenmischer und Kartensortierer, Druckmaschinen mit 120 Typenrädern und Computer, bei denen die Programme mit Kabeln gesteckt werden mußten, stehen am Anfang der Geschichte der städtischen Datenverarbeitungsanlage. Gehaltsverrechnung, Gebührenvorschreibungen, Wasserzählerverwaltung, Mündelgeldverrechnung, Personendatenbank, Umwelterhebungen und die Koordination von Arbeiten im Straßenbereich sind nur einige der vielen Aufgaben, bei denen sich die Datenverarbeitung bei der Stadt Wien bereits bewährt hat. Zu den jüngsten „Kindern“ gehört die graphische Datenverarbeitung, die beispielsweise die Stadtkartenherstellung unterstützt. Seit einigen Jahren setzt die Stadtverwaltung erfolgreich ein integriertes Büroverwaltungssystem mit Computerterminals und elektronischer Post ein. (Schluß) and/rr

Schüler erforschen Schul- und Zeitgeschichte

Wien, 14.2. (RK-LOKAL) Die Hauptschule Neubaugasse 42 feiert heuer ihren 100. Geburtstag. Aus diesem Grund haben Schüler ein Projekt erarbeitet, in dem sie sich mit der Schul- und Zeitgeschichte der vergangenen 50 Jahre beschäftigen. Gesucht werden in diesem Zusammenhang ehemalige Schüler, die darüber Auskunft geben können und wollen. Diese werden ersucht, sich rasch mit der Schulleitung in Verbindung zu setzen, da das Projekt zwischen dem 22. und 29. Februar durchgeführt wird. (Schluß) red/bs

Bereits am 14. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet

150. Geburtstag von Popper-Lynkeus

Wien, 15.2. (RK-KULTUR) Der Philosoph, Techniker und Politiker Josef POPPER wurde am 21. Februar 1838 in Kolin in Böhmen geboren; mütterlicherseits entstammte er einer bekannten jüdischen Gelehrtenfamilie. Nach der Deutschen Oberrealschule in Prag besuchte er drei Jahre lang das Prager Deutsche Polytechnikum und setzte 1858/59 seine Studien am Wiener Polytechnikum (heute: Technische Universität) fort. 1859 erhielt er trotz seiner hervorragenden Zeugnisse nur mit Mühe eine Anstellung bei der Französischen Staatseisenbahngesellschaft in Prag, und zwar nicht als Techniker, sondern im kommerziellen Betrieb im Prager Frachtaufgabebüro.

1862 ging er nach Wien und brachte sich durch die Herausgabe einer Nachrichtenkorrespondenz nur mühsam fort. Von 1866 bis 1868 hatte er eine Hofmeisterstelle bei einer vornehmen Wiener Familie inne, was ihm genügend Zeit zur Lektüre von Werken über Nationalökonomie, Kulturgeschichte, Ästhetik u.s.w. ließ. Auch mit chinesischer Kultur und Literatur beschäftigte sich Popper schon damals. Gleichzeitig war er als a.o. Hörer der Mathematik und der mathematischen Physik an der Wiener Universität inskribiert.

1867 gelang ihm die Erfindung von Kesseleinlagen für Dampfkessel, deren Vertrieb ihm nach anfänglichem Mißerfolg das zum Leben notwendige Geld eintrug. 1887 erfand Popper einen Luftkondensator, 1891 einen Luftkühlapparat und 1892 einen Oberflächenkondensator, worauf er mehrere Patente erwarb.

In den Achtzigerjahren hatte sich Popper auch mit der aufkommenden Elektrotechnik auseinandergesetzt und zwischen 1883 und 1889 mehrere einschlägige Arbeiten veröffentlicht. Auch der Luftschiffahrt und der Aerodynamik galt Poppers Interesse.

Popper ist jedoch vor allem mit seinen sozialreformerischen Schriften in die Wiener Kultur- und Geistesgeschichte eingegangen. Zumindest ihren Titeln nach sind heute noch „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben“ (1878) und „Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage“ (1912) bekannt. Ein soziales Netz, vom Staat zur Verfügung gestellt, sowie eine „Nährarmee“, in der jeder für einen bestimmten Zeitraum dienen müßte, sollte es jedermann ermöglichen, in Freiheit und Würde zu leben. Das Pseudonym „Lynkeus“, unter dem Popper mehrere Schriften veröffentlicht hat, entstammt der griechischen Mythologie (Argonautensage), in der Lynkeus als Steuermann des Schiffes Argo fungiert.

Josef Popper ist am 21. Dezember 1921 in Wien verstorben und wurde auf dem Zentralfriedhof beigesetzt. Noch heute erinnert ein Denkmal im Rathauspark an Josef Popper-Lynkeus. (Schluß) red/bs

Pröll und Mayr besuchten die EBS

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Die reine Entsorgung ist nur ein Teil des Fragenkomplexes, der gelöst werden muß, erklärte der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL, der mit Wiens Vizebürgermeister Hans MAYR dieser Tage die Entsorgungsbetriebe Simmering besuchte. Auch bei der Sonderabfallbehandlung müsse auf lange Sicht die Vermeidung, Aufarbeitung und Weiterverarbeitung angestrebt werden.

Die Entsorgungsbetriebe Simmering verarbeiteten im vergangenen Jahr rund 9.400 Tonnen Sonderabfall aus Niederösterreich, das sind etwa neun Prozent der gesamten Sonderabfallmenge, die bei den EBS angeliefert wurde.

In der Hauptkläranlage werden auch Abwässer aus Gemeinden gereinigt, die an Wien grenzen. Zudem profitieren natürlich auch niederösterreichische Gemeinden, die unterhalb Wiens an der Donau liegen, von der Klärung der Wiener Abwässer. Die Wiener Hauptkläranlage erreicht bekanntlich derzeit einen Reinigungsgrad von weit über 80 Prozent, vorgeschrieben sind 70 Prozent. (Schluß) wh/bs

Instandsetzung von Volksbildungsbauten

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Eine Subvention von rund 13,6 Millionen Schilling zur Instandsetzung von Volksbildungsbauten genehmigte Montag der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales einstimmig. Geplant sind bauliche Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten unter anderem in den Volkshochschulen 5, Stöbergasse; 9, Galileigasse und 23, Liesing, sowie eine umfangreiche Erneuerung der Blitzschutzanlagen.

Ebenfalls einstimmig wurde ein Förderungsbeitrag von 500.000 Schilling für Pädagogische Projekte zum Themenbereich „Gedenkjahr 1938 und Entwicklung bis 1988“ des Verbandes Wiener Volksbildung genehmigt.

Ein zusammenfassendes Programm sämtlicher im Frühjahr 1988 stattfindender Veranstaltungen des Schwerpunktprogrammes der Wiener Volkshochschulen ist beim Verband Wiener Volksbildung, 15, Hollergasse 22, Telefon 83 56 10-0 erhältlich. (Schluß) jel/rr

Sparsame Heizung für U-Bahn-Stiegenanlagen

Magistratsdirektor Dr. Bandion überreichte Prämien für Verbesserungsvorschläge

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Durch ein neuartiges Verfahren, bei dem die im U-Bahn-Tunnel lagernde Warmluft auf die äußeren Stiegenanlagen geleitet wird, können U-Bahn-Aufgänge, die aus architektonischen Gründen nicht überdacht sind, im Winter schnee- und eisfrei gehalten werden. Dieses neue System ist gegenüber herkömmlichen Elektroheizungen wesentlich kostengünstiger und weniger störungsanfällig. Es wurde im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens von TAR Ing. Ernst MAYER (MA 32) entwickelt. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte dafür am Montag eine Prämie in der Höhe von 22.000 Schilling.

Das neue Verfahren wurde in der Station Taubstummengasse bereits praktisch erprobt. Es soll in Zukunft bei allen nicht überdachten Stationsaufgängen der in Bau befindlichen U-Bahn-Strecken verwendet werden. Allein die erwartete jährliche Energieeinsparung gegenüber herkömmlichen Stiegenheizungen beläuft sich auf rund 225.000 Schilling.

Weitere Prämien

Weitere Prämien in der Höhe von 15.500 Schilling bzw. 14.000 Schilling überreichte Dr. Bandion an den Spezialfacharbeiter Herbert BINDER sowie an den Lehrpfleger Gerhard PICHLBAUER. Binder wurde unter anderem für die Entwicklung eines kostensparenden Systems für die Auswechslung des Spezialsandes der sogenannten Sandschwebbetten in den Spitälern ausgezeichnet (Sandschwebbetten werden bei der Behandlung von Patienten mit großflächigen Wunden verwendet). Pichlbauer erhielt eine Prämie für einen Vorschlag, der zu einer realistischeren Kostendeckung bei den Kursgebühren für die Ausbildung von Stationsgehilfen, die nicht im Dienst der Stadt Wien stehen, führte. (Schluß) ger/bs

Stacher: Auch im Krankenhaus Floridsdorf gibt es Verbesserungen

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Die in der heutigen Ausgabe der „Neuen Kronenzeitung“ wiedergegebene Behauptung von VP-Gemeinderat Anton FÜRST, im Rathausbudget für 1988 sei kein Geld für die dringend notwendigen Instandsetzungsarbeiten im Krankenhaus Floridsdorf vorgesehen, sei nicht richtig, erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag vormittag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. 1988 werden im Krankenhaus Floridsdorf zwei Millionen Schilling für bauliche Verbesserungen und 1,5 Millionen Schilling für die Einrichtung aufgewendet. 1986 standen für Verbesserungsmaßnahmen 5,6 Millionen, 1987 mehr als sechs Millionen Schilling zur Verfügung, betonte Stacher.

Daß im Floridsdorfer Krankenhaus gelegentlich Krankenbetten in den Gängen aufgestellt werden müssen, wird sich leider bis 1992 nicht vermeiden lassen, wenn die ersten 544 Betten im neuen Schwerpunkt-Krankenhaus im SMZ-Ost zur Verfügung stehen werden, sagte Stacher. Zudem könnten in vielen Fällen die Gang-Patienten in anderen städtischen Spitälern untergebracht werden, wollen aber nicht aus Floridsdorf weg. Zu einer Verbesserung der Speiserversorgung im Floridsdorfer Krankenhaus stellte Stadtrat Stacher fest, daß derzeit Überlegungen angestellt werden, das Spital von der neuen Küche im Allgemeinen Krankenhaus aus zu versorgen.

Abschließend erklärte der Gesundheitsstadtrat wörtlich: „Hätte Gemeinderat Fürst einen Tag gewartet, dann hätte er das im Ausschuß erfahren. Denn morgen wird seine Anfrage im Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen behandelt. Offensichtlich geht es ihm aber nur um eine falschverstandene Publizität.“ (Schluß) sc/rr

ÖVP-Kritik an der Subventionsvergabe der Stadtverwaltung

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Scharfe Kritik an der Subventionspraxis der Stadtverwaltung übte ÖVP-Gemeinderat Johannes PROCHASKA am Montag in einem Pressegespräch. Ein Teil der Subventionsgelder werde über Umwege an linke Randorganisationen geleitet. Prochaska sprach in diesem Zusammenhang von „Durchhaussubventionen“, über deren Verwendung der Subventionswerber kaum Rechenschaft ablegen könne. Konkret kritisierte der ÖVP-Mandatar, daß in den letzten zehn Jahren mehr als 30 Millionen Schilling, an das Kulturzentrum Amerlinghaus geflossen seien, und daß gerade das Amerlinghaus regelmäßig vom Kontrollamt bemängelte Abrechnungen vorlege.

Es sei der Opposition nicht möglich, herauszufinden, welche Subventionsansuchen abgelehnt würden, da in den Gremien nur über solche Subventionsansuchen gesprochen werde, die bereits einer Bewilligung zugeführt würden.

Für einen Gesamtüberblick der Subventionstätigkeit der Stadt Wien fordere die Wiener ÖVP daher einen jährlichen Subventionsbericht an den Gemeinderat nach dem Muster des Bundes sowie eine verschärfte Überprüfung der Subventionsnehmer durch das Kontrollamt. Um Mißbräuche zu vermeiden, sollten objektive, für alle verbindliche Richtlinien für die Subventionsvergabe erarbeitet werden und zur Erhöhung der Transparenz auch eine Liste aller Subventionsansuchen, incl. der abgelehnten, bekanntgegeben werden. (Schluß) fk/bs

Smejkal: Subvention für Amerlinghaus gerechtfertigt

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Die von der Wiener ÖVP kritisierte Subvention für das Amerlinghaus bzw. das Kulturzentrum Spittelberg sei aufgrund verschiedener Initiativen und Veranstaltungen gerechtfertigt, erklärte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL. Auch gegenüber alternativen Gruppen sei ein Bekenntnis zur Toleranz und Offenheit nötig: Mit Inhalten von Veranstaltungsprogrammen des Amerlinghauses müsse man sich auch dann auseinandersetzen, wenn sie mit persönlichen Meinungen nicht im Einklang stünden. Die Vergabe von Subventionen durch die Stadt Wien können nicht dazu dienen, Zwang auf die Programmgestaltung einzelner Gruppen im Amerlinghaus auszuüben. (Schluß) jel/bs

Goldenes Verdienstzeichen für Ehrenpräsident der Kleingärtner

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien wurde dem Ehrenpräsidenten des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, Herbert WIMMER, Montag von Stadtrat Rudolf EDLINGER überreicht.

Wimmer hat sich in über 35jähriger Tätigkeit, zuletzt als Präsident des Zentralverbandes, große Verdienste auf dem Gebiet des Wiener Kleingartenwesens erworben. Mit Jahresende 1987 trat der 78jährige Herbert Wimmer in Ruhestand. Stadtrat Edlinger würdigte das Wirken Wimmers im Rahmen einer kleinen Feier. (Schluß) ah/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 16. Februar 1988

Blatt 271

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Bausperre im 7. Bezirk (272)
- Guter Jahresbeginn im Wiener Fremdenverkehr (273)
- Erfolgreiche psychiatrische Außenversorgung (274)
- Frauenservicestelle und Bürgerdienst: Hilfe steht an erster Stelle (275/276)
- Energieberatung: Neue Spartips erschienen (277)
- Generalinstandsetzung der Wiener Westausfahrt (278)
- Aktion gegen Schnellfahrer — Bilanz 1987 (279)

Bausperre im 7. Bezirk

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Eine zeitlich begrenzte Bausperre soll für den Bereich zwischen Lerchenfelder Straße, Kirchengasse, Siebensterngasse/Westbahnstraße und Gürtel verhängt werden. Der Planentwurf liegt vom 18. Februar bis 17. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Für diesen Bereich wird ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Es geht dabei um den Schutz der wertvollen Bausubstanz und die Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes dieses Stadtteils, der im Einzugsbereich der neuen U-Bahn-Linien U 3 und U 6 liegt. (Schluß) and/bs

Guter Jahresbeginn im Wiener Fremdenverkehr

Wien, 16.2. (RK-LOKAL) Das milde Winterwetter lockte im Jänner viele Touristen nach Wien: Dank einer Steigerung von 29 Prozent wurden fast 250.000 Gästeübernachtungen registriert. Damit ergibt sich in der Zwischenbilanz der seit November laufenden Wintersaison 1987/88 ein Plus von 10 Prozent.

Besonders zog es die Deutschen und die Ungarn im Jänner zum schneefreien Stadtbummel in Wien. Von den beiden Nationen wurden fast doppelt so viele Übernachtungen registriert als im Jänner des Vorjahres. Starke Zunahmen gab es weiters aus Italien, Spanien, Japan und der Schweiz. Lediglich aus Schweden und den Niederlanden kamen im Jänner weniger Gäste nach Wien. (Schluß) wfv/bs

Erfolgreiche psychiatrische Außenversorgung

Kuratorium Psychosoziale Dienste: Neuer Vorstand

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Eine erfolgreiche Bilanz der bisherigen Tätigkeit des im Jahre 1980 gegründeten Kuratoriums für Psychosoziale Dienste zog Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER anlässlich der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes. Gerade die Einrichtungen des Psychosozialen Dienstes waren, wie Stacher als Präsident des Kuratoriums betonte, eine wesentliche Voraussetzung für die vor elf Jahren begonnene und inzwischen bereits international anerkannte erfolgreiche „Wiener Psychiatriereform“. Durch den Ausbau der psychiatrischen Außenversorgung konnten stationäre Einrichtungen in der Größenordnung eines 800- bis 1.000-Bettenspitals eingespart werden, sodaß es dadurch laut Stacher auch zu einer beachtlichen Kostenverminderung kam.

Jährlich 100.000 Kontakte

Wien verfügt gegenwärtig über ein dichtes Netz an Einrichtungen, das jederzeit die Möglichkeit für rasche Hilfe in psychiatrischen Notsituationen bietet. Pro Jahr werden rund 100.000 Beratungen und Behandlungen durchgeführt. Neben den Behandlungsmöglichkeiten wird in den Zentren auch bei der Wohnungs- und Arbeitssuche bzw. bei der Gestaltung und Bewältigung des Tagesablaufes geholfen. Darüber hinaus können sich aber auch die Angehörigen von psychisch Kranken, wie Chefarzt Dr. Stephan RUDAS erklärte, beraten lassen.

Der neue Vorstand des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Präsident: Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Erster Vizepräsident: GR. Ilse FORSTER, Zweiter Vizepräsident: Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS; die Gemeinderäte Eveline ANDRLIK, Herbert DINHOF, Erich HUBER, Karin LANDAUER, Dr. Elisabeth NECK-SCHAUCKOWITSCH, Mag. Eva PETRIK, Herbert PFANNENSTIEL, Dr. Erwin RASINGER, Hans SCHIEL, Dkfm. Hilde SCHILLING, Reg.Rat Herta SLABINA und Prof. Erika STUBENVOLL, weiters Landessanitätsdirektor HR Dr. Ermar JUNKER, OSR Dr. Hans SIEBENSOHN, SR Dr. Werner PRÖBSTING und Dr. Gabriele PAYR. Chefarzt des Kuratoriums ist Dr. Stephan RUDAS, Geschäftsführer Gerhard HÖHLE. (Schluß) zi/rr

Frauenservicestelle und Bürgerdienst: Hilfe steht an erster Stelle

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Die Frauenservicestelle, Telefon 48 70 66, die es seit knapp zwei Monaten im Büro der amtsführenden Stadträtin Christine SCHIRMER im Rathaus, Stiege 6, Halbstock, Zimmer 231, gibt, ist recht begehrt: bereits 250 Frauen suchten telefonisch Beratung oder kamen selbst vorbei. Dabei gab's zwar keine die Öffentlichkeit aufrüttelnden Fragen, aber zahlreiche Probleme, die mitunter die Existenz gefährden: Wohnungsprobleme, Sorgen, was nach der Scheidung kommt, die Suche nach einem Arbeitsplatz oder finanzielle Probleme. Die Frauenservicestelle sucht dabei stets einen Weg, wirkungsvoll zu helfen. Persönliches Engagement der Mitarbeiterinnen und der gute Kontakt zu anderen Stellen sind ein Beitrag dazu — oft hilft aber auch schon allein das Gespräch, das Gefühl, sich ausreden zu können. Über die Arbeit der Frauenservicestelle und des Bürgerdienstes, ebenfalls eine wichtige Serviceeinrichtung der Stadt, berichtete Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Eines ist die Frauenservicestelle allerdings nicht: eine Vermittlungsstelle für Arbeitsplätze. Hier kann man nur auf das Arbeitsamt verweisen.

Bürgerdienst nun mit neuer Zentrale im Rathaus

Eine neue Zentrale im Rathaus, und zwar auf der Stiege 6, Parterre, hat nun auch der Bürgerdienst. Die Bürgerdienst-Zentrale, früher in der Stadtinformation untergebracht, ist nun auch die Außenstelle für den 1. Bezirk und unter der Telefonnummer 43 07 08 erreichbar.

Die insgesamt 13 Bürgerdienst-Stellen konnten im vergangenen Jahr rund 88 000 Menschen helfen. An erster Stelle standen dabei Probleme in der Wohnumwelt — von Beschwerden über Lärm, Geruchsbelästigung oder Rauch aus einem anderen Wohnhaus oder einem Betrieb bis zu den zwischenmenschlichen Problemen wie dem Nachbarn, der grundsätzlich Lärm zu machen scheint. Der Bürgerdienst versucht dabei, je nach Problem anders zu helfen — manchmal, indem (etwa bei einem Betrieb) ein behördliches Verfahren eingeleitet wird, manchmal genügt auch schon ein Gespräch mit einem Hausbesitzer oder einem Mitbewohner.

Gleich an zweiter Stelle kommen Fragen aus dem Verkehrsbereich — Fußgänger/innen, die sich (was im heurigen „Winter“ allerdings bisher noch kaum geschah) über nicht gereinigte Gehsteige ärgern, Benützer/innen öffentlicher Verkehrsmittel, die gerne an einer bestimmten Haltestelle ein Wartehäuschen hätten oder die die Intervallfolgen kritisieren, und natürlich auch die Autofahrer/innen, die andere Verkehrsregelungen wünschen.

An den Bürgerdienst wenden sich aber ebenso Menschen mit sozialen Problemen — von der einfachen Frage, wie man einen Hiloflorenzuschuß erhält, bis zur Bitte um Hilfe vor einer drohenden Delogierung.

Oft kann der Bürgerdienst auch bei Konsumentenproblemen im weitesten Sinn helfen — etwa wenn einer Mindestrentnerin ein Zeitschriftenabonnement eingeredet wurde und absolut keine rechtliche Möglichkeit mehr besteht, dagegen einzugreifen. Im Gespräch zwischen Bürgerdienst und Zeitschriftenverlag gelang es dann manchmal noch, einen Verzicht auf die Eintreibung der Abonnementgebühr zu erreichen.

Über einer halben Million Menschen konnte der Bürgerdienst übrigens seit seiner Gründung 1979 schon helfen — weit über eine Million Anfragen, Wünsche, Beschwerden usw. wurden außerdem von der Stadtinformation bearbeitet. Die Stadtinformation ist dabei vor allem zentrale Auskunftsstelle, der Bürgerdienst wieder mit den konkreten Alltagsproblemen beschäftigt.

Zum Bürgerdienst gehört außerdem eine mobile Außenstelle, der Bürgerdienst-Bus, der z.B. bei aktuellen Anlässen — von der Wasseraufschließung in Randgebieten Wiens bis zu Bereichen, in denen größere Bauvorhaben durchgeführt werden, von der Hilfe bei Katastrophen bis zum Informations-„Büro“ etwa nach dem Hauseinsturz im 15. Bezirk — eingesetzt wird.

Rasche Hilfe bietet außerdem der Mobile Bürgerdienst, der zur Magistratsdirektion gehört — die „kleinen roten Autos“ bzw. die Mitarbeiter des Mobilien Bürgerdienstes sind bei akuten Problemen rasch an Ort und Stelle, decken selbst Mißstände auf und führen außerdem regelmäßig gezielte Schwerpunktaktionen (z.B. gegen Bauschutt oder Autowracks) durch.
(Schluß) hrs/bs

Forts. von Blatt 275

Energieberatung: Neue Spartips erschienen

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Die Energieberatungsstelle der Wiener Stadtwerke und der Heizbetriebe Wien, die seit ihrer Gründung schon mehr als 20.000 Personen besucht haben, ist nun mit neuen Tips herausgekommen, wie man die gängigen Haushaltsgeräte möglichst energiesparend und sinnvoll einsetzen kann. In dem Heftchen gibt es für insgesamt acht Geräte Informationen, darunter Tiefkühlschrank, E-Herd, Geschirrspülmaschine, Wäschetrockner etc. In der Summe läßt sich bei Einhaltung einiger Regeln im Haushalt mehr an Strom einsparen, als man glaubt.

Die Energieberatungsstelle, im Kundendienstzentrum der Wiener E-Werke und Gaswerke in Wien 9, Spitalgasse 5-9 angesiedelt, hat Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr geöffnet. Sechs Mitarbeiter stehen zur Verfügung, um über Möglichkeiten der Beheizung, Heizkosten, Wärmebedarf, Heizungskontrolle und sinnvolle Energieanwendung im allgemeinen — natürlich kostenlos — zu informieren. Nicht vergessen wird auch die Information über günstige Finanzierungsmöglichkeiten für Energiesparmaßnahmen, eine ganze Reihe von Broschüren zu den Themen „Energiesparen“ und „Heizen“ liegt auf. Die Energieberatungsstelle ist auch telefonisch zu erreichen: 43 80/3995 bis 3998 Durchwahl. (Schluß) roh/rr

Generalinstandsetzung der Wiener Westausfahrt

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL gab im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag den Terminablauf der weiteren Verkehrsmaßnahmen bei der Generalinstandsetzung der Wiener Westausfahrt bekannt: Ab Mittwoch, dem 17. Februar 1988, 9 Uhr, erfolgt die Einengung der Hadikgasse in Höhe St. Veiter-Brücke auf eine Fahrspur wegen der Errichtung von Verkehrsleiteinrichtungen.

In den Nächten von Donnerstag, den 18. auf Freitag, den 19. beziehungsweise vom Freitag, den 19., auf Samstag, den 20. Februar wird es in der Zeit von 0.30 bis 4.30 Uhr (also während des LKW-Fahrverbotes) wegen der Montage der Fußgängerstegtragwerke zu örtlichen Verkehrsanhaltungen beziehungsweise zur Einweisung über die Auhofstraße oder Hackinger Straße kommen.

Am Montag, dem 22. Februar, erfolgt um 9 Uhr die Einengung des Hackinger Kais vor der Brauhausbrücke auf eine Spur. Es werden die Verkehrsleitwände, Umlauflichtanlagen für die Einengung in Richtung Zentrum beziehungsweise die Verkehrsführung über die Umleitungsstrecke in Richtung Westautobahn errichtet.

Am selben Tag ab 19 Uhr erfolgt die Einengung in Höhe St. Veiter-Brücke und die Sperre in Richtung 13. Bezirk.

Gegen Mitternacht, am Montag, dem 22. Februar, wird schließlich die Umleitung im vollen Umfang aufgenommen.

Großes Bauvorhaben der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe

Wie Hatzl betonte, habe man sich bemüht, zwei große Vorhaben zu koordinieren: In Abstimmung mit der Generalinstandsetzung der Westausfahrt wird für die U 4 eine Wendegleisanlage errichtet. Dieses Vorhaben, das wegen des Platzbedarfs für die Baumaschinen und wegen des Baustellenverkehrs auf jeden Fall eine Fahrspur der Westausfahrt beansprucht hätte, wird sechs Monate dauern.

Ombudsmann

Für Fragen der Verkehrsteilnehmer im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen und der Umleitung steht ab Mittwoch, dem 17. Februar, bis einschließlich Freitag, den 19., und dann während der gesamten Baudauer jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr ein eigener Ombudsmann, Ing. Schön, unter der Telefonnummer 911 17 40 zur Verfügung. (Schluß) pz/rr

Aktion gegen Schnellfahrer - Bilanz 1987

Wien, 16.2. (RK-LOKAL) Im Rahmen der Aktion gegen Schnellfahrer, die im Juni 1986 zwischen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und dem damaligen Polizeipräsidenten Dr. Karl REIDINGER vereinbart worden war, registrierte die Wiener Polizei im vergangenen Jahr mehr als 88.000 Temposünder. Das heißt, daß innerhalb eines Jahres etwa jedem siebenten Wiener Autofahrer eine erhebliche Geschwindigkeitsübertretung NACHGEWIESEN wurde! Bei rund vier Prozent der Schnellfahrer ergaben die Kontrollen Geschwindigkeiten von mehr als 100 km/h. 1987 wurden 38.149 Organstrafen verfügt, in 50.169 weiteren Fällen wurden Anzeigen erstattet.

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk und der neue Wiener Polizeipräsident Dr. Günther BÖGL berichteten darüber am Dienstag im wöchentlichen Pressegespräch des Bürgermeisters. Zilk, der seiner Enttäuschung über diese hohen Zahlen Ausdruck verlieh („eine Schande“), kündigte Initiativen zur Erhöhung der Strafen bei Geschwindigkeitsübertretungen an. Zilk: „Schnellfahren ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein potentiell gewaltverbrechen“. (Schluß) ger/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
gesetzlich in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 17. Februar 1988

Blatt 280

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neue Meßgeräte für Radioaktivität in der Umwelt (281)
- 1987 über 480.000 Besucher auf dem Donauturm (282)
- 30 Jahre Gelenkwagen bei der Wiener Straßenbahn (283)
- Der Dom im Bild (284)
- Zwölf Kastanienbäume werden gefällt (nur FS)

Neue Meßgeräte für Radioaktivität in der Umwelt

Gesundheitsausschuß genehmigte 2,9 Millionen Schilling

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Institut für Umweltmedizin erhält neue Geräte, mit denen die Umweltradioaktivität genau gemessen werden kann. Die Meßanlage wird vor allem zur Überwachung der Trinkwasserversorgung Wiens eingesetzt werden. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen genehmigte in seiner Sitzung am Dienstag nachmittag 2,9 Millionen Schilling für diese Investitionen in die Umweltkontrolle.

Das Institut für Umweltmedizin (früher: Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt) überprüft schon seit 1960 — nach den damaligen atmosphärischen Atombombentests — die zentrale Wiener Trinkwasserversorgung auf Radioaktivität. Bisher konnte allerdings nur die Summe der radioaktiven Stoffe untersucht werden.

Mit der neuen Geräteeinheit können nun die einzelnen gammastrahlenden radioaktiven Stoffe im Wasser nachgewiesen werden. Dabei kann man auch sehr geringe Mengen messen, was bei der Beurteilung des Trinkwassers besonders wichtig ist. Die Auswertung der Meßdaten wird mit einem maßgeschneiderten EDV-Programm erfolgen.

Ständig untersucht wird das Trinkwasser aus den Einzugsgebieten der beiden Wiener Hochquellenleitungen in den Regionen Rax-Schneeberg und Hochschwab sowie das Grundwasser in der Region Wien. (Schluß)
sc/gg

1987 Über 480.000 Besucher auf dem Donauturm

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Der Wiener Donauturm hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder eine sehr gute Frequenz zu verzeichnen. Insgesamt kamen 480.942 Besucher auf den Turm, wobei zum ersten Mal — ausgenommen bei der Eröffnung — die 480.000-Marke überschritten wurde.

Eine große Rolle dabei spielen die vielen Reisegruppen aus dem In- und Ausland, wobei der größte Anteil — nämlich 1.992 Gruppen — auf Österreich entfällt. Insgesamt kamen 3.686 Reisegruppen aus 28 Ländern auf den Donauturm. Die größten ausländischen Kontingente stellten Italien mit 660, Holland mit 535 und Griechenland mit 238 Reisegruppen, aber auch aus China, Brasilien und Saudi Arabien kamen Besucher auf den Donauturm.

Der Gesamtumsatz in der Saison 1986/87 (1. November 1986 bis 31. Oktober 1987) betrug 83,175 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung um 14 Prozent.

Der gute Trend wird auch heuer anhalten, denn vom 1. November 1987 bis 31. Jänner 1988 betrug der Umsatz 16,931 Millionen Schilling, das sind um 21 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. (Schluß) wh/bs

30 Jahre Gelenkwagen bei der Wiener Straßenbahn

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Heute, Mittwoch, jährt sich ein für die Wiener Straßenbahn denkwürdiges Ereignis zum dreißigsten Mal: die erste Ausfahrt eines Gelenktriebwagens im Fahrgastverkehr!

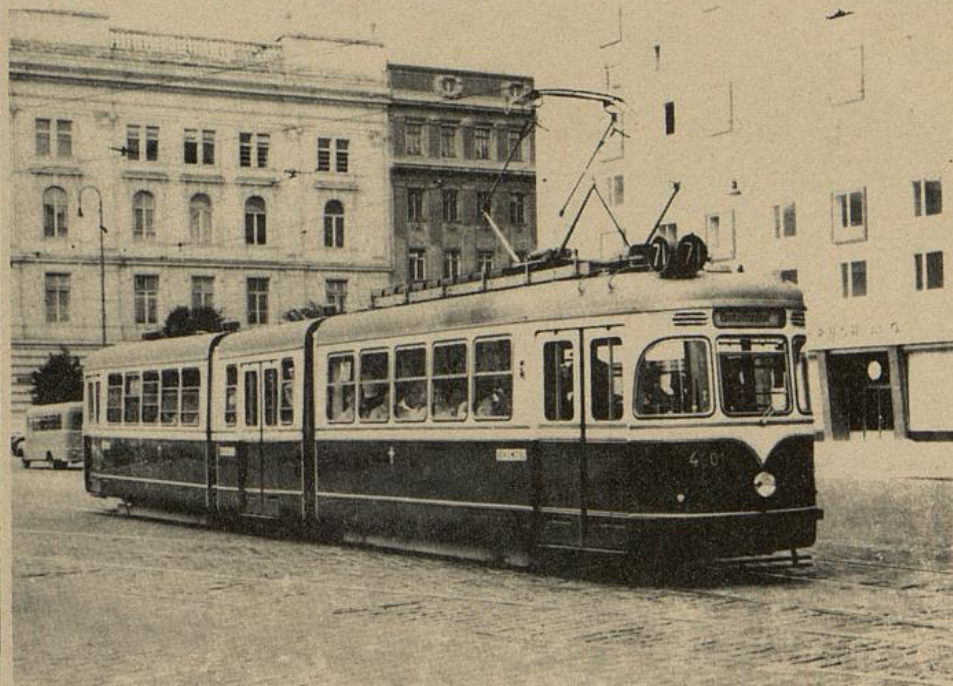
In dem Bestreben, immer modernere Fahrzeugkonstruktionen für die Fahrgäste zu bieten, hatten sich die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe nach dem erfolgreichen Einsatz von „Großraumzügen“ entschlossen, auch „Gelenkwagen“ im Wiener Straßenbahnnetz zu erproben.

Der erste Prototyp, der von der Firma Gräf & Stift im Jahr 1957 erzeugt worden war, konnte am 17. Februar 1958 auf der Straßenbahnlinie „71“ dem Publikum zur Erprobung vorgestellt werden. Dieser Wagen mit der Typenbezeichnung „D“ (er wurde von den Straßenbahnern „Dora“ genannt) und der Wagenummer 4301 war nach seinem probeweisen Einsatz auf der Linie „71“ noch bis zum Jahr 1975 auf den Strecken des Betriebsbahnhofes Währing, hauptsächlich auf der Linie „41“, in Betrieb.

Die Konstruktion der „Dora“ wurde noch als Vorbild für weitere 15 fast gleichartige Garnituren verwendet, den Siegeszug der Gelenkwagen machten jedoch die heute im Wiener Stadtbild vorherrschenden, sechsachsigen Wagen der Typen „E“ und „E1“.

Der Prototyp „D“ Nr. 4301 existiert auch heute noch vollkommen betriebsfähig im „Wiener Straßenbahnmuseum“. Dieses Museum ist vom 7. Mai bis 2. Oktober an allen Samstagen, Sonntagen und Feiertagen bei freiem Eintritt von 9 bis 16 Uhr geöffnet. Die Adresse: 3. Bezirk, Erdbergstraße 109.

Derzeit haben die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe etwa 550 Gelenkwagen verschiedener Konstruktionen für den Straßenbahnbetrieb im Einsatz, auf der Stadtbahn, die bald zur „U 6“ umgestaltet wird, werden ausschließlich hochmoderne, sechsachsige Gelenktrieb- und Gelenkbeiwagen verwendet. (Schluß) roh/gg



Der Dom im Bild

Wien, 17.2. (RK-LOKAL/KULTUR) Rund zweihundert Fotos vom Stephansdom sind ab Montag, den 22. Februar, in der Stadtinformation in der Schmidhalle des Rathauses zu sehen. Die Fotos stammen von Robert HUTTERER. Sie dokumentieren die Schäden am Dom und zeigen Impressionen vom Wahrzeichen der Stadt. Hutterer präsentiert auch zahlreiche Fotos, die auf Baugerüsten rund um den Dom entstanden sind. Beeindruckend sind die Aufnahmen, die das „Zerbröseln“ des Steines dokumentieren.

Die Ausstellung in der Schmidhalle ist bis 11. März täglich (ausgenommen an Wochenenden) von 7.30 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. (Schluß) red/bs



Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verleger: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 18. Februar 1988

Blatt 285

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Stadtinformation: Auskünfte über Gedenkveranstaltungen (293)

Kommunal/Lokal:

Neue Medizinische Abteilung im Rudolfspital (286/FS: 17.2.)

Freizeitmesse eröffnet (287/FS: 17.2.)

Keine Aufhetzung von Schülern in Wien (288/FS: 17.2.)

20 Jahre Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien (289)

Smejkal: Mehr Halbtagsgruppen in Kindertagesheimen (290)

Hatzl: Müllverbrennung stellt keine Gefährdung dar (294)

Häupl: Ständige Gesprächsbereitschaft über Müllproblematik (294)

Brand einer Baubaracke (nur FS)

Kultur:

Die Sängerin Lotte Lehmann wäre 100 Jahre alt (291)

Verleihung von Ehrenzeichen (292)

Neue Medizinische Abteilung im Rudolfsptal

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) In der Krankenanstalt Rudolfstiftung der Stadt Wien wurde durch Teilung der 1. Medizinischen Abteilung eine neue Medizinische Abteilung mit Gastroenterologie und Endoskopie geschaffen. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Mittwoch vormittag den Leiter dieser neuen Abteilung, Dozent Dr. Werner WEISS, in sein Amt ein. Dozent Weiß ist seit 1976 an der 1. Medizinischen Abteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung tätig und hat dort eine endoskopische Station aufgebaut.

Stadtrat Stacher wies in seiner Ansprache darauf hin, daß sich die Medizin ununterbrochen weiterentwickle und sich daher auch die Anforderungen an die Spitäler ständig ändern. In der Medizin hat das Wissen in den vergangenen zwei Jahrzehnten enorm zugenommen. Das führt zu einer zunehmenden Spezialisierung innerhalb der medizinischen Fächer, der auch die neu geschaffene Medizinische Abteilung mit Gastroenterologie und Endoskopie in der Krankenanstalt Rudolfstiftung entspricht, da dieses Spital einen hohen Anteil von Patienten mit Magen- und Darmerkrankungen hat. Die moderne Endoskopie ist nicht nur wichtig für die richtige Diagnose. Mit ihrer Hilfe können auch kleinere Eingriffe vorgenommen, und auf diese Weise operative Eingriffe vermieden werden. (Schluß) sc/gg

Bereits am 17. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Freizeitmesse eröffnet

Wien, 17.2. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Stadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnete am Mittwoch die Freizeitmesse am Wiener Messegelände, die heuer von 17. bis 21. Februar abgehalten wird. Häupl unterstrich die steigende Bedeutung der Freizeit, die ein wesentliches Element für Erholung und Streßabbau nach dem Berufsalltag darstellt. Weiters verwies er auf das umfangreiche Angebot der Stadt Wien auf dem Freizeitsektor und die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wien und der Wirtschaft. Die Freizeitmesse 1988 ist täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet. Neu ist heuer der "lange Freitag", an dem bis 21 Uhr geöffnet ist. Auf der Freizeitmesse gibt es diesmal sieben Messen gleichzeitig: Ferien 88, Camera, Zweirad, Wiener Autostyling, Caravan, Tennis und Aktiv 88. In 17 Hallen stellen 542 Direktaussteller auf 20.532 Quadratmetern Ausstellungsfläche aus. (Schluß) du/bs

Bereits am 17. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Keine Aufhetzung von Schülern in Wien

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Unter Bezug auf die Emotionen, die in letzter Zeit über die Kriegsvorgänge des Herrn Bundespräsidenten auch unter den Schülern und Lehrern geweckt wurden, wird im Einklang mit schulrechtlichen Bestimmungen daran erinnert, daß die Schule kein Tummelplatz tagespolitischer Polemik sein kann, stellt der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, Mittwoch fest.

Allerdings bietet der Zeitgeschichteunterricht im Rahmen des Grundsatz-erlasses Politische Bildung eine Möglichkeit, Ereignisse der jüngsten Geschichte in umfassender, objektiver und pluralistischer Weise darzustellen.

Zu den Äußerungen des Wiener ÖVP-Obmannes Dr. Erhard BUSEK stellt Prof. Matzenauer fest, daß für die von Busek erhobenen Vorwürfe, wonach an den Wiener Schulen Demonstrationsaufrufe affiziert und verteilt würden, keine konkreten Beweise vorliegen. Es kann daher in diesem Zusammenhang sicher nicht von einer Aufhetzung der Schüler gesprochen werden. (Schluß) red/bs

Bereits am 17. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

20 Jahre Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Das Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien (1, Doblhoffgasse 6) feiert seinen 20. Geburtstag. Im Februar 1968 wurde infolge der damaligen völligen Neuordnung der Wohnbauförderung mit dem Wohnungsberatungszentrum eine zentrale Informations- und Beratungsstelle für Wohnfragen eingerichtet. Heute umfaßt das Wohnungsberatungszentrum Informationsstellen für Gemeindewohnungen, geförderte Wohnungen, Finanzierungsberatung und Wohnbeihilfe.

Das Wohnungsberatungszentrum hilft aber nicht nur mit Rat, sondern es vergibt auch einen Teil jener Miet-, Genossenschafts- und Eigentumswohnungen, die in Wien mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, also nicht nur Gemeindewohnungen. Bis zum November 1986 konnten bereits 35.000 geförderte Wohnungen durch das Wohnungsberatungszentrum vermittelt und vergeben werden.

Rund 30.000 Menschen nehmen jährlich das umfassende Informations- und Vermittlungsangebot in Anspruch. Die unmittelbare persönliche Beratung ist erklärtes Ziel der Mitarbeiter des Wohnungsberatungszentrums. Insgesamt haben über 400.000 Wienerinnen und Wiener im Laufe der letzten 20 Jahre das kostenlose Service des Wohnungsberatungszentrums in Anspruch genommen.

Das Wohnungsberatungszentrum ist täglich von 8 bis 13 Uhr und donnerstags von 15.30 bis 17.30 Uhr geöffnet. (Schluß) ah/rr



Smejkal: Mehr Halbtagsgruppen in Kindertagesheimen

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Ab Herbst 1988 wird auf Wunsch vieler Familien die Anzahl der Halbtagsgruppen in den städtischen Kindertagesheimen vergrößert. Berufstätigen Alleinerziehern und Eltern wird damit die für sie dringend nötige Unterbringung von Kindern in Ganztagsgruppen erleichtert, kündigte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL an. Vorteile bietet die Erweiterung der Halbtagsgruppen aber auch für Eltern, die ihre Kinder zwar nachmittags zu Hause versorgen können, den Besuch der Bildungseinrichtung „Kindergarten“ aber aus pädagogischen Gründen wünschen.

Der Kindergarten habe, erklärte Smejkal, nicht nur wichtige bildungspolitische, sondern auch sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen. Das Kindertagesheim sei eine besonders wichtige familienergänzende Einrichtung. (Schluß) jel/gg

Die Sängerin Lotte Lehmann wäre 100 Jahre alt

Wien, 18.2. (RK-KULTUR) Kaum eine Sängerpersönlichkeit aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat, selbst bei der jüngeren Generation, so viel Eindruck hinterlassen wie Lotte LEHMANN, der Richard Strauss einmal schwärmerisch ins Stammbuch schrieb: „Sie hat gesungen, daß es Sterne rührte!“ In Hamburg begann 1910 ihre Karriere, in Wien, Salzburg und an der „Met“ feierte sie ihre größten Triumphe als Leonore, Elsa, Elisabeth, Sieglinde, Butterfly, Turandot und Tosca, vor allem jedoch als unvergleichliche Strauss-Interpretin. Allein aus dem „Rosenkavalier“ hat sie im Laufe ihres Lebens drei Rollen gesungen: 1913 in Hamburg die Sophie, 1917 in Wien den Octavian, und 1924 sang sie in London zum ersten Mal die Marschallin.

Geboren wurde Lotte Lehmann am 27. Februar 1888 in Perleberg in der Mark Brandenburg. Ihr Vater Carl Lehmann, der 1928 in Hinterbrühl bei Wien gestorben ist, war Ritterschaftssekretär, die Mutter Marie Lehmann, eine geborene Schuster, starb 1934 in Wien.

1905 begann Lotte Lehmann ihre Ausbildung als Sängerin. Ihre Lehrer waren Etelka GERSTER und Mathilde MALLINGER. 1910 debütierte sie als zweiter Knabe in der „Zauberflöte“ in Hamburg.

1914 kam Lotte Lehmann an die Wiener Hofoper und feierte hier große Erfolge. Auch in Salzburg bei den Festspielen ist Lotte Lehmann bis 1937 immer wieder aufgetreten. Von 1934 bis 1945 war Lotte Lehmann Mitglied der New Yorker Met. Ihr letztes Konzert gab sie 1951 in New York. Noch 1962 inszenierte Lotte Lehmann an der Metropolitan Opera den „Rosenkavalier“.

Lotte Lehmann veröffentlichte eine Reihe von Büchern über Gesangstil und Interpretation sowie zu ihrer Biographie. Sie starb am 26. August 1976 in Santa Barbara in Kalifornien, und wurde im darauffolgenden Jahr in einem Ehrengrab in Wien beigesetzt. (Schluß) red/rr

Verleihung von Verdienstzeichen

Wien, 18.2. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch nachmittag im Wiener Rathaus an Johannes Leo GRUBER, Christiane FELDMANN-RÄNTZ, Wilhelm HEIDENHOFER, Prof. Johanna JONAS-LICHTENWALLNER und Friedrich SCHINDL Verdienstzeichen des Landes Wien.

Johannes Leo Gruber hat sich neben seinem Beruf als Gastronom durch die Förderung junger Künstler und die Betreuung von Kindern und Behinderten Verdienste erworben.

Christiane Feldmann-Räntz hat als Leiterin des „Wiener Werkels“, als Schauspielerin an der Josefstadt und auch als Malerin — von ihr stammen die Entwürfe zu den Fenstern der Votivkirche — Akzente im Wiener Kulturleben gesetzt.

Wilhelm Heidenhofer hat mit der Gründung des Clubs „Monte Laa“ dazu beigetragen, den Böhmisches Prater kulturell zu beleben. Prof. Johanna Jonas-Lichtenwallner hat als Autorin von Romanen, Kurzgeschichten und Lyrik und durch die Förderung junger Schriftsteller der Wiener Literaturszene wichtige Impulse gegeben.

Friedrich Schindl ist als Obmann der Landsmannschaft der Niederösterreicher in Wien um kulturelle und menschliche Kontakte zwischen den beiden Bundesländern bemüht.

Der kleinen Feier wohnte auch Stadtrat Dr. Erhard BUSEK bei. (Schluß)
gab/bs

Stadtinformation: Auskünfte über Gedenkveranstaltungen

Wien, 18.2. (RK-POLITIK) Die Stadtinformation im Rathaus wurde zur Zentralstelle für Auskünfte über Veranstaltungen, die zum Gedenken an den März 1938 stattfinden (Tel. 43 89 89). Da es in Wien in den kommenden Wochen tausende Veranstaltungen dieser Art geben wird — Vorträge, Diskussionen, Seminare, Filmvorführungen, Ausstellungen, Enthüllungen von Mahnmalen und Gedenktafeln, künstlerische Gedenkfeiern usw. — hat Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien beauftragt, Informationen über diese vielen Aktivitäten zu sammeln. Die Stadtinformation ist dadurch jetzt in der Lage, Auskünfte über Ort, Zeit und Inhalt von Veranstaltung zu geben. (Schluß) sti/rr

Hatzl: Müllverbrennung stellt keine Gefährdung dar

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Als völlig unsinnig bezeichnete Energiestadtrat Johann HATZL Donnerstag die von den Grünen erstattete Anzeige gegen unbekannte Täter wegen Gefährdung der Bevölkerung durch die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. „Den Grünen ist anscheinend entgangen, daß diese Müllverbrennungsanlage über eine hochmoderne Rauchgaswäsche verfügt, die in Zukunft noch durch eine Denox-Anlage ergänzt werden soll“, sagte Hatzl. Müllverbrennung mit bestmöglicher Filterung der Abgase sei derzeit die einzige verantwortungsvolle Möglichkeit, mit dem Müll fertig zu werden. Die einzige Alternative wäre derzeit die Deponierung, da sei aber eine geordnete Entsorgung durch Müllverbrennungsanlagen besser und umweltfreundlicher.

„Natürlich sind Müllvermeidung und getrennte Müllsammlung richtige Wege in die Zukunft, und die Stadt Wien hat auf diesem Gebiet bereits größere Erfolge erreicht als die meisten anderen vergleichbaren Städte. Man muß aber realistisch bleiben und sehen, daß auch durch noch so breitgestreute Informationskampagnen der Müllberg nicht von heute auf morgen verschwinden wird. Die beste Alternative bis zum Greifen der Müllvermeidung ist aber noch immer die Müllverbrennung, unter bester Filterung und mit dem Nebenprodukt Fernwärme.“

Viel sinnvoller wäre es, so Hatzl, würden die Grünen der Stadt Wien bei der Kampagne gegen Öl- und Kohleheizungen helfen. Hier seien nämlich die wahren Emittenten zu finden: Rund 100 Wohnungen, die mit schwefelarmem Heizöl beheizt werden, erzeugen für ihre unmittelbare Umgebung die gleiche Belastung wie beide Wiener Müllverbrennungsanlagen. „Mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes haben wir in Wien die Emissionen bereits um viel mehr reduziert, als in den Müllverbrennungsanlagen entsteht“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/gg

Häupl: Ständige Gesprächsbereitschaft Über Müllproblematik

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL erklärte im Zusammenhang mit der Strafanzeige der Grünen bezüglich der MVA Flötzersteig, daß er sich grundsätzlich vehement für die Müllvermeidung engagiere. Die getrennte Müllsammlung sei mit gutem Erfolg im Gange und werde auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt. Auf jeden Fall müsse im Zuge der Müllproblematik die Entsorgungssicherheit gewährleistet sein. Er, Häupl, sei als Stadtrat immer sowohl für die Grünen als auch für die Bürgerinitiativen gesprächsbereit gewesen, sein Angebot sei aber nicht genutzt worden. Beamtenbeleidigung und gerichtliche Schritte seien wirklich nicht der geeignete Weg, um Probleme in einem derartig sensiblen Bereich zu lösen, schloß Häupl. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 19. Februar 1988

Blatt 295

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Statistik belegt Erneuerungsbedarf der Wiener Wohnungen (296)
- Die Wiener Rettung im Jänner (297)
- Terminvorschau vom 22. Februar bis 4. März 1988 (298)
- Gürtelkommission hat ihre Arbeit abgeschlossen (299/301)
- Damensauna im Hallenbad Döbling vorübergehend gesperrt (nur FS)

Statistik belegt Erneuerungsbedarf der Wiener Wohnungen

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Den großen Bedarf an Neubau und Sanierung von Wohnungen in Wien belegt ein jetzt veröffentlichter Faltprospekt des Statistischen Amtes der Stadt Wien. Obwohl der Wohnungsbestand in Wien steigt, sind noch immer viele Wohnungen veraltet, zu klein und schlecht ausgestattet.

Fast 45 Prozent der Wiener Wohnungen wurden vor 1919 errichtet. Mehr als ein Viertel der 716.600 bewohnten Wohnungen ist kleiner als 45 Quadratmeter. Über 400.000 Wienerinnen und Wiener leben in Wohnungen, die als zu klein und daher überbelegt eingestuft werden. 65.950 Wohnungen haben weder Wasser noch WC. Abbrüche unsanierbarer Althäuser, Wohnungszusammenlegungen und Umnutzungen (etwa in Büros) haben daher in den letzten Jahren innerhalb des Gürtels zu einer Abnahme der Wohnungszahl geführt, während in den Bezirken 21 bis 23 der Wohnungsbestand durch Neubau am stärksten gestiegen ist. Deutlich hat sich aber dennoch die Ausstattungsqualität von Wohnungen in Althäusern durch die Einzelwohnungsverbesserung (Einbau von Zentralheizung, Bad, WC, Schall- und Wärmeschutzfenster usw.) verbessert. Die Statistik weist schließlich auch aus, daß jede vierte Wiener Wohnung einen Balkon oder eine Loggia besitzt, fast jede dritte einen Privatgarten beim Haus. (Schluß)
ah/rr

Die Wiener Rettung im Jänner

6.326 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) 6.326 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungsdienst, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, im Monat Jänner zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 43.277 Kilometer zurück. Von den 6.271 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 4.545 in Spitäler gebracht.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im vergangenen Monat bei 3.961 akut Erkrankten; bei 172 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 561 Fällen sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.085 verletzte Personen betreut, davon 459 nach Verkehrsunfällen, 265 nach Betriebsunfällen und 51 nach Sportunfällen. 121 Personen waren schwer, 1.966 Personen unbestimmten Grades verletzt. Bei 17 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet. In 18 Fällen lagen Verbrennungen vor, in 134 Fällen Vergiftungen und in 53 Fällen Psychosen.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 109 Rauschgift- und Drogenkranken, 498 Patienten standen unter Alkoholeinfluß, 50 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 266 Personen konnte nicht mehr geholfen werden. Die Todesursache war in 77 Fällen Herzinfarkt, in 11 Fällen Selbstmord.

Der Krankenbeförderungsdienst hatte im Jänner 4.913 Ausfahrten und beförderte 4.852 Personen. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 64.327 Kilometer zurück. (Schluß) sc/rr

Terminvorschau vom 22. Februar bis 4. März 1988

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 22. Februar bis 4. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorge-
merkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 22. Februar:

- 10.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener SPÖ (SPÖ-Klub)
- 10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 18.00 Uhr, Veranstaltung im Rahmen des Fonds für Internationale Beziehungen (Wappensaal, Rathaus)

DIENSTAG, 23. FEBRUAR:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters
- 17.00 Uhr, Überreichung von Diplomen an das Wiener Kontingent von UNO-Soldaten, Rotation März 1988 — Cypern durch Vbgm. Smejkal (Steinerner Saal, Rathaus)
- 19.30 Uhr, Diskussionsabend im Rahmen der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ zum Thema „Wohnmedizin — eine tägliche Herausforderung“, StR. Stacher (Wappensaal, Rathaus)

MITTWOCH, 24. FEBRUAR:

- 8.30 Uhr, Kontrollausschuß (Kontrollamt, 1, Rathausstr. 9)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Prof. Edeltraud Brexner-Nowotny, Sepp Jahn und Mag. Leon Sliwinski (Steinerner Saal, Rathaus)

DONNERSTAG, 25. FEBRUAR:

- 9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal
- 10.00 Uhr, Eröffnung Kindertagesheim 19, Weinberggasse 60 durch Vbgm. Smejkal
- 10.00 Uhr, Pressekonferenz der SPÖ
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Verkehrssicherheit“ (PID)
- 15.00 Uhr, Info-Tag der Kranken- bzw. Med.-techn. Schulen im Jugendzentrum 15, Hollergasse 22-26 mit StR. Stacher

SONNTAG, 28. FEBRUAR:

Familiensonntag

MONTAG, 29. FEBRUAR:

ab 9.00 Uhr, Gemeinderat

DIENSTAG, 1. MÄRZ:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 2. MÄRZ:

- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Häupl an SR i. R. Dipl.-Ing. Drennig, Landesfeuerwehrkommandant-Stellvertreter Ernst Eishold, Oberstleutnant der Reserve Hubert Buder (Steinerner Saal, Rathaus)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Dr. Pasterk „Viennale“

FREITAG, 4. MÄRZ:

- 10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Hochschulprof. Samy Molcho (Arb.-Zi., Bgm.)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Beschleunigungsprogramm“ (PID)
- 11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport (Schluß) red/gal

Gürtelkommission hat ihre Arbeit abgeschlossen

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die „Gürtelkommission“ präsentierte am Freitag in Anwesenheit von Planungsstadtrat Günther SALLABERGER die Ergebnisse ihrer dreijährigen Arbeit in einer Pressekonferenz. Ihr Vorsitzender Prof. Dr. Jakob MAURER (ETH Zürich) betonte, die Arbeit der Kommission habe die Grundlagen für die politischen Entscheidungen geschaffen. Die Kommission empfehle, als erste Maßnahme den Bereich Margaretengürtel und Gaudenzdorfer Knoten sowie Mariahilfer Gürtel zu realisieren.

Planungsstadtrat Sallaberger sagte, es gehe darum die Wohn- und Lebensqualität entlang der breiten Verkehrsträger systematisch zu verbessern; damit hänge auch die Planung von Blocksanierungen im Rahmen der Stadterneuerung zusammen. Sallaberger dankte ausdrücklich Wirtschaftsminister Robert GRAF für dessen Verständnis für die Anliegen der Bundeshauptstadt.

Das Wiener Modell

Zur Lösung der Verkehrs- und Umweltprobleme entlang der dichtbesiedelten Hochleistungsstraßen Gürtel, Süd- und Westeinfahrt wurde 1984 vom Wiener Gemeinderat eine Projektorganisation eingerichtet. In dreijähriger Arbeit hat die Projektleitung Gürtel, Süd- und Westeinfahrt nunmehr Vorschläge ausgearbeitet, mit denen über die Lösung der Verkehrsprobleme hinaus in den betroffenen Gebieten vor allem die Lebensqualität gehoben und die Rahmenbedingungen für die Stadterneuerung verbessert werden sollen.

Das den Arbeiten zugrunde gelegte Straßennetz hat eine Länge von zirka 35 Kilometer, wobei im weiteren Einzugsbereich dieser Straßenzüge etwa 600.000 Menschen wohnen und rund 350.000 Menschen arbeiten. Im engeren Bereich (rund 1 bis 2 Blocktiefen) wohnen etwa 80.000 Menschen.

Die Arbeit der Kommission war von folgenden Grundsätzen geleitet, betonte Prof. Dr. Maurer:

- Sicherstellung der Erreichbarkeit der an den Gürtel angrenzenden Gebiete bei gleichzeitiger Erfüllung der übergeordneten Verkehrsfunktionen
- Senkung der Lärm- und Abgasemissionen und -immissionen und Verbesserung der Verkehrssicherheit
- Schaffung der fehlenden Grün- und Freiflächen auch in Verbindung mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen
- Lösung der Probleme des ruhenden Verkehrs
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Stadterneuerung in die Tiefe hinein.

Entwicklungsprogramm – Vier Leitprojekte

Das Ergebnis der dreijährigen Beratungsarbeit liegt nunmehr in einem Entwicklungsprogramm vor, welches sich in einen allgemeinen Teil und vier Leitprojekte gliedert.

Die Empfehlungen in Form dieses Entwicklungsprogrammes betreffen gesamtstädtische Entscheidungen, Möglichkeiten und Angebote von Entwicklungen und Ausgestaltungen für Teilgebiete, die in Zusammenarbeit mit den Bezirken geprüft, ergänzt und geändert werden können.

Das Entwicklungsprogramm ist so konzipiert, daß die einzelnen baulichen und organisatorischen Maßnahmen mittel- und langfristig den jeweils geänderten Bedingungen angepaßt werden können. Alle Maßnahmenbündel sind in mehreren Stufen in Form von Einzelmaßnahmen wie z. B. Fahr-

bahnverlegungen, Verkehrsberuhigung, Errichtung von Parkplätzen, Umbau einzelner Abschnitte, Verkehrsorganisation etc. realisierbar, wobei diese Einzelmaßnahmen für sich bereits wirksam werden können und sollen.

Die vier Leitprojekte betreffen die Bereiche

- Südgürtel
- Südeinfahrt
- Westgürtel
- Westeinfahrt (Wiental).

Kosten zwischen 12 und 15 Milliarden Schilling

Nach Schätzungen der „Gürtelkommission“ liegen die Kosten im Bereich der genannten Bundesstraßen zwischen 12 und 15 Milliarden Schilling. Darin inkludiert sind bereits die Kosten für wasserbauliche Maßnahmen im Wiental.

„Gaudenzdorfer Knoten“ und „Tunnel Margaretengürtel“ könnten bereits 1989 baureif werden

Die Projektleitung hat die Grundlagen für die Prioritätensetzung geschaffen, in dem sie darlegt, welche Abhängigkeiten gegeben sind (z. B. Zentralbahnhof — Südgürtel, Wiental — Wasserbau — Kanalbau, Europaplatz — U-Bahn-Bau — Westbahnhof, Felberstraße — Westbahnhof — Konzept Neue Bahn).

Obwohl die Projektleitung alle in den Leitprojekten vorgesehenen Maßnahmen grundsätzlich als wichtig erachtet, wird der zeitliche Ablauf für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erheblich bestimmt von den erforderlichen Vorlaufzeiten, die bei verschiedenen Projekten gegeben sind, und dem Verhältnis zwischen Investition und Gesamtwirkung (Anzahl der Direktbetroffenen, Freiflächengewinnung, Grad der Verkehrsberuhigung).

Aus diesen Gründen sowie auf Grund der großen Zahl der direkt und indirekt betroffenen Bevölkerung, der Möglichkeit der Verkehrsberuhigung und der Gewinnung großer städtisch nutzbarer Flächen, hat die Projektleitung empfohlen, mit dem Projekt „Gaudenzdorfer Knoten“ und „Tunnel Margaretengürtel“ sowie „Mariahilfer Gürtel“ zu beginnen. Diesem Abschnitt wird auch deswegen so hohe Priorität zugewiesen, weil ausgehend vom Verknüpfungspunkt Gaudenzdorfer Knoten mittel- und langfristig weitere Maßnahmen sowohl in den Westgürtel als auch in den Südgürtel und das Wiental ausstrahlen können. Die Baukosten für diesen Abschnitt werden mit rund 2 Milliarden Schilling angenommen. Für das Projekt könnte bereits im kommenden Jahr eine baureife Planung vorliegen.

Weitere detaillierte Planungen

Ab sofort könnten nach Ansicht der Kommission detaillierte Planungen für Projekte in folgenden Abschnitten eingeleitet werden:

- Döblinger Gürtel — Projekt „Umwelttunnel und Einhausung Nord“ zur optimalen Umweltverbesserung, die eine Lärmreduktion bringt
- Integriertes Projekt „Wiental“ (Straße, Kanal, Wasserbau) zur Gestaltung des Flußraumes als erlebbaren Freiraum und Verbesserung der Umweltsituation
- Abschnitt „Michelbeuern“ (äußerer Gürtel) zur Entlastung der Wohngebiete von Lärm und Abgasen und umfassenden Verkehrsberuhigung zwischen Hans-Sachs-Gasse und Lazarettgasse
- Fahrbahnverlegung am Westgürtel zur Gewinnung von nutzbaren Vorlandflächen

Forts. von Blatt 299

Forts. auf Blatt 301

- Umgestaltung Bereich Matzleinsdorfer Platz zur Verbesserung der Umweltverhältnisse und Gewinnung von Vorlandflächen
- Umgestaltung Triester Straße
- Umgestaltung Grüner Berg und Altmannsdorfer Straße zur Herabsetzung der Lärmbelastigung und Gewinnung von Flächen vor der Bebauung
- Park and ride zur Verlagerung des Individualverkehrs auf den öffentlichen Verkehr.

Nach Klärung noch offener Fragen hinsichtlich des Zentralbahnhofes kann dann die Planung folgender Abschnitte in Angriff genommen werden:

- Abschnitt Winckelmannstraße/Felberstraße/Westbahnhof insbesondere zur Entlastung des Mariahilfer Gürtels
- Abschnitt Südtiroler Platz/Südost-Tangente (Südgürtel) insbesondere zur Gewinnung von zusätzlichen vielfältig nutzbaren Mischflächen entlang der Bebauung.

Präsentation der Vorschläge ab Mai in der Stadthalle

Die Vorschläge der Gürtelkommission werden nunmehr in den kommenden Wochen den zuständigen Bundes-, Gemeinde- und Bezirkspolitikern unterbreitet. In einer ab dem 5. Mai in der Wiener Stadthalle stattfindenden Ausstellung soll der Öffentlichkeit, vor allem auch den Betroffenen und interessierten Bürgern, die Möglichkeit zu einer umfassenden Information geboten werden. (Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 300

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 22. Februar 1988

Blatt 302

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Private Sozialdienste + Stadt Wien = „Wiener Weg“ (303/FS: 19.2.)
- Am 28. Februar ist Familiensonntag (306)
- Diplomfeier im Pflege- und Therapiezentrum Ybbs (307)
- Ergebnisse der SPÖ-Klubtagung (308)
- ÖVP: Donauraumgestaltung ist Chance für Landwirtschaft (309)
- Winterdienst der Stadt Wien im Einsatz (nur FS/20.2.)
- Gasexplosion in Wien 14 (nur FS/21.2.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Informationsveranstaltung über den Entlastungskanal (nur FS)
- Gasexplosion in Penzing: Rundriß im Hauptrohr vor dem Haus (nur FS)

Kultur:

- 100.000. Besucher in der Biedermeierausstellung (304/FS: 20.2.)
- 1,3 Millionen für Akademie der Wissenschaften (304/FS: 21.2.)
- Der Bildhauer Alfred Hrdlicka feiert 60. Geburtstag (305)
- Diskussion im Historischen Museum (nur FS)

Private Sozialdienste + Stadt Wien = „Wiener Weg“

Stadtrat Stacher antwortet Gemeinderat Rasinger

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Zu den Behauptungen des ÖVP-Gemeinderats Dr. Erwin RASINGER, die sozialen Dienste seien in Wien primär zentral organisiert und jegliche Privatinitiative werde durch Bürokratie erstickt, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag abend fest, daß das nicht stimmt.

Wie allgemein bekannt ist, besteht in Wien eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen privaten Organisationen, wie Rotes Kreuz, Frau und ihre Wohnung, Verein Wiener Sozialdienste, Caritas, Caritas Sozialis, Soziales Hilfswerk usw., mit dem Sozialamt. Mit einem Schlagwort könnte man sagen: Dezentrale Versorgung der Hilfsbedürftigen durch private Organisationen — zentrale Bezahlung durch die Stadt Wien für diejenigen, die einer finanziellen Hilfe bedürfen.

Die enge Kooperation zwischen privaten Hilfsorganisationen und der Stadt Wien ist, wie der Gesundheitsstadtrat betonte, international als der sogenannte „Wiener Weg“ bekannt geworden. Es sei äußerst interessant, daß nun Maßnahmen, die bereits seit Jahren durchgeführt werden, anscheinend neu erfunden werden sollen. Herrn Gemeinderat Dr. Rasinger müsse man empfehlen, sich besser zu informieren. (Schluß) sc/bs

Bereits am 19. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!!

100.000 Besucher in der Biedermeierausstellung

Wien, 20.2. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK begrüßte am Samstag im Wiener Künstlerhaus den 100.000. Besucher in der Ausstellung „Bürgersinn und Aufbegehren — Biedermeier und Vormärz in Wien 1815-1848“. Der Jubiläumsbesucher war Herr Adolf Rodler aus Korneuburg, der die Ausstellung gemeinsam mit seiner Gattin Johanna besichtigte.

Die Ausstellung, die bis 12. Juni läuft, ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. (Schluß) ib/gg

Bereits am 20. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

1,3 Millionen für Akademie der Wissenschaften

Wien, 21.2. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Jahressubvention der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in der Höhe von 1,3 Millionen Schilling.

Die Subvention der Stadt Wien dient unter anderem zur Fortführung an den Arbeiten des „Österreichischen biographischen Lexikons“ und des „Arthur-Schnitzler-Tagebuchs“. Weitere geförderte Projekte sind „Die Stellung der Bezirke auf dem Wiener Arbeitsmarkt“, das von der Kommission für Raumforschung durchgeführt wird, und das „Wörterbuch der bairischen Mundarten in Österreich“, das von der Kommission für Mundartkunde betreut wird. (Schluß) gab/gg

Bereits am 21. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Der Bildhauer Alfred Hrdlicka feiert 60. Geburtstag

Wien, 22.2. (RK-KULTUR) Alfred HRDLICKA wurde am 27. Februar 1928 in Wien geboren. Von 1943 bis 1945 besuchte er eine Zahntechnikerlehre, dann studierte er Malerei an der Akademie der bildenden Künste in Wien bei Prof. GÜTERSLOH und Prof. DOBROWSKY, danach bis 1957 Bildhauerei bei Prof. WOTRUBA.

Bis 1961 lebte Alfred Hrdlicka fast ausschließlich von Gelegenheits- und Hilfsarbeiten. 1960 machte er gemeinsam mit Fritz Martinez seine erste Ausstellung in der Zedlitzgasse in Wien. 1962 erhielt er den Ehrenpreis der Stadt Wien für den „Gekreuzigten“, der auch für das Museum des XX. Jahrhunderts angekauft wurde. Ebenfalls 1962 wurde Hrdlicka Mitglied der Wiener Sezession.

Es folgten Ausstellung in Salzburg (1963), Venedig (32. Biennale, 1964), München (1965), Rom, Stuttgart, Karlsruhe (1966). 1967 wurde sein Renner-Denkmal in Wien enthüllt, und Hrdlicka erhielt den Bildhauerpreis der Stadt Wien. 1968 stellte er in Nürnberg und Stuttgart aus und erhielt den österreichischen Staatspreis für Bildhauerei.

1969 zeigte die Albertina in Wien einen Überblick über das graphische Gesamtwerk Hrdlickas. In den nun folgenden Jahren wird die Bedeutung Hrdlickas als Maler, Graphiker und Bildhauer durch eine große Zahl von Ausstellungen in ganz Europa unterstrichen.

1975 wurde er als Professor an die Akademie der bildenden Künste in Stuttgart berufen. Von 1977 bis 1981 arbeitete Alfred Hrdlicka an dem Engels-Denkmal für die Stadt Wuppertal in der BRD. 1981 zeigte die Galerie Orangerie im Palais Auersperg die erste Einzelausstellung seiner plastischen Werke in Wien. 1983 waren seine Arbeiten in Paris und im Wiener Museum des XX. Jahrhunderts ausgestellt, und 1984 zeigte das „Museo de arte moderno“ in Mexiko City seine Zeichnungen und Druckgraphik.

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1988 wurde Alfred Hrdlicka mit der Leitung der Bildhauerklasse an der Hochschule für angewandte Kunst in Wien betraut. Von der Stadt Wien wurde er mit der Schaffung eines Antifaschismus-Denkmal beauftragt. (Schluß) red/gg

Am 28. Februar Ist Familiensonntag

Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Zauberhaftes gibt es im Rahmen des Familiensonntags des Wiener Landesjugendreferates am 28. Februar im Zirkus- und Clownmuseum zu sehen. Weitere Programmpunkte sind ein „Faschingsausklang“ in der Wohnhausanlage Wienerflur, ein „Kinderfest“ im Jugendzentrum Rudolfsheim und das größte „Faschingsfest in Wien“ in den Sofiensälen.

Winterlieder, Spinnen, Korbflechten und anderes werden beim „Winter in der Stube“ geboten. Zu einer Diskussion über „Erziehung und Charakter“ lädt die Volkshochschule Favoriten im Rahmen des Familiensonntags ein.

Seit acht Jahren gibt es Familiensonntage

Das Wiener Landesjugendreferat führt seit nunmehr acht Jahren die Aktion „Familiensonntag“ durch. Als besonders erfolgreich erwiesen sich 1987 neue Programmangebote der Familiensonntage wie gemeinsame Aktionen von Behinderten und Nichtbehinderten, Begegnungsfeste z.B. mit Gastarbeiterfamilien sowie die Präsentation kommunaler Einrichtungen. Das Publikumsinteresse an Programmangeboten für Kinder und Eltern stieg auch 1987 weiter an. 1987 nahmen rund 150.000 Besucher an Veranstaltungen im Rahmen der Familiensonntage teil. Im Vergleich zu 1986 bedeutet das eine Zunahme von über 30 Prozent.

Jeweils der letzte Sonntag im Monat — außer im Juli und August — ist ein „Familiensonntag“. Das Programm zu dieser Veranstaltungsreihe kann man beim Wiener Landesjugendreferat, MA 13, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Telefon 42 800/4100 anfordern. (Schluß) jel/rr

Diplomfeier im Pflege- und Therapiezentrum Ybbs

Der Gesundheitsstadtrat gratulierte

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Montag vormittag im Pflege- und Therapiezentrum der Stadt Wien — Ybbs an der Donau an elf Schwestern und acht Pfleger Diplome für die Psychiatrische Krankenpflege. Die dreijährige Ausbildung des Pflegenachwuchses erfolgt in Ybbs — ebenso wie im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe in Wien — kombiniert mit einem Dienstverhältnis als Stationsgehilfe.

Die Schule für Psychiatrische Krankenpflege in Ybbs feiert in diesem Frühjahr bereits ihr 25-jähriges Bestehen. Bisher wurden insgesamt 328 diplomierte psychiatrische Krankenpfleger und -schwestern ausgebildet. (Schluß) sc/bs

Ergebnisse der SPÖ-Klubtagung

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch gab SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA am Montag einen Überblick über die wesentlichsten Ergebnisse der vergangene Woche abgehaltenen Klubtagung in Rust. Zu den grundsätzlichen städtebaulichen Entscheidungen im Bereich des Gürtels, der West- und Südeinfahrt, bei der Frage des Zentralbahnhofes und einer Weltausstellung seien Vorentscheidungen getroffen worden bzw. liegen Juryempfehlungen vor. Die politischen Entscheidungen müssen allerdings noch getroffen werden, betonte Swoboda.

Swoboda sprach sich dafür aus, daß es, nachdem Erfolge durch die hohe Anzahl von Sanierungen am kommunalen und privaten Objekten sichtbar werden, kein Nachlassen der Sanierungsanstrengungen geben dürfe. Im Gesundheits- und Sozialbereich steht vor allem die Umstrukturierung des Versorgungssystems durch die Stärkung des „ambulanten“ Bereiches im Vordergrund. Swoboda kündigte in diesem Zusammenhang eine internationale Konferenz, „Health in Town“ an, die im Mai in Wien stattfinden wird.

Weitere Themen der Klubtagung waren die Verbesserung der Lebensbedingungen ausländischer Mitbürger und eine Fortsetzung des Dialogs mit den Sozialarbeitern.

Zur „politischen Kultur“ stellte er fest, daß man bezüglich einer Änderung des Wahlrechts die Ergebnisse der Beratungen auf Bundesebene abwarten wolle. Hinsichtlich einer Reform des Parlamentarismus in Wien wird man ÖVP und FPÖ zu Gesprächen einladen, wobei eine Verlebendigung der Beratungen und Diskussionen im Gemeinderat und Landtag als vordringlich erscheint. (Schluß) ull/rr

ÖVP: Donaunraumgestaltung ist Chance für Landwirtschaft

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Die künftige Donaunraumgestaltung sei eine große Chance für die Landwirtschaft in Wien, erklärten Landtagspräsident Dr. Manfred WELAN und LAbg. Rosemarie WALLNER am Montag im Pressegespräch der ÖVP. Die Wiener ÖVP spricht sich für die Erhaltung der Stadt-Landwirtschaft zur Sicherung der bäuerlichen Existenzen aus. Die Grünlanddeklaration sollte als Basis dafür dienen. Bei der Donaunraumgestaltung seien vom Standpunkt der Landwirtschaft die Gestaltungsmaßnahmen genau zu prüfen. Die Sicherung der bestehenden Flächen sei die Voraussetzung für den Schutz der Böden und Betriebe.

Welan sprach sich auch für die Erneuerung der alten Dorf- und Ortskerne in Wien aus. Weiters sei die Wiener ÖVP vehement gegen eine Ansiedlung der Weltausstellung in der Simmeringer Haide.

Wallner berichtete u.a. über die Probleme der Bauern und Gärtner in der Stadt und befürwortete eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des echten Wiener Heurigen. (Schluß) du/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 23. Februar 1988

Blatt 310

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Zwei neue Flächenwidmungspläne im 22. Bezirk (311)

Tandler-Ausstellung in der Wiener Privatklinik (312)

Kinder feiern mit der U 1 Geburtstag (313)

Smejkal: Bundesländer sollen Wien bei der Hilfe für Obdachlose unterstützen (314)

Informationen für Krankenpflegeschüler (nur FS)

Zwei neue Flächenwidmungspläne im 22. Bezirk

Öffentliche Auflage

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Für zwei Teile des 22. Bezirks, in Eßling und Aspern, wurden die Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet. Sie liegen vom 25. Februar bis 24. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Das Plangebiet in Eßling liegt östlich der Schafflerhofstraße. Hier befinden sich Gärtnereibetriebe. Die Erschließung der Liegenschaften erfolgt unter anderem durch zwei zur Schafflerhofstraße parallele Privatstraßen. Sie sollen nun zu öffentlichen Straßen und als solche im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgewiesen werden.

Eine Ausdehnung von 93 Hektar hat das Plangebiet in Aspern. Es liegt nordwestlich der Raffineriestraße und umfaßt auch den Bereich des Kraftwerks Donaustadt sowie die Siedlungen am Biberhaufenweg. Ziel ist es, sowohl den Baubestand im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zu berücksichtigen als auch die Grünbereiche zu schützen. Große Flächen sollen als Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel ausgewiesen werden. Der landwirtschaftlich genutzte Teil des Plangebietes nördlich des Großen Schillochs soll mit der geeigneten Widmung versehen werden. Während der Zeit der öffentlichen Auflage findet donnerstags von 14.30 bis 17.30 Uhr in den Räumen der Bezirksvorstehung Donaustadt eine Informationsveranstaltung mit Experten der zuständigen Fachdienststelle der Stadt Wien statt. (Schluß) and/rr

Tandler-Ausstellung in der Wiener Privatklinik

Stacher würdigt den großen Anatomen und Sozialreformer

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) In der grundlegend erneuerten Wiener Privatklinik in der Pelikangasse im 9. Bezirk eröffnete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag abend eine kleine Ausstellung „Erinnerung an Professor Julius Tandler“. Professor Stacher würdigte in seinem Festvortrag die großen wissenschaftlichen Leistungen des berühmten Anatomen und sein bahnbrechendes Wirken als Unterstaatssekretär im Volksgesundheitsamt 1919/20 und anschließend bis 1934 als Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen in Wien.

Stadtrat Stacher erinnerte an die Antrittsvorlesung von Professor Tandler, als dieser 1910 nach einigen antisemitischen Intrigen die Lehrkanzel für Anatomie an der Universität Wien übernahm. Für Tandler war Anatomie Wissenschaft und Kunst zugleich. Es müsse immer der Zusammenhang zwischen dem Leben und der Anatomie sowie zwischen den klinischen Disziplinen und der Anatomie gegeben sein. Die Anatomie sei die Basis für die gesamte Medizin und für das ärztliche Handeln. Die Kenntnis des kausalen Zusammenhangs mache erst aus dem Können die Kunst, aus dem Wissen die Wissenschaft und erhebe den Arzt über das Niveau des Heilgehilfen. Immer sei der gesamte Organismus, der gesamte Mensch zu betrachten. Tandler habe es als seine selbstgewählte Lebensaufgabe bezeichnet, die Medizinstudenten zu zukünftigen Kämpfern gegen Krankheit und Tod auszurüsten.

Für sein Wirken als sozialdemokratischer Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen in Wien stellte Tandler vier Grundsätze auf:

- Die Gesellschaft ist verpflichtet, allen Hilfsbedürftigen Hilfe zu gewähren.
- Individualfürsorge kann rationell nur in Verbindung mit Familienfürsorge geleistet werden.
- Aufbauende Wohlfahrtspflege ist vorbeugende Fürsorge.
- Die Organisation der Wohlfahrtspflege muß in sich geschlossen sein.

Beispielhafte Leistungen für die Stadt Wien

Stadtrat Stacher verwies dann auf die beispielhaften Leistungen Professor Tanders für die Stadt Wien auf den Gebieten Jugendfürsorge, Familienfürsorge, Kindergärten, schulärztlicher Dienst, Lehrlingsfürsorge, Erwachsenenfürsorge, Gesundheitsfürsorge, Eheberatung und Mutterberatung sowie auf die Umgestaltung des Versorgungsheimes Lainz, in dem es damals noch Matratzenlager gab, auf den Aufbau einer therapeutischen Versuchsstation für Geistesranke am Steinhof, auf den Ausbau des Krankenhauses Lainz, die Bemühungen zur Bekämpfung der Tuberkulose und auf die Einführung der Radiumstrahlen zur Krebsbehandlung (Wien war die dritte Stadt auf der Welt, in der diese Behandlung angewendet wurde).

Professor Tandler sei es, so Stacher, nicht darum gegangen, Einzelleistungen zu setzen, sondern ein ganzes soziales System aufzubauen. So wurde Wien eine für ihre sozialen Leistungen international berühmte Stadt.

Abschließend erinnerte Stadtrat Stacher an einen berühmten Ausspruch Tanders: „Wir alle, Ärzte, Sozialbeamte, Schwestern und Fürsorgerinnen, Helfer und Helferinnen auf allen Gebieten menschlicher Not, haben daran zu arbeiten, uns überflüssig zu machen.“ Dieses Ziel wird leider nie zu erreichen sein, weil jede Gesellschaft immer wieder Benachteiligte haben wird. Deshalb muß man, so der Gesundheitsstadtrat, auch immer wieder versuchen, den Benachteiligten zu helfen. Man muß versuchen, alles Negative zu entfernen und für das Positive zu arbeiten. Das wäre jedenfalls eine Geisteshaltung, die wir vielleicht gerade jetzt besonders brauchen. (Schluß) sc/gg

Kinder feiern mit der U 1 Geburtstag

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Übermorgen, Donnerstag, ist es zehn Jahre her, daß das erste Teilstück der U 1 vom Reumannplatz bis Karlsplatz in Betrieb ging. Zwar war schon zwei Jahre zuvor die U 4-Strecke Heiligenstadt bis Friedensbrücke eröffnet worden, allerdings auf der ehemaligen Stadtbahnstrecke, sodaß mit der U 1 die erste „echte“ Neubaustrecke den Betrieb aufnahm. Damit begann eigentlich das U-Bahn-Zeitalter in Wien.

Dieses für den öffentlichen Verkehr so wichtige Datum — die U-Bahn ist ein ganz bedeutender Faktor für den Aufschwung des öffentlichen Verkehrs in Wien — soll gemeinsam mit allen gefeiert werden, die genauso alt sind wie die U-Bahn.

Verkehrsratsrat Johann HATZL lud deshalb Dienstag alle Kinder, die den gleichen Geburtstag haben wie die U 1, also den 25. Februar 1978, zu einer Geburtstagsfeier ein. Sie wird im Mai stattfinden, und zwar mit einer Rundfahrt mit der „Oldtimer-Tramway“ durch Wien und einem anschließenden Praterbesuch. Wer daran teilnehmen will, kann sich per Brief an Stadtrat Hatzl, 1082 Wien, Rathaus oder telefonisch (48 51 51) anmelden.

Halbe Milliarde Fahrgäste auf der U 1

Der drei Kilometer lange erste Abschnitt der U 1 zwischen Reumannplatz und Karlsplatz mit fünf Stationen wurde am 25. Februar 1978 in Betrieb genommen. Allein an diesem ersten Wochenende fuhren an die 300.000 Menschen mit dem neuen Verkehrsmittel.

Schon im November 1978, ein halbes Jahr früher als geplant, wurde die U 1 um einen Kilometer bis in das unmittelbare Zentrum der Stadt, zum Stephansplatz, verlängert. Der nächste Abschnitt bis zum Nestroyplatz wurde im Herbst 1979 fertiggestellt. Endgültig fertig war die U 1 — und mit ihr die erste Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Netzes — am 3. September 1982 mit der Verlängerung bis Kagran. Die U 1 ist seither zehn Kilometer lang, das gesamte Grundnetz mehr als 30 Kilometer.

Im ersten Jahr ihres Bestehens, 1978, fuhren 16,3 Millionen Menschen auf der U 1, 1987 waren es bereits 72,7 Millionen. Insgesamt hat die U 1 seit ihrem Bestehen 503 Millionen Fahrgäste befördert. Zum Vergleich: Auf allen Linien des Grundnetzes sind bisher 1.369 Millionen Fahrgäste verzeichnet worden. Im Jahr 1987 beförderte allein die U-Bahn, die 3,6 Prozent der Linienlänge des öffentlichen Verkehrsnetzes in Wien ausmacht, rund ein Drittel (32,9 Prozent) aller von den Wiener Verkehrsbetrieben verzeichneten Fahrgäste.

Die Fahrleistung der U 1 betrug 1978 1,07 Millionen Nutzkilometer, 1987 schon 4,51 Millionen. Insgesamt haben die „Silberpfeile“ auf der U 1 seit 1978 33 Millionen Kilometer zurückgelegt, das sind 825 Umrundungen des Erdballes oder 88 mal die Strecke zum Mond. Insgesamt haben alle Silberpfeile auf den U-Bahn-Strecken schon knapp 90 Millionen Kilometer zurückgelegt. (Schluß) roh/rr

Smejkal: Bundesländer sollen Wien bei der Hilfe für Obdachlose unterstützen

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Mehr Verständnis und Unterstützung bei der Hilfe für Obdachlose und sozial Schwache forderte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Dienstag von Bund und Bundesländern. Wien sei bei der Unterbringung und Sicherung des Lebensunterhaltes in erster Linie auf Möglichkeiten und finanzielle Mittel des Landes Wien angewiesen, sehe sich aber einer ständig steigenden Zahl von Obdachlosen aus den Bundesländern gegenüber. So sei man, sagte Smejkal, bei der Sozialarbeit mit Nichtseßhaften derzeit bereits mit der Tatsache konfrontiert, daß von 2.988 Personen, die von Jänner 1986 bis Februar 1988 im Sozialreferat für Nichtseßhafte betreut wurden, 1.324 bzw. 44,3 Prozent aus den Bundesländern bzw. dem Ausland kommen.

Die Bundeshauptstadt zeige auf Grund ihrer sozialen Tradition großzügiges Verständnis für die Probleme dieser Minderheit. Wien sei als einziges Bundesland durch die Einführung eines Meldescheines für Nichtseßhafte und die Einrichtung eines Sozialreferates für diese Problemgruppe den Weg der rechtlichen Anerkennung Obdachloser gegangen. Weiters sei das bundesweit einzige Tageszentrum für Nichtseßhafte und eine Notschlafstelle in Wien 2, Im Werd, eingerichtet worden.

Während im Jänner 1987 1.387 Inhaber eines Meldescheines für Nichtseßhafte von der Stadt Wien unterstützt wurden, sei die Zahl, unterstrich Smejkal, im Jänner 1988 auf 1.263 gesunken. Eine große Zahl von Nichtseßhaften sei bei Verwandten und Freunden untergebracht. Die Zahl der definitiv Obdachlosen in Wien belaufe sich nach Schätzungen auf rund 200 bis 300 Personen. Für diese habe man die „Notschlafstelle“ Im Werd eingerichtet. Rund 1.500 Betten seien in Wien derzeit für die Unterbringung Nichtseßhafter in Herbergen, Pensionen, etc. verfügbar.

Darüber hinaus, führte Smejkal aus, bemühe man sich, Obdachlose durch Streetwork über die Hilfseinrichtungen der Gemeinde Wien zu informieren und ihnen die bestehenden Angebote zugänglich zu machen. Die Betreuung von Nichtseßhaften durch Sozialarbeiter sei aber keine Zwangsmaßnahme und basiere auf der Freiwilligkeit der Betroffenen.

Zu den Protestaktionen einzelner Nichtseßhafter erklärte Smejkal, die Belästigung von Passanten werde keine Klimaverbesserung bewirken, und das Verständnis der Bevölkerung für derartige Probleme nicht wecken. Zu Forderungen nach Gemeindewohnungen für Obdachlose merkte Smejkal an, daß durchschnittlich rund 1.500 Gemeindewohnungen etwa drei Monate lang „bestandsfrei“ seien. Es handle sich dabei um Wohnungen, die in Folge der Beendigung von Mietverhältnissen und Instandsetzungen derzeit nicht vermietet seien. Diese Zahl werde auf Grund der Dezentralisierung und Neuorganisation der Wohnhäuserverwaltung weiter zurückgehen. Die Unterbringung Obdachloser in Wohnungen sei wegen des kleinen Angebotes, finanzieller Probleme der Betroffenen, oft aber auch aus Gründen der Störung anderer Mieter, in den meisten Fällen problematisch. (Forts. mgl.) jel/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
gesetzlich in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 24. Februar 1988

Blatt 315

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stacher: Kein Spitalsbettenberg in Wien (316/FS: 23.2.)
- Kursalon wird Casino (318)
- Wiener Puppen grüßen Mailänder Passanten beim Dom (319)
- AKH bekommt eigene Betriebsführungsgesellschaft (320)
- Diskussion über Wohnmedizin im Rathaus (321/322)

Wirtschaft:

- Augarten eröffnet Repräsentanz in Innsbruck (317)

Stacher: Kein Spitalsbettenberg in Wien

Auslastung in Gemeindespitälern knapp 85 Prozent

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) In den Wiener städtischen Krankenanstalten gibt es keineswegs einen „Bettenberg“. Das stellte Dienstag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fest. Er nahm damit zur Studie „Krankenhausbettenbedarf“ des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen (ÖBIG) Stellung, in der behauptet wurde, daß die Auslastung der Spitalsbetten in Wien nur 77,2 Prozent betrage (in gemeinnützigen Krankenanstalten und öffentlichen Sonderkrankenanstalten).

Wie der Gesundheitsstadtrat erklärte, lag die Auslastung in den Wiener städtischen Spitälern im Jahr 1986 — bezogen auf die systemisierten Betten — bei 77,4 Prozent. Die Zahl der systemisierten Betten betrug in diesem Jahr 9.717. Aus verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel Urlaubszeit mit geringerem Bettenbedarf oder Umbauten und Renovierungen in den Krankenhäusern, betrug die Zahl der tatsächlich belegbaren Betten nur 8.914. Für diese Betten lag die Auslastung bei 84,4 Prozent, entsprach also knapp dem international als ideal erkannten Auslastungsgrad von 85 Prozent. Dabei wurden in dieser Berechnung die 60.000 eintägigen Spitalsaufenthalte (Aufnahme am Morgen, Entlassung am Abend) gar nicht berücksichtigt.

Stadtrat Stacher sprach sich gegen theoretische statistische Spielereien aus, die nur Einzelheiten herausgreifen und nicht das ganze System berücksichtigen. So ist es zum Beispiel notwendig, in einer Infektionsabteilung und in einer Kinderabteilung Betten für eine mögliche Häufung von Infektionskrankheiten in genügender Anzahl unbelegt bereitzuhalten. Außerdem ist bei der Ermittlung der erforderlichen Spitalsbetten in einem Bundesland auf die Zahl der Einwohner, auf die Altersstruktur der Bevölkerung, auf die Fremdpatienten aus anderen Bundesländern und auf die medizinische Leistungsfähigkeit Rücksicht zu nehmen. Es geht auch nicht an, daß man dauernd über einen Abbau der Akutbetten spricht und dabei die berechnete Forderung nach Langzeitbetten vergißt.

„Die Diskussion über den Krankenhausbettenbedarf“, so Stacher wörtlich, „droht in das Lächerliche abzugleiten, wenn nur isolierte Details betrachtet werden und nicht das gesamte Krankenversorgungssystem, das sowohl die Spitäler wie auch die ärztliche Außenversorgung umfassen muß.“
(Schluß) sc/rr

Bereits am 23. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Augarten eröffnet Repräsentanz in Innsbruck

Wien, 24.2. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten wird nun auch in der Tiroler Landeshauptstadt präsent sein. Sie wird durch die Firma Alois Bayr, das älteste Porzellangeschäft Innsbrucks, exklusiv repräsentiert. Die Repräsentanz in der Maria-Theresien-Straße 8 bietet auch den Touristen eine attraktive Einkaufsmöglichkeit.

Außer in Wien ist die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten, die im Inland nur in eigenen Geschäften verkauft, nun in Linz, Graz, Salzburg, Innsbruck und auf dem Flughafen Wien-Schwechat präsent. (Schluß) wh/rr

Kursalon wird Casino

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Montag, dem 29. Februar, soll der Wiener Gemeinderat die Vermietung des Kursalons im Wiener Stadtpark an die Casinos Austria AG beschließen. Der bestehende und bis Ende 1989 laufende Vertrag mit Dr. Hübner soll nicht mehr verlängert werden, kündigte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstagabend in einem Pressegespräch an.

Der Kursalon wird somit ein Casino, ebenso sollen gastronomische, touristische und Unterhaltungseinrichtungen im Kursalon geführt werden. Die weiteren Punkte des Vertrages mit der Casinos Austria AG sind:

- Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, die Stadt Wien hat unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist ein Kündigungsrecht jeweils zum Kalendervierteljahr. Die Stadt Wien verzichtet jedoch auf 50 Jahre ab Aufnahme des Spielbetriebes auf dieses Kündigungsrecht.
- Die Stadt Wien erteilt die Zustimmung zu zweckentsprechenden Ausbauten und Renovierungen, wenn die erforderlichen baubehördlichen und denkmalschutzrechtlichen Bewilligungen erteilt werden. Über Art und Umfang der Baumaßnahmen wird die Casinos Austria AG das Einvernehmen mit der Stadt Wien herstellen.
- Der Bestandszins beträgt wertgesichert 3,950.000 Schilling pro Jahr.
- Die Kosten für die Aus- und Umbauten, für die Einrichtung, aber auch für die spätere Instandhaltung und Instandsetzung trägt die Casinos Austria AG. (Schluß) sei/gal

Wiener Puppen grüßen Mailänder Passanten beim Dom

„Tipologia Viennese“ als originelle Ausstellung

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Vom 22. Februar bis 6. März grüßen 16 lebensgroße Wiener Puppen Passanten auf dem Corso Vittorio Emanuele direkt beim Mailänder Dom. Die bekannten Karikaturisten Erich SOKOL, Klaus PITTER und Erich EIBL gestalteten eine „Tipologia Viennese“ als originelle Ausstellung, die nun erstmals bei der Internationalen Mailänder Ferienmesse eingesetzt wird, in Zukunft jedoch von den drei Financiers der Ausstellung — Wiener Fremdenverkehrsverband, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — in den verschiedensten europäischen Städten gezeigt werden soll. Bereits fixiert sind Freiluftausstellungen im heurigen Juni in Triest und im Herbst in Athen.

Die Wiener Puppen sind bloß die spektakulärste Wien-Aktivität in diesen Tagen in Mailand. Vom 20. Februar bis 7. März läuft eine von der Wiener Handelskammer und dem WIFI Wien organisierte Verkaufsausstellung von Wiener Produkten im Kaufhaus „La Rinascente“ im Zentrum der Stadt, dort wurde auch ein Wiener Cafe und ein touristischer Informationsstand eingerichtet. Ab 22. Februar läuft eine Alfred Kubin Ausstellung im Palazzo Reale, ebenfalls am 22. Februar geben die Wiener Philharmoniker unter Claudio ABBADO ein Konzert in der „Scala“. Am 23. Februar gibt es einen vom PID betreuten Wiener Ball in der Societa del Giardino, am 24. Februar lädt der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zu einem Investorenseminar „Das andere Gesicht Wiens“ in das Hotel Principe di Savoia. Mit diesem Seminar, für das man mehr als 200 Teilnehmer erwartet, will man vor allem jene italienischen Firmen ansprechen, die am Ostgeschäft interessiert sind. (Schluß) sei/gal

AKH bekommt eigene Betriebsführungsgesellschaft

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener AKH, das im Jahr 1989 fertig und bis 1992 vollständig besiedelt sein wird, soll durch eine eigene Betriebsführungsgesellschaft betrieben werden, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag abend in einem Pressegespräch. Am 11. Jänner dieses Jahres genehmigte die von Bund und Stadt Wien beschickte ARGE-AKH einen Vorschlag für die künftige Betriebsführung des AKH durch eine eigene Gesellschaft — Gesellschafter sollen die Stadt Wien mit 45 Prozent, der Bund mit 45 Prozent und eine VAMED-Gesellschaft mit 10 Prozent sein. Dieser am 11. Jänner genehmigte Vorschlag wird derzeit von einer Arbeitsgruppe konkretisiert — mit dem Ziel, bei der nächsten Sitzung der ARGE-AKH am 2. März dieses Jahres bereits ein Vertragswerk für die Betriebsführung des AKH durch eine eigene Gesellschaft vorzulegen. Dieses Vertragswerk soll dann im Anschluß in einer „politischen Runde“ mit der medizinischen Fakultät und der Gewerkschaft diskutiert werden. Noch bis zum heurigen Sommer sollen in den zuständigen Gremien des Bundes, der Stadt Wien und der VAMED die Beschlüsse über die Betriebsführung des AKH durch eine eigene Gesellschaft fallen.

Die derzeit laufenden Gespräche über ein Vertragswerk haben bereits zu „Mißverständnissen“ geführt. So meinten Gewerkschaftsvertreter, Dienstgeber des medizinischen Personals werde in Zukunft nicht die Stadt Wien oder der Bund sein, sondern die VAMED. An eine solche Veränderung ist nicht gedacht — die einheitliche Führung des AKH soll zwar kommen, aber ohne, daß das medizinische Personal den Dienstgeber wechseln muß. Geplant ist, daß der Klinik- und der Spitalsbetrieb im neuen AKH unter eine einheitliche Leitung gestellt werden, die neue Gesellschaft soll die Dienstaufsicht über das gesamte Personal bekommen. Die einheitliche Führung soll ein klagloses Funktionieren des Forschungs- und Spitalsbetriebes gewährleisten, ebenso eine wirtschaftliche Führung des neuen AKH. Letztlich soll die neue Gesellschaft auch eine genaue Zuordnung der Kosten in Richtung Lehre und Forschung sowie Spitalsbetrieb erbringen. (Schluß) sei/gal

Diskussion über Wohnmedizin im Rathaus

Stacher: Es fehlt noch an Bewußtsein für die Problematik

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Rathaus fand Dienstag abend im Rahmen der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ eine Diskussion zum Thema „Wohnmedizin — eine tägliche Herausforderung“ statt. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER betonte in seiner Einleitung, daß die Wohnmedizin wahrscheinlich mehr Bedeutung hat als wir glauben, sicherlich aber mehr Bedeutung als ihr in der medizinischen Ausbildung eingeräumt wird. Die Ärzte müssen sich mehr als bisher mit dieser Problematik beschäftigen.

Der Gesundheitsstadtrat wies darauf hin, daß sich die Mediziner oft nicht bewußt sind, daß bei der Beurteilung eines Patienten auch die Wohnung, in der er lebt, eine Rolle spielt. Viele Fragen zum Thema Wohnmedizin sind noch ungeklärt. In vielen Fällen müssen erst die Grundlagen erarbeitet werden. In erster Linie geht es also jetzt darum, ein Bewußtsein für die Probleme zu schaffen. Die Stadt Wien wird deshalb das Thema im Rahmen der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ weiterbehandeln.

Gesundes Wohnen — Wissensstand und Konsequenzen

Universitäts-Dozent Dr. Margit KOLLER vom Institut für Umwelthygiene der Universität Wien hielt ein Referat über „Gesundes Wohnen — Wissensstand und Konsequenzen“. Sie definierte die Wohnungshygiene beziehungsweise die Wohnungsmedizin als Wissenschaft, die die Wechselwirkungen zwischen der menschlichen Gesundheit und den verschiedenen Faktoren der Wohnumwelt, wie physikalische, chemische, klimatologische und biologische, aber auch psychosoziale Einflüsse, erforscht. Als engste Umwelt muß die Wohnung für den Menschen nicht nur Behausung mit Schutzfunktion sein, sondern soll auch Raum, Ruhe und Komfort für die Erneuerung von verbrauchten Kräften geben, sie soll familienfreundlich und in ihrer Struktur förderlich für die Entwicklung der Bewohner sein.

Als Faktoren, die Gesundheit und Wohlbefinden in der Wohnung beeinflussen können, nannte Dozent Koller

- bauphysikalische Voraussetzungen,
- Innenraumklima,
- elektrische und magnetische Felder, Ionen, Mikrowellen usw.,
- Heizungssysteme,
- Belüftung, Klimaanlage usw.,
- Belichtung, Besonnung,
- Beleuchtung, Farbgestaltung,
- Klang- und Geräuschumwelt, Lärm,
- Erschütterungen,
- Veränderung natürlicher Luftbestandteile,
- Luftverunreinigungen (anorganische Gase, Verbrennungsprodukte, organische Stoffe, Mineralfasern, Partikel, Mikroorganismen, Radon und Radontöchter, Gerüche usw.),
- Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie die
- Müllentsorgung.

Von all diesen Bereichen müßten unmittelbare Auswirkungen und Kombinationswirkungen auf den Organismus sowie Dosis-Wirkungskurven bekannt sein. Dann könnte man — in Abhängigkeit von der Einwirkungsdauer — verschiedene Leit- und Grenzwerte festlegen, die Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsschäden ausschließen. Dabei können die Normen nicht nur auf den gesunden, normal empfindenen Menschen abgestimmt werden, sondern müßten auch den Prozentsatz von Säuglingen, alten Menschen und besonders Empfindlichen berücksichtigen.

Ein Problem, das sehr häufig in der Praxis der Wohnmedizin auftritt, sind feuchte Wohnungen mit Schimmelpilzbildung und möglicher Gesundheitsgefährdung. Pilzsporen finden weder in der Luft noch auf trockenen Oberflächen Voraussetzungen für das Wachstum. Werden diese Oberflächen jedoch feucht, so beginnen die Pilzsporen auszukeimen. Die Umgebungfeuchte beeinflusst auch die Lebensfähigkeit anderer Keime, da bestimmte Bakterien und Viren im feuchten Milieu eher überleben und sich vermehren können.

Voraussetzung für die Beseitigung der Schimmelbildung ist die Austrocknung der Wohnung. Das kann zum Teil durch bauliche Verbesserungsmaßnahmen geschehen, vor allem aber muß die Wohnung richtig durchlüftet werden.

Störungsquelle Lärm

Ein weiteres Problem der Wohnmedizin sind die Schallimmissionen. 1982 fühlten sich in Österreich die Bewohner von rund 42 Prozent der Wohnungen durch Lärm gestört, die Hälfte davon stark oder sehr stark. Als Lärmquellen wurden vor allem Verkehrslärm (72 Prozent), Betriebslärm (10 Prozent) und Lärm aus umliegenden Wohnungen (7 Prozent) genannt. Reaktionen des Gesamtorganismus auf Lärm sind Schlafstörungen, Kommunikationsstörungen sowie Beeinträchtigung von Konzentration und Leistung.

Die Referentin bezeichnete es als vordringliche Aufgabe, das Bewußtsein der Mediziner in Richtung Wohnmedizin zu erweitern und Wohnmängel zu beseitigen, um wohnbedingte Gesundheitsabweichungen zu beheben. Dabei müssen sehr oft auch Neubauten umwelthygienisch saniert werden.

Psychohygiene des Wohnens

Dr. Stephan RUDAS, Chefarzt des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste in Wien, beschäftigte sich in seinem Referat mit der „Psychohygiene des Wohnens“. Die Wohnung ist nicht nur Ort psychosozialen Geschehens, sie ist in ihrer Beschaffenheit selbst ein Faktor bei der Entstehung psychosozialer Probleme, Fehlentwicklungen und Krisen. Daher kann die entsprechende Gestaltung der Wohnungen auch ein wichtiger Beitrag zur Psychohygiene (psychosoziale Prävention) sein.

Als einige wesentliche Aspekte nannte Dr. Rudas:

- Bei der Gestaltung einer Wohnung muß das Alter der Wohnungsbewohner berücksichtigt werden. Jedes Lebensalter (Senioren, Kinder) hat seine charakteristischen Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse können Berücksichtigung finden oder nicht — was mit positiven oder negativen Auswirkungen verbunden ist.
- Die häufigsten unmittelbaren Anlässe für Familienkonflikte betreffen Fragen der Benützung der gemeinsamen Wohnung und der Wohnungseinrichtung.
- In der Wohnung werden im allgemeinen der größte Teil der Kindheit, aber auch wesentliche Teile der „freiwilligen wachen Freizeit“ (seit der Einführung des elektrischen Lichtes deutlich verlängert) und der „unfreiwilligen Freizeit“ (Krankheit, Arbeitslosigkeit) verbracht.
- Die Wohnung wird nicht nur in konfliktfreien Phasen, sondern auch bei Auseinandersetzungen benützt.

Psychosoziale Aspekte beim Bauen

Chefarzt Rudas bezeichnete die meist sehr geringe Berücksichtigung psychosozialer Aspekte beim Bauen und Gestalten von Wohnungen als einen schwer verständlichen Anachronismus.

Von den Teilnehmern an der Diskussion kam unter anderem die Anregung, die Zusammenarbeit von Technikern und Medizinern zu verstärken. Neue Forschungsergebnisse müssen in handfeste Richtlinien für die Bautechniker zusammengefaßt werden. (Schluß) sc/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 25. Februar 1988

Blatt 323

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- ÖVP kritisiert Wiener Umweltpolitik (324/FS: 24.2.)
- Häupl: ÖVP-Beurteilung der Wiener Umweltpolitik ungerecht (324/FS: 24.2.)
- Schwindelangebote an Baufirmen (325/FS: 24.2.)
- U-Bahn fährt durch die Stadtmauer (327/328)
- Kindertagesheim in Döbling eröffnet (329)
- Kleingartenbeirat neu konstituiert (330)
- Medizin und Gesundheit an der Jahrtausendwende (331-333)
- Hatzl: Sicherheit muß Vorrang haben (334-336)
- SPÖ über Ergebnisse der Kontrollausschußsitzung (337)
- Tödlicher Fenstersturz (nur FS/24.2.)
- Wintereinbruch: 227 Fahrzeuge im Einsatz (nur FS)
- Warnung vor Schwindelfirma (nur FS)

Kultur:

- Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt (326)

Sport:

- Schibetrieb auf der Hohen-Wand-Wiese (nur FS)

ÖVP kritisiert Wiener Umweltpolitik

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Den Mangel an Konzepten und Problemlösungen im Umweltbereich kritisierte GR. Dr. Johannes HAWLIK am Mittwoch in einem Pressegespräch der ÖVP. Die Wiener Umweltpolitik sei durch jahrelange Versäumnisse in den Bereichen Luft, Wald, Boden und Wasser sowie durch gravierende Mißstände bei der Ver- und Entsorgung gekennzeichnet, stellte Hawlik fest. Auch gebe es auf diesen Gebieten keine vorausschauenden Konzepte, beispielsweise kein Müll-, Trinkwasser- und Bodenkonzept. Die Umweltprobleme seien immer verniedlicht worden.

Die ÖVP hoffe, daß mit dem neuen Umweltstadtrat auch neue Grundprinzipien in die Wiener Umweltpolitik einziehen. Die Umweltprobleme sollten ressortübergreifend und in Kooperation gelöst werden, schloß Hawlik. (Schluß) du/rr

Häupl: ÖVP-Beurteilung der Wiener Umweltpolitik ungerecht

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Als ungerecht bezeichnete Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL die Beurteilung der Wiener Umweltpolitik durch die ÖVP. Unzweifelhaft gebe es in einer Millionenstadt Probleme im Umweltbereich. Dies kann und soll auch in keiner Weise verniedlicht werden. Die Stadt Wien habe jedenfalls auf dem Umweltsektor bereits enorme Fortschritte und Erfolge erzielt, beispielsweise auf dem Gebiet der Luftreinhaltung durch die Emissionsverringerungen durch den Einbau von Rauchgasreinigungsanlagen und Maßnahmen bei den Wiener E-Werken. Weiters seien sowohl Wasserversorgung als auch beste Trinkwasserqualität gesichert und die Entsorgungssicherheit im Müllbereich gewährleistet, wobei zweifelsohne eine Weiterentwicklung noch notwendig erscheint. Auch die Kritik, daß es keine Konzepte gäbe, sei ungerecht, erklärte Häupl. Schließlich gebe es z. B. das Kanalausbaukonzept und das Trinkwasserversorgungskonzept, die Milliardeninvestitionen erforderten. Auf dem Gebiet der Sonderabfallentsorgung habe Wien Vorleistungen getätigt. Nicht zuletzt sei es durch die Kooperation mit Niederösterreich zu einer entscheidenden Defizitminderung im Selbstverständnis der sensiblen Umweltproblematik gekommen. Abschließend verwies Häupl erneut auf sein bereits zu seinem Amtsantritt gemachtes Angebot der Kooperation in Sachen Umweltfragen. (Schluß) du/gg

Bereits am 24. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Schwindelangebote an Baufirmen

Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Wiener Baufirmen erhielten dieser Tage Zuschriften von einem Absender, der sich „Kontrahentenverzeichnis der Gemeinde Wien — Baugewerbe 1988“ nennt. In den Zuschriften werden sechsstellige Beträge für die Eintragung in das genannte Verzeichnis verlangt. Dazu wird ein echtes Postsparkassenkonto angeführt, Adresse und Telefonverzeichnis des Absenders sind jedoch offenbar fingiert. Die Stadt Wien warnt davor, die verlangten Zahlungen zu leisten. Die Polizei wurde eingeschaltet. (Schluß) sti/rr

Bereits am 24. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt

Wien, 25.2. (RK-KULTUR) Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien überreichte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Mittwoch nachmittag an drei verdiente Künstler.

Mit der Ehrenmedaille in Gold wurde Prof. Edeltraud BREXNER-NOWOTNY ausgezeichnet, die in einer Vielzahl bedeutender Partien als Primaballerina des Staatsopernballetts brilliert und nach Abschluß ihrer Karriere zahlreiche junge Wiener Ballettänzer ausgebildet hat. Sepp JAHN, der sich nicht nur als Grafiker und Maler, sondern auch als freischaffender Filmmacher profilierte, sowie Mag. Leon SLIWINSKI in Anerkennung seiner Leistungen als Maler, Grafiker und Bilderrestaurator erhielten die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber. (Schluß)
jel/rr

U-Bahn fährt durch die Stadtmauer

2,4 Kilometer Tunnel beim Stubentor fertig

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Im Bauabschnitt „Stubentor“ der U 3 konnte Donnerstag früh der „letzte Tunneldurchschlag“ in Anwesenheit von Verkehrsstadtrat Johann HATZL gefeiert werden. Damit sind in diesem Bereich alle Tunnel mit einer Gesamtlänge von 2.400 Metern fertiggestellt. Wegen der sehr schwierigen Bodenverhältnisse galt der Vortrieb in diesem innerstädtischen Bauabschnitt als äußerst kompliziert.

Vor Beginn der eigentlichen Tunnelbauarbeiten waren deshalb umfangreiche Bauhilfsmaßnahmen erforderlich. Die geologisch schwierigen Verhältnisse, der Zustand der teilweise sehr alten Bebauung, die bis zu drei Geschoße tiefen Kellergewölbe, die komplizierten Anlagenverhältnisse der U-Bahn-Trasse (drei nebeneinander liegende, knapp unter dem Wienfluß verlaufende Tunnelröhren, zwei übereinander liegende Tunnel vor dem Stephansplatz und ein Zentralschacht) stellten größte Anforderungen an alle planenden und ausführenden Stellen. Für die Sicherheit des Tunnelvortriebes mußten eine lokal begrenzte Grundwasserabsenkung, umfangreiche Injektionsmaßnahmen, Druckluftbetrieb und Hochdruckvermörtelung für Hausunterfangungen durchgeführt werden. Ein dichtes Netz von Höhenmeßpunkten an den Häusern entlang der Tunneltrasse wurde ständig beobachtet.

Zweieinhalb Meter Vortrieb pro Tag

Im August 1985 wurde mit den Vortriebsarbeiten für die Herstellung des Verbindungsgleises begonnen, im November dieses Jahres der Tunnelanschlag für die Streckenröhren durchgeführt. Seit diesem Zeitpunkt standen die Vortriebsmannschaften ununterbrochen in Tag- und Nachtschichten im Einsatz. Phasenweise wurden drei Vortriebe gleichzeitig ausgeführt. Während eines Zeitraumes von 15 Monaten mußten die erschwerten Arbeitsbedingungen eines Druckluftbetriebes mit bis zu 0,6 bar Überdruck bewältigt werden. Bei den Vortriebsarbeiten wurde eine mittlere Vortriebsleistung von zweieinhalb Metern pro Tag, mit Spitzenwerten bis zu vier Meter pro Tag, erreicht. So konnten nach 30 Monaten und fast 2.400 Laufmetern Strecken- und Stationstunnel nun die Vortriebsarbeiten erfolgreich und termingemäß abgeschlossen werden.

Station Stubentor mit Stadtmauer

Der Bauabschnitt „Stubentor“ (U 3/6+7) umfaßt die eingleisige, 656 Meter lange Betriebsgleisverbindung der U 4 und U 3 vom Julius-Raab-Platz bis zum Schacht Gigergasse, die beiden Streckenröhren der U 3 (je 289 Meter) von der Gigergasse bis zur Station „Stubentor“, die Station Stubentor selbst sowie die Streckenröhren (je 467 Meter) bis zur bereits im Rohbau im Zuge des Baues der U 1 hergestellten Station „Stephansplatz“.

Die U-Bahn-Station „Stubentor“ besteht aus zwei getrennten, um ein Geschoß versetzten Stationsröhren und an den Bahnsteigenden liegenden Aufgangsbauwerken. Im Hauptaufgang unter der Stubenbastei gelangt der U-Bahn-Benützer über Fahrtreppen in die Passage Wollzeile, von wo aus die Oberfläche entweder über den Ausgang in die Wollzeile oder nach Durchschreiten der ehemaligen, in den U-Bahn-Aufgang integrierten Stadtmauer in die Parkanlage des Dr.-Karl-Lueger-Platzes möglich ist. Vor den Häusern des Parkringes besteht eine Möglichkeit zum direkten Umsteigen in die Straßenbahn der Ringlinie über drei bequeme Aufzüge oder über eine feste Stiegenanlage. Im Zuge der Vorarbeiten für die Herstellung des Stationsbauwerkes in der Stubenbastei wurden umfangreiche Grabungen und historische Erkundungen im Bereich der Stadtmauer durch-

geführt. Dabei wurden auch Teile der mittelalterlichen Befestigungsanlagen freigelegt.

Zentralschacht schonte Anrainer

Die überaus beengten Platzverhältnisse des dicht verbauten Stadtkerns, die Rücksichtnahme auf Umweltschutz, Geschäftswelt und Wohnbevölkerung erforderten eine komplizierte und aufwendige Bauvorbereitung und Arbeitsdurchführung. Durch eine Konzentration der Baustelleneinrichtung am Rande des Stadtparks und der Einrichtung eines Zentralschachtes dort konnte eine Entlastung des dicht bebauten Gebietes des 1. Bezirkes erreicht werden. Über diesen Zentralschacht wurden sämtliche Vortriebsarbeiten für den Bauabschnitt abgewickelt. Alle Materialtransporte sowie die laufende Abfuhr des anfallenden Erdmaterials konnten hier ohne Belästigung für Anrainer bewerkstelligt werden. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 327

Kindertagesheim in Döbling eröffnet

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Ein Kindertagesheim in Döbling, in der Weinberggasse 60, eröffnete Donnerstag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL. In dem Kindertagesheim, das zur Infrastruktur einer neuen Wohnhausanlage zählt, werden in Krippen-, Kindergarten- und Hortgruppen rund 120 Kinder im Alter von ein bis zehn Jahren Platz finden. (Schluß) jel/rr

Kleingartenbeirat neu konstituiert

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die neuen Mitglieder des Wiener Kleingartenbeirates, der wichtigsten Interessenvertretung der Kleingärtner, wurden Donnerstag durch Stadtrat Rudolf EDLINGER angelobt. Hauptaufgabe des 1979 erstmals einberufenen Beirates sind Stellungnahmen und Anregungen zu Planungen und Vorhaben des Magistrats zur Errichtung und Gestaltung von Kleingartenanlagen.

In der anschließenden konstituierenden Sitzung wurden Gemeinderat Ing. Karl SVOBODA zum Vorsitzenden und die Gemeinderäte Eugen GUTMANNBAUER und Georg FUCHS zu stellvertretenden Vorsitzenden des Kleingartenbeirates gewählt. (Schluß) ah/gg

Medizin und Gesundheit an der Jahrtausendwende

Stacher präsentierte weitere Ergebnisse der Aktion „Medizin 2000“

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER präsentierte Mittwoch abend in seiner Gesundheitspolitischen Presserunde weitere Ergebnisse der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“. Sie sind in einer Broschüre „10 Fragen — 10 Antworten zur Zukunft der Medizin“ enthalten, die soeben von der Wiener Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit herausgegeben wurde. Rund 1.200 Ärzte und 400 Angehörige anderer medizinischer Berufsgruppen beantworteten darin zehn Fragen, die sich auf die Zukunft der Medizin und des Gesundheitswesens beziehen. Die Ergebnisse der ersten fünf Fragen wurden der Öffentlichkeit bereits vorgestellt. Nun sind auch die Antworten auf die zweiten fünf Fragen ausgewertet.

Ende 1986 hat der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher alle Wiener Ärzte, aber auch Angehörige anderer medizinischer Berufsgruppen aufgefordert, sich mit den zu erwartenden Entwicklungen und wünschenswerten Veränderungen unseres Gesundheitswesens auseinanderzusetzen. Daraufhin meldeten sich innerhalb kürzester Zeit mehr als 1.600 Universitätsprofessoren, Primarii, Spitalsärzte, Fachärzte, praktische Ärzte, in Ausbildung stehende und Jungärzte, Oberinnen, Stations- und „Radlschwestern“ sowie medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten jeder Kategorie und erklärten sich bereit, am Projekt „Medizin und Gesundheit 2000“ mitzuarbeiten. Die Diskussionen fanden und finden in acht Arbeitskreisen und in mehr als 100 Arbeitsgruppen statt, die zur Behandlung spezieller Fragen gegründet wurden. Obwohl die Mitarbeit an dem Projekt sehr zeitaufwendig ist, wird sie von allen Teilnehmern unentgeltlich geleistet.

An der Presserunde nahmen auch Mitarbeiter verschiedener Arbeitskreise der „Medizin 2000“ teil: Dr. Christoph GISINGER, II. Medizinische Universitätsklinik, Univ.-Prof. Dr. Jürgen M. PELIKAN, Vorstand des Instituts für Soziologie der Grund- und Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Generaloberin Charlotte STAUDINGER, Magistratsabteilung 17 — Anstaltenamt, Univ.-Prof. Dr. Ernst WOLNER, Vorstand der II. Chirurgischen Universitätsklinik.

Veränderung der Strukturen des Gesundheitswesens

Die Frage, ob eine grundlegende Veränderung der Strukturen des Gesundheitswesens möglich — notwendig — wünschenswert — wahrscheinlich ist, wurde allgemein mit „notwendig“ und „wünschenswert“ beantwortet. Bezüglich der Wahrscheinlichkeit besteht allerdings eine gewisse Skepsis.

Die Aufgaben des Gesundheitswesens werden in Österreich von zu vielen Rechtsträgern wahrgenommen:

- Gesundheitsbelange werden von elf Ministerien behandelt,
- in Niederösterreich sind 23 Rechtsträger für die Spitalerhaltung verantwortlich,
- die Krankenversicherung wird von 42 Sozialversicherungsinstituten organisiert.

Ohne grundlegende Änderung der Organisations- und Finanzierungs-konzepte wird eine kostengerechte Leistung auf Dauer nicht möglich sein.

Die sogenannten „Akutspitäler“ müssen in ein gesundheitspolitisches Gesamtsystem mit zugeordneten Rekonvaleszenz-, Rehabilitations- und Pflegeinstituten eingegliedert werden. Wünschenswert ist die Einrichtung einer integrierten Schwerpunktversorgung für zum Beispiel Atem-, Kreislauf-, Tumor-, Rheuma- und andere Krankheitskomplexe mit Diagnostik, Therapie und Rehabilitation.

Das Gesundheitssystem muß sich andauernd neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen anpassen. Daher müssen Ausbildung und Praxis umstrukturiert und flexibel gestaltet werden. Erforderlich sind neue Aktivitäten in der Prophylaxe.

Schul-, Arbeits- und Verwaltungsmedizin, die Schaffung spezieller Diätberatungsdienste, eine Erweiterung der ambulanten Schwangerenbetreuung, der psychosozialen Dienste, der Altersvorsorge und ein Ausbau der medizinischen und pflegerischen Qualitätskontrolle. Der Trend zu Tageskliniken und Therapiezentren, zur Gruppenpraxis und zum Ausbau von Ambulatorien und sozialpflegerischen Diensten ist zu unterstützen.

Die Zusammenarbeit zwischen praktizierenden Ärzten, Laboratorien, Spitälern, Rehabilitationsinstituten und sozialen Diensten muß im Interesse des Kranken verbessert werden. Der Patient braucht eine koordinierende Bezugsperson. Der Patient soll die Kosten seiner Krankheit kennen. Die Patienten sollen „mündig“, das heißt in die Verhütung und Bekämpfung der Krankheit aktiv eingebunden sein. Gesundheitserziehung muß bereits in der Jugend beginnen.

Eine Modernisierung und Verbesserung der gesamten Gesundheitsfürsorge kann durch eine Reform der Organisation kostenneutral durchgeführt werden. Zur Frage eines eventuellen Selbstbehaltes gibt es keine einheitliche Haltung. Die Meinungen variieren von der vollen Ablehnung jedweden Selbstbehaltes bis zur Notwendigkeit verschiedener Formen des Selbstbehalts.

Anteil des Gesundheitswesens am Bruttonationalprodukt

Welcher Anteil des Gesundheitswesens am Bruttonationalprodukt ist zumutbar? Aus den Antworten ergibt sich ein Mittelwert von 13 Prozent. Tatsächlich betrug der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttonationalprodukt in Österreich 1970 5,7, 1975 6,8, 1980 7,3 und 1983 7,6 Prozent. Für 1987 wird der Anteil grob auf 8 bis 9 Prozent geschätzt. Gegenüber dem heutigen Niveau werden also massive Ausgabensteigerungen erwartet. Die Behandlung von Krankheiten darf an sich keine Kostenfrage sein, doch ist in jedem Fall einer rationellen Aufteilung der vorhandenen Mittel mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Auch ohne Ausgabenerhöhung wäre eine bessere Koordination — vor allem im diagnostischen Bereich — angezeigt. Die Wirksamkeit des Versorgungssystems sollte durch den Einsatz moderner Technologien (zum Beispiel Computerverrechnung), durch Überprüfung bei Medikamenten (kostengünstiges Präparat), durch Umschichtung auf ambulante Maßnahmen, aber auch durch Besinnung auf altbekannte Methoden erhöht werden.

Kritisch wurde vermerkt, daß Ärzte über die Kosten und deren Verteilung nur mangelhaft aufgeklärt werden. Das Gesundheitssystem ist zu wenig durchschaubar. Deshalb wäre eine verstärkte gesundheitsökonomische Ausbildung für Ärzte angezeigt.

Medizinischer Fortschritt und medizinische Ethik

Die Frage, ob die Entwicklung des medizinischen Fortschritts mit einer entsprechenden Entwicklung einer medizinischen „Alltagsethik“ einhergeht, wird eher negativ beantwortet. Als besondere Gefährdung in der Zukunft wird das rasante Tempo der technischen Entwicklung angeführt, die Erweiterung des technisch Machbaren, wie zum Beispiel künstliche Befruchtung und Gentechnologie. Außerdem werden negative Auswirkungen einer weitergehenden Spezialisierung befürchtet.

Es wird daher die Einbeziehung der medizinischen Ethik in das Studium — durch eigene Ethikvorlesungen — gefordert. Außerdem sollen die angehenden Ärzte zur Verbesserung ihrer kommunikativen Fähigkeiten in Gesprächsführung ausgebildet werden. Für den Bereich der Forschung wer-

Forts. von Blatt 331

Forts. auf Blatt 333

den Ethikkommissionen verlangt. In Schwerpunktkrankenhäusern sollen Kommissionen für schwierige Entscheidungen eingesetzt werden. Sie sollen sich aus Ärzten, Juristen und Theologen zusammensetzen.

„Konsument“ und Qualitätskontrolle

Eine subjektive Qualitätskontrolle — die Beurteilung des Gesundheitsdienstes aus der Sicht des Patienten — besteht derzeit schon durch die freie Arztwahl. Diese ist größtenteils durch das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt beeinflusst. Nach überwiegender Meinung soll der Patient in die Qualitätskontrolle einbezogen werden. Dazu ist eine sachbezogene Aufklärung durch Schule und öffentliche Stellen über allgemeine und grundsätzliche Gesundheitsfragen und durch Behandler und Betreuer über Detailfragen erforderlich. So würden mündige Patienten herangebildet, die zur Mitverantwortung und zur notwendigen Mitarbeit bereit wären. Selbsthilfegruppen, die mit den kompetenten Stellen zusammenarbeiten, können zur Beurteilung des richtigen Verhaltens von ärztlichem und Pflegepersonal sowie von Angehörigen der medizinisch-technischen Dienste beitragen — ebenso zur Aufdeckung unerwünschter und belastender Nebenwirkungen von Therapien.

Ethische und finanzielle Grenzen einer lebensverlängernden Behandlung

Auf die Frage nach den ethischen und finanziellen Grenzen einer einzelnen lebensverlängernden Behandlung lehnt die Mehrheit finanzielle Grenzen ab. Solche therapeutischen Entscheidungen sollten letztlich vom behandelnden Arzt beziehungsweise von den behandelnden Ärzten getroffen werden. Es wird auch die Einbeziehung der betroffenen Patienten und — in bestimmten Fällen — seiner Angehörigen angeregt. Manche wollen die Entscheidung einer Kommission überlassen. Für die Entscheidungen des Arztes oder einer Kommission sollen allgemein gültige Richtlinien erarbeitet werden. (Schluß) sc/gg/rr

Forts. von Blatt 332

Hatzl: Sicherheit muß Vorrang haben

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz zum Thema „Verkehrssicherheit“ stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL Donnerstag fest, daß es durch eine Vielzahl von Maßnahmen in Wien gelungen sei, im Straßenverkehr die Zahl der Unfälle generell und damit die Zahl der Toten und Verletzten deutlich zu senken. Der Begriff „Verkehrssicherheit“ bringe bereits den Grundgedanken zum Ausdruck: „Sicherheit muß Vorrang haben“, an erster Stelle stehe der Schutz des Lebens.

Hatzl: „Nach der bereits begonnenen Aktion gegen Schnellfahrer werden wir uns mit gleicher Härte zwei weiteren Punkten in besonderem Maß zuwenden. Zum einen den alkoholisierten Lenkern, und zum anderen soll es eine Aktion 'Geschwindigkeitsdrosselung zum Schutz der Fußgänger' geben, die mit der Wiener Unart aufräumt, selbst Passanten, die sich schon auf einem Schutzweg befinden, zu gefährden.“

Zu den Hauptproblemen zählt die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Fahrgeschwindigkeiten in Wohngebieten. Geschwindigkeitsmessungen im innerstädtischen Bereich zeigen oftmals geradezu unglaubliche Überschreitungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten.

Es steht fest, daß die Forderungen nach Vermeidung der Geschwindigkeitsüberschreitungen beziehungsweise nach Herabsetzung des Geschwindigkeitsniveaus in Wohngebieten unbedingte Berechtigung haben:

Vergleicht man beispielsweise die Anhaltewege der Fahrgeschwindigkeiten bei 30 Kilometer pro Stunde mit jenen von 70 Kilometer pro Stunde, so wird ein Fahrzeuglenker bei 30 Kilometer sein Fahrzeug in 11,3 Meter zum Stillstand bringen, während er bei 70 Kilometer hierzu einen Anhalteweg von 40,8 Meter benötigt. Das bedeutet, daß zu dem Zeitpunkt, wo das Fahrzeug aus 30 Kilometer pro Stunde angehalten wurde, der Lenker aus 70 Kilometer pro Stunde nicht einmal noch zu Ende reagiert hat, sodaß mit voller Geschwindigkeit auf das Hindernis (beispielsweise einen Fußgänger) aufgefahren wird.

Dazu kommt, daß die lokale Verkehrssicherheitsarbeit und die örtliche Unfallforschung abgesehen von einer wichtigen humanen Aufgabe die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages gemäß der Straßenverkehrsordnung (StVO § 96/1) darstellen.

Als Maßnahmen im Sinne des § 96/1 kommen vor allem die Anbringung von Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs (insbesondere Verkehrsampeln, Straßenverkehrszeichen, Verkehrsleiteinrichtungen, Fußgängerstützpunkte und dergleichen), straßenbauliche Maßnahmen (erhabene Schutzwege, vorgezogene Gehsteige etc.) sowie eine intensivere und zweckmäßigere Ausübung der verkehrspolizeilichen Tätigkeit in Betracht.

Unfallforschung und Verkehrsplanung

Es gilt, neue verkehrsideologische Ansätze zu finden und neue Ziele zu formulieren. Das neue Sicherheitsdenken erfordert aber auch, daß Verkehrssicherheitsmaßnahmen nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Der Straßenbau und die Verkehrspolitik der kommenden Jahre können deshalb nur dann sinnvoll sein, wenn sie gleichermaßen umweltgerecht und verkehrssicherheitsgerecht sind.

Computereinsatz bei der Verkehrssicherheitsarbeit

Wien hat als erstes Bundesland und erste Stadt in Österreich für alle Aufgaben der lokalen Verkehrssicherheitsarbeit eine Datenverarbeitungsanlage eingesetzt, die Unfalldaten speichert, Unfallstellen im gesamten Stra-

Bensystem lokalisiert beziehungsweise die Unfalldaten aller Unfälle nach den vielfältigsten Gesichtspunkten auswertet.

Mit dem Wiener EDV-System Verkehrssicherheit (Verkehrssicherheitscomputer) können auf Knopfdruck Unfallhäufungspunkte (Stellen häufiger Verkehrsunfälle) sowie Stellen mit gleichartigen Unfällen (Unfalltypenhäufungsstellen) innerhalb kürzester Zeit erhoben und ausgewertet werden.

Bisher war die EDV-gerechte örtliche Zuordnung der Verkehrsunfälle nicht grundsätzlich gelöst, es konnten deshalb die für die Unfallforschung wichtigen Unfallhäufungspunkte nur sehr zeitaufwendig händisch gefunden werden. In Wien wurde die Unfallaufnahme auf ein „Räumliches Bezugssystem Wien“ abgestimmt. Das bedeutet, daß gleich einem Netz des gesamte Straßensystem nach Kreuzungen und Straßenabschnitten vercodet ist.

Gleichzeitig mit dieser verbesserten örtlichen Zuordnung wurde auch die Verschlüsselung der Bewegungsrichtungen (Fahrtrichtung beziehungsweise Gehrichtung) der Verkehrsteilnehmer sowie die Unterscheidung nach 112 Unfalltypen vorgenommen.

Sichtbaren Ausdruck dieses komplexen System stellen die Kollisionsdiagramm und Kollisionstabellen dar. Aus dem Kollisionsdiagramm lassen sich beispielsweise alle Informationen der Personenschadenunfälle lesen, die auch im Nachhinein die eindeutige Rekonstruktion des Unfallherganges ermöglichen.

Für die lokale Verkehrssicherheitsarbeit können aus dem Kollisionsdiagramm wichtige sicherheitstechnische Rückschlüsse gezogen werden.

Diese Erkenntnis bildet zugleich die Grundlage, wirkungsvolle Abhilfemaßnahmen durchzuführen.

Letzte Ausbaustufe

Seitens der Wiener Stadtverwaltung wurde nun die Form einer graphischen Datenverarbeitung als letzte Ausbaustufe des Verkehrssicherheitscomputers eingeleitet. Dabei ist vorgesehen, die einzelnen Kollisionsrichtungen (Unfalltypen) direkt mittels EDV in das Situationsbild der Straßenanlage einzuzeichnen. Aus diesen graphischen Darstellungen der Verkehrsunfälle können selbst nicht speziell geschulte Personen aussagekräftige Informationen entnehmen.

Seitens des Magistrats der Stadt Wien werden dann nach der Sanierung der Unfallstellen — der, wie Stadtrat Hatzl unterstrich, weitere Priorität zukomme —, Vorher-Nachher-Untersuchungen in regelmäßigen Abständen durchgeführt und damit die betreffenden Punkte einer weiteren ständigen Kontrolle unterzogen.

Maßnahmenkatalog

Neben den „traditionellen“ Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, wie der Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen und verkehrstechnischen Verbesserungen, wird in Hinkunft der Umbau von Straßen („sanfter Straßenrückbau“), wo häufig Geschwindigkeitsüberschreitungen und Fußgängerunfälle festgestellt werden, eine wesentliche Rolle spielen. Derartige Maßnahmen sind:

- die Errichtung von Fußgängerstützpunkten in der Fahrbahn
- der Einbau von Busschleusen
- das Vorziehen von Gehsteigflächen bei Kreuzungen
- die Verschwenkung der Fahrbahnen durch abwechselnde Längs- und Schrägparkordnungen
- der Einbau von kleineren Kreisverkehrsanlagen bei weitläufigen Kreuzungen

Forts. von Blatt 334

Forts. auf Blatt 336

- die Errichtung von Schwellen in der Fahrbahn zu Verringerung der Fahrgeschwindigkeit und um den Fußgängern mehr Sicherheit zu bieten. Eigene „Schulwegschutzwege“ sind vorgesehen.

Aufgrund der mit Jahresbeginn wirksam gewordenen Dezentralisierung obliegt die Finanzierung und rasche Durchführung von Maßnahmen bei Unfallschwerpunkten auch den Bezirken.

Fakten und Zahlen

Gab es in Wien im Jahr 1983 7.742 Unfälle mit 10.303 Verletzten und Toten (davon 169 Tote), so reduzierten sich diese Zahlen im Jahr 1987 auf 6.986 Unfälle mit 9.042 Verletzten und Toten (davon 73 Tote). Die konsequente Verkehrssicherheitsarbeit trug damit Früchte. Wien hatte mit der Erstellung eines eigenen Verkehrssicherheitsbudgets im Jahr 1983 eine Pionierleistung vollbracht. Allein zwischen 1983 und 1987 betrug die Reduktion der volkswirtschaftlichen Kosten rund 800 Millionen Schilling pro Jahr.

Die Auswertung der Daten von 40 Örtlichkeiten seit 1983, und zwar 16 Lichtsignalanlagen und 24 Kreuzungen, wo andere technische Maßnahmen wie Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen, Maßnahmen des Straßenrückbaues durchgeführt wurden, gibt ein deutliches Bild:

- Bei den Ampelkreuzungen

Pro Jahr vorher 108,2 — nachher 31,2 Personenschadenunfälle, also minus 77. Kosten vorher 26 Millionen Schilling, nachher fünf Millionen. Mit einer Einsparung von 21 Millionen Schilling hatten sich die Kosten für die Ampelrichtungen von etwa 19 Millionen Schilling damit bereits im ersten Jahr amortisiert.

- Bei den anderen 24 Kreuzungen

Pro Jahr vorher 83,2 — nachher 30,7 Personenschadenunfälle, also minus 52,5. Kosten vorher 18 Millionen Schilling, nachher sieben Millionen Schilling. Demnach eine Einsparung von elf Millionen Schilling. Die Gesamtkosten für die jeweiligen Verkehrsmaßnahmen betragen nur etwa drei Millionen Schilling.

„Ich habe vor, durch verstärkte Kontakte mit der Wiener Polizei und ebenso mit den jeweiligen Bezirksvertretungen die beschleunigte Durchführung entsprechender Maßnahmen bei besonderen Unfallschwerpunkten sowie eine intensivere Verkehrsüberwachung zu bewirken“, betonte Hatzl abschließend. (Schluß) pz/ke

Forts. von Blatt 335

SPÖ über Ergebnisse der Kontrollausschußsitzung

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch informierten Donnerstag SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA und GR. Hans WIMMER über Ergebnisse der Sitzung des Kontrollausschusses am Donnerstag. In dieser Sitzung sei eindeutig festgestellt worden, daß es entgegen von Behauptungen der FPÖ keine Vereinbarung zwischen der Wohnbaugesellschaft Sozialbau und der Baufirma Terranova gegeben habe, es seien keine Preisnachlässe gewährt worden und es seien auch keine Mieter in irgendeiner Weise geschädigt worden.

Dr. Swoboda regte an, den Revisionsverband der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen umzugestalten. Es sollten künftig auch „neutrale“ Stellen, etwa Arbeiterkammer oder Konsumenteninformation, in den Vorstand delegiert werden.

Die Kritik, daß Automatenaufsteller nach dem Vergnügungssteuergesetz keine Abgabe gezahlt haben und Lokalbesitzer dann zu spät zur Zahlung aufgefordert worden seien, habe sich als unberechtigt erwiesen. Swoboda griff in diesem Zusammenhang aber eine Anregung des Kontrollamtes auf, wonach Aufsteller und Lokalbesitzer in Zukunft als Gesamtschuldner aufscheinen sollen.

Weitere Themen waren die Abrechnung der Teletheater Ges.m.b.H. für das Jahr 1986, bei der keine Beanstandung festgestellt worden sei; Kritik an der EDV-Anlage des Vereins „Theater der Jugend“, dessen kaufmännischer Direktor abgelöst worden ist; und die Entschädigung von drei Mietern im Zuge der Generalsanierung der Werkbundsiedlung. (Schluß)
ull/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 26. Februar 1988

Blatt 338

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Terminvorschau vom 29. Februar bis 11. März (339)
- Wappen für Wiener Bezirke (340)
- Neue Gemeinde-Zeitung erschienen (340)
- Fahrtkostenermäßigung für Gehörlose (341)
- Josef-Matthias-Hauer-Platz in der Josefstadt (343)
- Schneeräumung in vollem Gang (nur FS/25.2.)
- Sturz vor die U-Bahn (nur FS)
- Kommenden Montag Sitzung des Wiener Gemeinderates (nur FS)
- Schäferfest auf der Donauinsel (nur FS)

Kultur:

- 65. Geburtstag von Prof. Pawlicki (342)
- „Italiener in Wien“ auf Reisen (342)

Terminvorschau vom 29. Februar bis 11. März 1988

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 29. Februar bis 11. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 29. FEBRUAR:

ab 9.00 Uhr, Gemeinderat

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (ÖVP-Klub)

DIENSTAG, 1. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 2. MÄRZ:

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Häupl an SR i. R. Dipl.-Ing. Drennig, Landesfeuerwehrkommandant-Stellvertreter Ernst Eishold, Oberstleutnant der Reserve Hubert Buder (Steinerne Saal, Rathaus)

19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Dr. Pasterk „Viennale“ (Feuerwehr-Wagner, 19, Grinzinger Str. 53)

DONNERSTAG, 3. MÄRZ:

12.00 Uhr, Angelobung der Behindertenkommission (Rathaus)

FREITAG, 4. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Hochschulprof. Samy Molcho (Arb.-Zi., Bgm.)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Beschleunigungsprogramm“ (PID)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

MONTAG, 7. MÄRZ:

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Dr. Pasterk „Literatur im März“ (Secession, 1, Friedrichstraße 12)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 8. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Kaindl (Arb.-Zi., Bgm.)

MITTWOCH, 9. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Umbau der AIDS-Station“ (AKH)

DONNERSTAG, 10. MÄRZ:

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Presseführung durch die Ausstellung „März 1938“ (Volkshalle)

15.30 Uhr, Gedenksitzung des Landtages

19.00 Uhr, Gedenkkundgebung Rathausplatz

FREITAG, 11. MÄRZ:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur
(Schluß) red/gal

Wappen für Wiener Bezirke

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Um dem steigenden Interesse an Bezirksgeschichte und der Förderung des Bezirksbewußtseins Rechnung zu tragen, sollen die Bezirke Wiens eigene, gesetzlich festgelegte, Wappen erhalten. Diese Bezirkswappen wurden aus den historischen Wappen der Bezirksteile — ehemals selbständige Gemeinden beziehungsweise Katastralgemeinden — gebildet. Die nun fertiggestellten Entwürfe entstanden in Zusammenarbeit der Bezirksmuseen mit den Bezirksvorstehungen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt ab heute bis 18. März in allen Magistratischen Bezirksämtern während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf. (Schluß) red/rr

Neue Gemeinde-Zeitung erschienen

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Seit heute, Freitag, liegt die neue Ausgabe der „Österreichischen Gemeinde-Zeitung“ vor. Darin enthalten ist unter anderem ein Beitrag von Gesundheitsminister Dr. Franz LÖSCHNAK zu aktuellen Fragen der Gesundheitspolitik, wie Bettenberg und Ärzteschwemme. Weiters gibt es eine ausführliche Auflistung des „Sparkatalogs“ der Bundesregierung und seiner Bedeutung für die Länder und Gemeinden, die ja bei seiner Erstellung nicht konsultiert wurden, verfaßt von Bertram HÜTTNER von der Wiener Magistratsabteilung 4. Mit internationalen Problemen der Gemeinden befaßt sich ein Bericht über den IULA-Kongreß 1987 in Rom unter dem Motto „Der Weg in die Zukunft“ sowie eine Vorstellung der aktuellen Nord-Süd-Kampagne 1988 des Europarates. In einem Überblick werden die Aktivitäten österreichischer Städte anlässlich des Gedenkjahres 1988 aufgelistet.

Die Österreichische Gemeinde-Zeitung ist beim Verlag Jugend & Volk, 1153 Wien, Anschützgasse 1, Tel. 87 25 15/90-94 erhältlich. (Schluß) roh/gg

Fahrtkostenermäßigung für Gehörlose

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Gehörlose Menschen, denen überdurchschnittlich hohe Fahrtkosten erwachsen, können aufgrund eines Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 29.1.1988 durch das Sozialamt der Stadt Wien einen Zuschuß von 50 Prozent der Fahrtkosten für die Benutzung der Wiener städtischen Verkehrsmittel erhalten.

Die Voraussetzungen sind

- vollkommene Gehörlosigkeit
- Mindestalter 15 Jahre
- ordentlicher Wohnsitz in Wien
- österreichische Staatsbürgerschaft
- Nettoeinkommen unter dem vierfachen Sozialhilferichtsatz (S 13.964 für Alleinstehende, zuzüglich S 1.746 pro versorgungsberechtigtem Angehörigen).

Anträge (unter Vorlage von Personaldokumenten, Einkommensbelegen und — wenn vorhanden — eines Nachweises der Gehörlosigkeit) können bei der Magistratsabteilung 12, 1010 Wien, Gonzagagasse 21, Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, gestellt werden. Telefonische Auskünfte werden unter der Nummer 531 14/Klappen 224 und 232 erteilt. (Schluß) jel/rr

65. Geburtstag von Professor Pawlicki

Wien, 26.2. (RK-KULTUR) Norbert Pawlicki wurde am 4. März 1923 in Wien geboren. Nach einem abgebrochenen Medizinstudium wandte er sich bald der Musik zu, ergänzte seine praktische Ausbildung im Klavierspiel, lernte Komposition und Dirigieren und besuchte musikwissenschaftliche Vorlesungen an der Universität Wien.

Pawlicki war zunächst Kapellmeister im Variete Ronacher, im Renaissance-theater und in den Kammerspielen. Schon während dieser Zeit arbeitete er auch beim Österreichischen Rundfunk. Zuerst im Hörfunk und dann beim Fernsehen wurde Pawlicki zu einem der wichtigsten musikalischen Mitarbeiter in diesem Medium. Als Pianist, Ensembleleiter und Arrangeur wurde er als ein in allen Stilen versierter Musiker bekannt.

Pawlicki schrieb auch die Musik zu zahlreichen Hörspielen, für Opernparodien oder Märchenproduktionen, wobei seine Arbeiten aufgrund des fachlichen Könnens oft eine weit über den bloßen Unterhaltungscharakter hinausgehende künstlerische Qualität besitzen.

Im Rahmen der Stadt Wien betreut Pawlicki allein oder als Bandleader musikalisch Festlichkeiten, wie Ehrungen, Feiern oder Abendgesellschaften.

Als Vizepräsident der AKM setzte er sich zwischen 1970 und 1980 für die Anliegen seines Berufsstandes ein.

Norbert Pawlicki wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem wurde ihm 1966 der Titel Professor verliehen. (Schluß) red/gg

„Italiener in Wien“ auf Reisen

Wien, 26.2. (RK-KULTUR/LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung „Italiener in Wien“, die 1987 mit Erfolg im Wiener Rathaus gezeigt wurde, ist nun nach Italien übersiedelt. Die interessante kleine Schau wird am 27. Februar in Oderzo, Provinz Treviso, im Palazzo di Porcia e Brugnera eröffnet und ist dort bis 7. April zu sehen. Veranstalter ist die Stadtverwaltung von Oderzo, den Ehrenschatz hat das österreichische Konsulat in Triest übernommen. Die Palette der in der Ausstellung erwähnten Persönlichkeiten reicht von Aeneas Silvius Piccolomini über den Erbauer des Schweizer Tores, Pietro Ferabosco, bis zum großen Dirigenten Arturo Toscanini. Informationsbroschüre und erläuternde Beschriftungen in den einzelnen Vitrinen sind deutsch und italienisch abgefaßt. (Schluß) am/gg

Josef-Matthias-Hauer-Platz in der Josefstadt

Wien, 26.2. (RK-LOKAL/KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung einer Verkehrsfläche im Kreuzungsbereich von Josefstädter Straße, Albertgasse und Skodagasse im 8. Bezirk nach dem Entdecker des Grundprinzips der Zwölftonmusik in Josef-Matthias-Hauer-Platz.

Hauer zählt aufgrund seines kompositorischen und musiktheoretischen Werkes zu den wichtigsten österreichischen Komponisten des 20. Jahrhunderts.

Weitere Benennungen, die der Ausschuß beschloß:

- Die Grünfläche beim Stationsgebäude Breitensee der Vorortelinie in Penzing wurde nach dem Architekten und christlich-sozialen Stadtrat Ludwig Zatzka (1857-1925) in „Ludwig-Zatzka-Park“ benannt.
 - Der Verbindungsweg zwischen Sieveringer Straße und Nottebohmstraße in Wien 19 wird nach dem Soziologen und Wiener Vizebürgermeister Prof. Dr. Ernst Karl Winter (1895-1959) in „Ernst-Karl-Winter-Weg“ benannt.
 - Der Verbindungsweg zwischen Börnergasse und Görgengasse in Döbling wird nach den Gründern der Gräf & Stift-Werke, Heinrich und Karl Gräf in „Gräfweg“ benannt.
 - Die Verkehrsfläche zwischen Jedleseer Straße und Josef-Ruston-Gasse in Floridsdorf wird nach der bereits in der Bevölkerung gebräuchlichen Bezeichnung in „Schwarzer Weg“ benannt.
 - Die ebenfalls in Wien 21 gelegene Verkehrsfläche gegenüber der Auto-kaderstraße 50 wird nach den Architekten und Leiter der Wiener Stadtplanung Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Heinrich Brunner-Lehenstein (1887-1960) in „Brunner-Lehenstein-Gasse“ benannt.
 - Drei Neubenennungen gibt es in Wien 22. Die Verkehrsfläche zwischen Pilotengasse und Ostbahnbegleitstraße wird nach dem Kommunalpolitiker und Landesrettungskommandanten des Wiener Roten Kreuzes Johann Kutschera in „Johann-Kutschera-Gasse“ benannt.
 - Die Verkehrsfläche entlang der Ostbahn zwischen Hausfeldstraße und Johann-Kutschera-Gasse wird wie seit langem üblich jetzt auch offiziell in „Ostbahnbegleitstraße“ benannt.
 - Die Verkehrsfläche westlich und östlich der Hausfeldstraße erhält schließlich den ebenfalls bereits eingeführten Flurnamen „Stadlbreiten“.
- (Schluß) gab/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 29. Februar 1988

Blatt 344

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr weist den ÖVP-Vorschlag für Energiesteuer zurück (349/FS: 28.2.)

Kommunal/Lokal:

Entsorgungssicherheit bei Skolnik-Fabriksabbruch gewährleistet (345/FS: 26.2.)

Wiener Spitäler: Strafe für richtiges gesundheitspolitisches Verhalten (346/FS: 27.2.)

Kunst im Geriatriischen Tageszentrum (347/FS: 27.2.)

Musik-aktiv — Schüler musizieren (347/FS: 28.2.)

Schnee, Schnee, Schnee ... (348/FS: 27.2.)

Der Wintereinbruch am Wochenende (348/FS: 28.2.)

„39 A“ fährt wegen Kanalbau kürzer (350)

Fütterungsverbot von Wasservögeln (351)

Stacher kündigt „Methadon-Paß“ an (352)

Wiener Gemeinderat (353-363)

Jiddische Lieder im Historischen Museum (nur FS/28.2.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Entsorgungssicherheit bei Skolnik-Fabriksabbruch gewährleistet

Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Beim Abbruch des Galvanikbetriebs Skolnik im 15. Bezirk ist stark kontaminierter Bauschutt angefallen, der in Österreich nicht deponiert werden darf. Es handelt sich dabei um eine Größenordnung von zumindest 50 Tonnen, das sind rund ein Prozent des gesamten Abbruch- und Aushubmaterials. Die Abbrucharbeiten werden von der MA 22 — Umweltschutz und der Umweltpolizei überwacht. Auf Veranlassung der MA 22 muß der Grundeigentümer eine fachgerechte Entsorgung gewährleisten. Die Entsorgung wird von seiten der Stadt Wien streng kontrolliert, und die Entsorgungssicherheit ist somit gewährleistet. (Schluß) du/rr

Bereits am 26. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Spitäler: Strafe für richtiges gesundheitspolitisches Verhalten

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Wiens Spitäler werden für ihr richtiges gesundheitspolitisches bzw. volkswirtschaftliches Verhalten bestraft. Dies erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Samstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Laut Stacher gibt es seit dem Jahre 1985 eine KRAZAF-Vereinbarung, derzufolge Krankenanstalten eine Abgeltung erhalten, wenn sie nachweisbar Pfl egetage eingespart haben. Die Höhe der Abgeltung sollte dabei entsprechend den tatsächlichen Einsparungen auf die Krankenanstalten berechnet werden.

100.000 Pfl egetage eingespart

So hat Wien, wie Stacher erklärte, in der Zeit von 1984 bis 1986 insgesamt 100.000 Pfl egetage eingespart, in Oberösterreich waren es hingegen nur 17.000 und in Salzburg nur 7.000 Pfl egetage. Was die anderen Bundesländer betrifft, so hatten diese hingegen alle einen Anstieg der Pfl egetage zu verzeichnen, und zwar: die Steiermark mit 85.000, Kärnten mit 39.000, Niederösterreich mit 29.000, Tirol mit 25.000, Vorarlberg mit 22.000 und Burgenland mit 5.000 Pfl egetagen. Dementsprechend ist aber die Gesamtsumme der Pfl egetage in Österreich gestiegen. Dies bedeutet jedoch, daß Wien somit keinen Ersatz für die „eingesparten“ 100.000 Pfl egetage bekommt.

Bonus-Malus-System gefordert

Der Gesundheitsstadtrat sprach sich daher für eine Änderung des gegenwärtig angewandten Berechnungssystems aus, weil damit all jene Bundesländer, die sich gesundheitspolitisch bzw. volkswirtschaftlich richtig verhalten, bestraft werden. Nach Meinung des Stadtrates sollten Bundesländer, die ihre Bettentage reduzieren, dafür ein Entgelt, jene die eine steigende Bettentagszahl zu verzeichnen haben, einen Abzug bekommen. Nur eine derartiges „Bonus-Malus-System“ könnte zu einem volkswirtschaftlich richtigen Verhalten beitragen, erklärte Stacher. (Schluß) zi/gg

Bereits am 27. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Kunst im Geriatrischen Tageszentrum

Wien, 27.2. (RK-LOKAL) Eine Malerei- und Keramikausstellung präsentiert das Geriatrische Tageszentrum „Ingrid Leodolter“ im 7. Bezirk, Apolllogasse 19 im Pflegezentrum Sophienspital. Hergestellt wurden die Arbeiten, die Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 15 Uhr zu besichtigen sind, von Besucherinnen und Besuchern des Tageszentrums. Die Ausstellung ist bis 4. März geöffnet. (Schluß) jel/rr

Bereits am 27. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Musik aktiv - Schüler musizieren

Wien, 28.2. (RK-LOKAL) Chöre aus 82 Wiener Schulen beteiligen sich heuer an der Aktion „Musik aktiv“, die das Wiener Landesjugendreferat (MA 13) und der Wiener Stadtschulrat veranstalten. Am 29. Februar und am 1. und 2. März gastieren die Schüler mit ihren Musikprogrammen im Haus der Begegnung Rudolfsheim, 15, Schwendergasse 41. Am 3. und 4. März wird im Haus der Begegnung Floridsdorf, 21, Angererstraße 14, musiziert.

Auskünfte über das Programm dieser Veranstaltungsreihe erteilt das Wiener Landesjugendreferat unter der Telefonnummer 42 800/2746 DW. (Schluß) jel/gg

Bereits am 28. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Schnee, Schnee, Schnee ...

Wien, 27.2. (RK-LOKAL) Bis Samstag Mittag sind in der Bundeshauptstadt rund 50 Zentimeter Neuschnee gefallen. Angesichts der Schneeverhältnisse erneuerte Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK seinen Appell an die Hausbesitzer und an die Hausbesorger, im Interesse vor allem der älteren Mitbürger, ihren Verpflichtungen zur Räumung der Gehsteige nachzukommen.

Der Winterdienst ist im Großeinsatz. In der Nacht zum Samstag hatte die MA 48 rund 550 „Schneeschaufler“ mit 340 Fahrzeugen im Einsatz. Seit den Morgenstunden sind mehr als 2200 „Schneeschaufler“ unterwegs, dazu kommen noch rund 400 Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe.

Bundesheer hilft aus

Nach Rücksprache von Landeshauptmann Dr. Zilk mit dem Wiener Militärkommandanten, Divisionär MAJCEN, hilft nun auch das Bundesheer beim Schneeräumen. Seit den Mittagstunden sind 100 Soldaten im Winterdienst verteilt über das ganze Stadtgebiet im Einsatz. (Schluß) fk/bs

Der Wintereinbruch am Wochenende

Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wintereinbruch zum Wochenende brachte für Feuerwehr und den Winterdienst der MA 48 einen Großeinsatz; Allein am Samstag mußte die Feuerwehr 135mal Hilfeleistungen durchführen, 57 Einsätze waren zur Entfernung von Dachlawinen notwendig, 37 Verkehrshindernisse mußten entfernt werden. Der Winterdienst der MA 48 hatte in der Nacht zum Sonntag 1.700 Mann im Einsatz. Am Sonntag selbst wurden 2.700 „Schneeschaufler“ mit 300 Fahrzeugen beschäftigt. Die „Tagschicht“ des Winterdienstes begann am Sonntag erstmals um 3 Uhr früh, um für den Frühverkehr im Wiener Straßennetz die nötige „Verkehrssicherheit“ sicherzustellen. (Schluß) fk/bs

Bereits am 27. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 28. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Mayr weist den ÖVP-Vorschlag für Energiesteuer zurück

Replik auf die ORF-Pressestunde mit Vizekanzler Mock

Wien, 28.2. (RK-POLITIK) Vizekanzler Dr. Alois Mock hat sich in der Sonntag-Pressestunde des ORF dreimal auf einen angeblichen Vorschlag von Wiens Vizebürgermeister Hans Mayr über die Einführung einer Energiesteuer berufen. Dazu stellt Vizebürgermeister Hans MAYR gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest: „Der Vorschlag einer Energiesteuer in der jetzigen Situation wurde von der ÖVP gemacht, der seinerzeitige Vorschlag von mir hatte das Ziel, die Energiepreise in ganz Österreich auf das gleiche Niveau zu bringen. Die Volkspartei schlägt nun das genaue Gegenteil vor; sie will jene Bundesländer belasten, deren Stromerzeugung auf thermischen Kraftwerken beruht und die bereits jetzt höhere Energiekosten hinzunehmen haben. Diese Differenz würde durch den jetzigen Vorschlag der ÖVP noch größer werden.

Wenn Mock daher den Vorschlag über die Einführung einer Energiesteuer macht, dann sollte er auch den politischen Mut besitzen, diesen Vorschlag selbst zu vertreten und sich nicht auf einen Vorschlag berufen, der genau die entgegengesetzte Zielsetzung hatte als sein gegenwärtiger“, schloß Mayr. (Schluß) red/bs

Bereits am 28. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

„39A“ fährt wegen Kanalbau kürzer

Wien, 29.2. (RK-LOKAL) Im Bereich Sievinger Straße/Agnesgasse werden Kanalbauarbeiten durchgeführt, die zwei bis drei Monate dauern werden. Die Autobuslinie „39A“ verkehrt deshalb ab Mittwoch, den 2. März, nur zwischen der U-Bahn-Station Heiligenstadt und Fröschelgasse. Die Haltestelle Fröschelgasse in Fahrtrichtung Sievering sowie die End- und Anfangstation Sievering werden auf Dauer der Bauarbeiten aufgelassen.

In der Fröschelgasse Nr. 20 wird eine provisorische Endstation eingerichtet. Die Anfangstation befindet sich bei der Haltestelle Fröschelgasse in Fahrtrichtung Heiligenstadt. (Schluß) roh/rr

Fütterungsverbot von Wasservögeln

Wien, 29.2. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Dienstag, tritt eine Verordnung des Magistrats der Stadt Wien in Kraft, wonach das Füttern von Wasservögeln an der Alten Donau einschließlich des Kaiserwassers in der Zeit vom 1. März bis 1. November verboten ist.

Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL appelliert aus ökologischen Gründen an die Bevölkerung, sich an das Fütterungsverbot zu halten, das im Einklang mit den Ansichten von Fachwissenschaftlern steht. Man möchte damit den Vögeln kein Leid antun, sondern mit dieser Maßnahme für natürliche und nicht künstliche Populationsgrößen sorgen. (Schluß) du/bs

Stacher kündigt „Methadon-Paß“ an

Aber nur auf freiwilliger Basis

Wien, 29.2. (RK-KOMMUNAL) Die Herausgabe eines persönlichen „Methadon-Passes“ für jene Patienten, die die Ersatzdroge Methadon einnehmen, kündigte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER Montag vormittag an. Dieser Paß, ähnlich wie ihn auch manche Zuckerkrankke bei sich tragen, soll die für die Behandlung wichtigen Angaben enthalten und auf freiwilliger Basis vom Patienten selbst verwahrt werden. Bei einem Therapiewechsel wären so rasch die wichtigsten Angaben ersichtlich. Um Doppelgleisigkeit und Überdosierungen zu vermeiden, sollten diejenigen Therapiestellen, die Methadon ausgeben, mit Zustimmung der Patienten in einer der Stellen eine gemeinsame Liste solcher Pässe führen.

Eine zentrale Ausgabestelle lehnen viele Experten als bloße „Methadon-Tankstelle“ ab, da neben der Methadon-Ausgabe noch andere Betreuungshilfen für die Patienten notwendig sind und diese von einer einzigen Zentrale nicht sinnvoll geleistet werden können.

Der Methadon-Paß soll von der Wiener Beratungsstelle für Suchtkrankenhilfe aufgelegt werden. Diese Stelle ist keine Behörde und unterliegt nicht der Meldepflicht. Stacher warnte vor übertriebenen Erwartungen, die an die Ersatzdroge Methadon gestellt werden.

Methadon kann den Süchtigen nicht heilen und ist für viele Patienten kein geeignetes Medikament. Auch kann die gleichzeitige Einnahme von Methadon mit anderen Suchtgiften lebensgefährlich sein, warnte Stacher. Nur eine Vielzahl verschiedener Behandlungsmöglichkeiten und die gleichzeitige soziale Rehabilitation können dazu beitragen, daß möglichst viele Süchtige „zurückkehren“ können, sagte der Gesundheitsstadtrat. (Schluß) sc/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 29.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von GR. LUSTIG (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

GR. PROCHASKA (ÖVP) wollte in der ERSTEN ANFRAGE wissen, ob das Kontrollamt im Zusammenhang mit der Scheckaffäre von Ex-Stadtrat Braun mit einer Prüfung des Berufsförderungsinstitutes beauftragt werden wird, da es auch Subventionen von der Stadt Wien erhält. Bürgermeister Dr. ZILK antwortete, die Subventionen würden nicht für die allgemeine Vereinstätigkeit, sondern für in Wien erbrachte Leistungen gewährt. Obwohl das Kontrollamt für eine Überprüfung dieses Instituts nicht die Kompetenz hätte, liegt die Zustimmung des BFI für eine Kontrolle vor. Da aber derzeit die Wirtschaftspolizei ohnedies Untersuchungen durchführt, wird das Kontrollamt diese abwarten und bei Bedarf eigene Überprüfungen anschließen. Er, Zilk, nehme die Entscheidung des Kontrollamts hinsichtlich des allfälligen Tätigwerdens nach der Wirtschaftspolizei zur Kenntnis und bleibe bei seiner auch von der ÖVP geteilten Ansicht, das Kontrollamt selbständig entscheiden zu lassen, wann es tätig werden wolle. Das gelte auch im Zusammenhang mit der Frage, warum das BFI für ein und dasselbe Projekt zweimal subventioniert wurde.

In der ZWEITEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann er dem Gemeinderat konkrete Vorschläge über die künftige Nutzung des Areals des alten Allgemeinen Krankenhauses machen werde, nachdem er die Schenkung der Gründe an den Bund bereits im Februar 1987 angekündigt habe, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, daß nun der Bund am Zug sei und die Stadt Wien grundsätzliche Forderungen hinsichtlich der künftigen Nutzung erhoben hat. Die von der ÖVP in einem Wettbewerb gewonnen Erkenntnisse über die Ziele der künftigen Nutzung entsprächen durchaus den Forderungen der Stadt Wien anlässlich der Schenkung. Die Stadt Wien habe die von der ÖVP gesammelten Bürgervorschläge dem dafür zuständigen Wissenschaftsminister übermittelt und erwarte, daß jetzt auch die ÖVP in dieser Richtung aktiv werde. Für die Errichtung von Vorhaben in diesem Bereich sei ausschließlich der Bund zuständig, wenn sich auch die Stadt Wien Möglichkeiten zum Eingreifen offenhalten werde, sollte dies notwendig sein. Das AKH-Areal zum Gegenstand von Grundstückstauschen mit dem Bund zu machen, sei nicht vorgesehen, doch sei dabei noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. PRINZ (FPÖ), nach welcher Rechtsgrundlage einem Gemeinderat die Besichtigung von Pensionistenklubs verwehrt werde, erklärte Vizebürgermeister SMEJKAL (SPÖ), die Pensionistenklubs gehören in den Wirkungsbereich der Bezirksvorsteher. Sie ersuche daher, sich wegen eines beabsichtigten Besuches mit dem Bezirksvorsteher in Verbindung zu setzen. In den Pensionistenklubs herrsche eine angenehme und geschützte Atmosphäre, die durch unangemeldete Besuche gestört werden könne.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. STOCKINGER (SPÖ), welches Ergebnis das Expertengespräch zur Instandsetzung der Rauchgaswäsche im Fernheizwerk Spittelau gebracht habe, sagte Energiestadtrat HATZL (SPÖ), dieses Expertengespräch sei eine wesentliche Entscheidungshilfe gewesen. Die international anerkannten Experten hätten sich für das Projekt der Firma Simmering-Graz-Pauker AG ausgesprochen. Deren Vorschlag werde nun von der HBW realisiert. Die Expertenkommission sei einstimmig zu diesem Entschluß gekommen.

Die Wiener E-Werke werden ihre Umweltschutzmaßnahmen auch im heurigen Jahr intensiv fortsetzen, erklärte Energiestadtrat Hatzl auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. KAMMERER (SPÖ). Ein Schwerpunkt im

heuristicen Jahr sei das Kraftwerk Donaustadt. Gegenüber 1980 konnte der SO_2 -Ausstoß um 85 Prozent gesenkt werden. Der Aufwand für Umweltschutzmaßnahmen betrage rund ein Viertel der Errichtungskosten der Energieerneuerungsanlagen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. STRATIL (ÖVP), was die maßgeblichen Gründe dafür waren, daß die Wiener E-Werke den Preis für den Strombezug der Wiener Verkehrsbetriebe laut Wirtschaftsplan 1988 um rund 43 Prozent gesenkt haben, antwortete Stadtrat HATZL, daß es keine derartige Senkung gegeben habe. Vielmehr handle es sich offensichtlich um ein Mißverständnis, da es hierbei um die Frage des Traktionsstromes der Wiener Verkehrsbetriebe gehe. Auf die Zusatzfrage, weshalb eine entsprechende Rechnungshofkritik bereits im Jahr 1972 an diesem niedrigen Strompreis ohne Konsequenzen blieb, sagte StR. Hatzl, daß der Preis für diesen Traktionsstrom auf ein einvernehmliches Abkommen aus den Jahren 1947/48 zurückgehe.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ), welche Schritte das Kulturamt der Stadt Wien gesetzt habe, um die Demolierung der von Architekt Prof. Hans Hollein geschaffenen Innenarchitektur des Verkehrsbüros am Opernring zu verhindern, sagte Stadtrat Dr. PASTERK, daß für die Erhaltung dieser Architektur eine Unterschutzstellung durch das Bundesdenkmalamt erforderlich gewesen wäre. Auf die Zusatzfrage, was man dennoch zur Rettung der Reste dieser Architektur unternehmen könne, sagte StR. Dr. Pasterk, daß sie im Einvernehmen mit dem Bürgermeister eine Wiedergutmachung verlangt habe und alles tun werde, um gemeinsam mit dem Architekten diese Architektur an einem anderen Ort wieder herzustellen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. STEYRER (SPÖ), welche Einrichtungen beziehungsweise Therapiemöglichkeiten es in Wien für Alkoholiker und Drogenabhängige gebe, sagte Stadtrat Dr. STACHER, daß es für Alkoholiker eine Reihe ambulanter und stationärer Einrichtungen gebe, wobei vor allem die Qualität der Institute und eine gute Nachbehandlung für den Erfolg der Behandlung entscheidend seien. Für Drogenabhängige gibt es zahlreiche vorbereitende, stationäre, ambulante und nachbereitende Behandlungsmöglichkeiten öffentlicher und privater Einrichtungen, wobei eine unbürokratische Inanspruchnahme und eine Koordination sichergestellt ist. Auf die Zusatzfrage, wie die Tendenz dieser Krankheiten insgesamt aussehe, sagte StR. Stacher, daß die Verwendung harter Drogen und die Zahl von Alkoholkranken stagniere. Allerdings nehme die Verwendung leichter und legaler Drogen besonders bei der jüngeren Generation zu. Auf eine zweite Zusatzfrage antwortete StR. Stacher, daß über die Verwendung von Methadon bei AIDS-Erkrankungen noch Uneinigkeit unter Fachleuten bestehe. Für eine kontrollierbare Verwendung regte Stacher die Ausstellung eines „Methadon-Passes“ für Verwender an.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) über die Vorkehrungen der Stadt Wien, um den zu erwartenden Andrang von obdachlosen Haftentlassenen ab 1. März 1988 zu bewältigen, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL, daß die Hilfe für diese Personengruppe in erster Linie Angelegenheit des Bundes beziehungsweise der Bewährungshilfe und der Zentralstelle für Haftentlassene sei. Die Kosten für die Unterbringung von haftentlassenen Obdachlosen werden in angemessenem und vereinbartem Ausmaß von der MA 12 — Sozialamt übernommen. Wie bisher werde man in dringenden Fällen auch aus den Bundesländern stammende Haftentlassene unterstützen, erwarte sich jedoch auch Hilfeleistungen durch die Bundesländer. Nach einer „Ersten Hilfe“ im Sozialreferat für Nichtseßhafte würden die Obdachlosen von den zuständigen Bezirkssozialämtern weiter betreut. Bewährt habe sich das Tageszentrum für Nichtseßhafte im 2. Bezirk. Ziel der Betreuung sei es vor allem, die Wohn- und Arbeitsfähigkeit dieser Menschen wieder herzustellen.

Forts. von Blatt 353

Forts. auf Blatt 355

Die ZEHNTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über die Verbauung des Platzes des Wiener Eislaufvereines sagte StR. SALLABERGER, im Jänner 1987 sei von der Firma IMMORENT ein Bauansuchen zur Verbauung des Grundstückes gestellt worden. Das Projekt sei dem Fachbeirat vorgelegt und negativ begutachtet worden. Wesentliche Überarbeitungen seien notwendig, sagte Sallaberger. Derzeit sei eine Bausperre über dieses Gebiet verhängt. Sallaberger regte einen städtebaulichen Wettbewerb an.

Gürtel, Süd- und Westeinfahrt

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) stellte den ANTRAG, daß der im Jahr 1986 zwischen der Stadt Wien und der Wiener Bundesstraßengesellschaft abgeschlossene Vertrag über die Planungsarbeiten für den Gürtel und für die Süd- und Westeinfahrt bis 30. Juni 1988 verlängert werden solle.

Die Vertragsverlängerung wird erforderlich, da sich die ursprünglich bis Ende 1987 vorgesehene Vorlage der Planungsergebnisse verzögert hat.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sprach sich für die Verlängerung des Übereinkommens aus und betonte, daß dieses Übereinkommen die Mitwirkung der Stadt Wien an der Planungsarbeit der Bundesstraßengesellschaft sicherstelle. Pawkowicz kritisierte, daß in anderen Bereichen der Bund die berechtigten Wiener Interessen oft nicht zur Kenntnis nehme. Als Beispiel führte er u. a. den Zubau zum Rechnungshof, den Streit um die Roßauer Kaserne und die ungeklärte Situation des Messepalastes an. Um zu vermeiden, daß der Bund viele Millionen Schilling Steuergelder in Wien fehlinvestiere, habe daher die FPÖ dem Übereinkommen zwischen Stadt Wien und Bundesstraßengesellschaft zugestimmt. Pawkowicz regte an, daß nach Vorlage der Planungsergebnisse der zuständige Ausschuß und die hauptamtlichen Stadtplaner in einer Klausur die Ergebnisse eingehend diskutieren mögen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) kündigte an, daß die ÖVP der Vertragsverlängerung nicht zustimmen werde, da sie auch seinerzeit dem Grundsatzbeschluß ihre Zustimmung verweigert hat. Mayr räumte der Gürtelkommission zwar ein, sich sehr bemüht zu haben, vertrat aber die Ansicht, daß die in Pressemeldungen veröffentlichten Grundsätze teilweise eher banal seien. Viele derzeit bekannten Überlegungen zur Neugestaltung des Gürtels seien sinnvoll, in anderen Bereichen gebe es eine Reihe offener Fragen. Auch wies Mayr darauf hin, daß ein möglicher Zentralbahnhof Auswirkungen auf den Gürtel haben werde.

Zum Donauraum bemerkte Mayr, daß über die Ergebnisse der Donauraumkommission weitgehend Konsens herrsche, eine Fülle von Punkten müsse man aber noch untersuchen und prüfen. Dann solle eine Volksbefragung stattfinden. Zur Weltausstellung kritisierte Mayr, daß man die Frage des Standortes offenbar für wichtiger halte als die Frage des Themas, obwohl verschiedene Themen ja verschiedene Standorte bedingen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, ein Weltausstellungsthema zu finden, das auch 1995 noch international attraktiv ist. Abschließend sprach sich Mayr für eine stärkere Einbindung der Bevölkerung bei der Stadtplanung aus.

GR. OBLASSER (SPÖ) zeigte sich überrascht von der Tatsache, daß die Vertragsverlängerung überhaupt Gegenstand einer Debatte sei. Er halte es auch nicht für sinnvoll, über Presseunterlagen zu diskutieren. StR. Sallaberger habe ja bereits angekündigt, daß nach Abschluß der Projektplanung im Gemeinderat umfassend diskutiert werde.

Bei der Gürtelplanung gehe es für Wien um eine Verbesserung der Verkehrssituation und um mehr Lebensqualität für die Anrainer. Die Bedenken der ÖVP bezüglich der Effektivität der Bundesstraßengesellschaft

Forts. von Blatt 354

Forts. auf Blatt 356

sowie des Mitspracherechts der Stadt Wien seien völlig unbegründet. Es sei unbestritten, daß die Gürtelkommission lediglich Empfehlungen geben werde, entscheiden werde aber selbstverständlich der Wiener Gemeinderat.

Oblasser betonte, daß die Bundesstraßen AG durchaus in der Lage sei, ordentlich und zeitgerecht die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Zum Beweis dafür nannte er die A 22, bei der die Bauarbeiten zügig vorangehen.

Zur Frage der Finanzierung der Gürtelneugestaltung habe es bereits Gespräche mit dem zuständigen Bundesminister gegeben, die günstig verlaufen seien. Abschließend meinte Oblasser, daß sich der zur Debatte stehende Vertrag bewährt habe, daß er für Wien von Vorteil sei und daß der Gemeinderat gut beraten sei, wenn er der Vertragsverlängerung zustimmt.

GR. PRINZ (FPÖ) kritisierte, daß wichtige große Zusammenhänge nicht berücksichtigt würden. So habe zum Beispiel die städtische Wasserbauabteilung Überlegungen eingeleitet, wie der Hochwasserschutz beim Wienfluß gewährleistet werden könne. Die Gürtelplaner hätten von dieser Aktivität, die unmittelbar ihren Aufgabenbereich tangiert, keine Kenntnis erhalten. Entscheidungen dürften erst dann getroffen werden, wenn alle Grundlagen dafür vorliegen.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) meinte, die Gürtelplanung hänge eng mit einem möglichen neuen Zentralbahnhof zusammen. Dieses Thema sei auch schon im Rahmen des Donauraum-Wettbewerbs behandelt worden. Beim Donauraum dürfe nicht die Entscheidung zugunsten eines Kraftwerks einziges Ergebnis sein. Wichtige Fragen im Zusammenhang mit Stadtplanung und Stadtentwicklung seien nicht zu einem abschließenden Ergebnis gebracht worden. Viele Befürchtungen der ÖVP, wie Zeitdruck, Gestaltung der Wettbewerbstufen und mangelnde Internationalität bei der Ausschreibung, hätten sich erfüllt. Jetzt aber sollten die guten Wettbewerbsergebnisse genutzt werden. Vielleicht sollte es weitere, kleinere Wettbewerbe geben. Die Wettbewerbsergebnisse seien vielfach noch bruchstückhaft. Auch beim möglichen Kraftwerk seien entscheidende Vorfragen noch unbeantwortet. In einem ANTRAG verlangte Dr. Hawlik „im Sinne einer geordneten Stadtplanung und Stadtentwicklung“: Weiterbearbeitung der Ergebnisse „Chancen für den Donauraum“; Abschluß der noch ausstehenden Studien und Planungen so, daß die Übersicht über die großen Zusammenhänge erhalten bleibt; Erstellung von Gestaltungskonzepten mit möglichen Entwicklungsvarianten und Diskussion mit der Bevölkerung; Diskussion und Beschlußfassung über die politischen Grundsätze und Leitlinien der zukünftigen Planungen und deren Realisierungen im Rahmen einer eigenen Gemeinderatssitzung; Durchführung einer Volksabstimmung oder Volksbefragung nach Vorliegen aller Entscheidungsgrundlagen. Hinsichtlich der Staustufe Wien sollten die noch fehlenden Gutachten vorgelegt werden; es soll eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung geben; der ressortübergreifende Arbeitskreis Staustufe Wien soll wieder eingesetzt werden, und schließlich wäre die energiepolitische Notwendigkeit des Kraftwerksbaues nachzuweisen. Abschließend bekannte sich Dr. Hawlik zu einem gemeinsamen Vorgehen „mit kühlem Kopf“.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) stellte die Instrumentarien der Stadtplanung in Frage. Viele Gremien befaßten sich mit identen Fragen, wie der Planungsausschuß, der Wohnbau- und Stadterneuerungsausschuß, der Stadterneuerungsfonds, die Stadtentwicklungskommission und deren Unterausschüsse. Die Dezentralisierung mache die Planung effizienter, doch zugleich die Entscheidungsvorgänge schwieriger. Großprojekte stünden im engen Zusammenhang mit der Erstellung und Berücksichtigung von Bezirksentwicklungskonzepten, und es sei zu überlegen, wie die einzelnen Elemente zusammengeführt werden könnten. Die Planung solle nicht tagespolitischen Entscheidungen nachhängen. Ausgehend von der Fest

Forts. von Blatt 355

Forts. auf Blatt 357

stellung, daß der Donaauraum-Wettbewerb zum Teil auch Ergebnisse erbracht habe, die nicht im Einklang mit dem Stadtentwicklungsplan stehen, erklärte Petrik, es solle ein Modell entstehen, das tagespolitische Entscheidungen möglich macht und innovativer Planung im Sinne der Bezirksentwicklungsplanung Spielraum läßt.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) zeigte sich enttäuscht über den Verlauf der Debatte. Die ÖVP habe erst am vergangenen Freitag kritisiert, daß Planungsstadtrat Sallaberger im März oder April dem Gemeinderat eine Mitteilung machen wolle, daß dieser Termin zu früh sei. Und nun werde bereits heute über diese Planungsaufgaben diskutiert, weil die ÖVP offensichtlich daraus politisches Kapital schlagen wolle. Das „Wiener Modell“ der Planung hätte in aller Welt Anerkennung gefunden. Es geht darum, mit Hilfe von Fachleuten Unterlagen zu erarbeiten. Die Jury habe lediglich zu bewerten, die Entscheidung über Planungsfragen sei eine politische Aufgabe. Die Staustufe werde nun von der Volkspartei zum Zankapfel gemacht, das wäre nicht nötig.

Die Planung müsse das Ganze sehen, betonte GR. FÜRST (ÖVP). Er kritisierte die Art und Weise der Stadtentwicklungspolitik. Die Planung müsse, außer Analysen zu machen auch den Bürger miteinbeziehen. Bis heute habe es keine Koordination der Gürtelplanungskommission mit den Bedürfnissen der Floridsdorfer gegeben. Fürst nannte als Beispiele die Frage der Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf und der U 1 nach Leopoldau. Mehrere Planungen laufen nebeneinander, kritisierte Fürst, und beklagte die mangelnde Bürgermitbestimmung. Es müsse möglich sein, die einzelnen Planungsschritte zu vernetzen und nicht nur Schlagworte anzubieten. Fürst appellierte, künftig die Planung besser zu koordinieren und zu vernetzen und der Bevölkerung eine echte Mitsprachemöglichkeit einzuräumen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte, daß es für den Europaplatz keinen adäquaten Planungsprozeß gegeben habe, was angesichts der Gesamtkosten von 1,1 Milliarden Schilling nicht zu vertreten sei. Mayr kritisierte auch, daß im Zuge der Gürtelplanung eine langfristige Zurücknahme der Baufluchtlinie vorgesehen sei, wodurch keine geförderte Wohnhaussanierung möglich oder sinnvoll wird. Dies sei gegen die Interessen der Stadterneuerung gerichtet, meinte Mayr.

Stadtrat SALLABERGER (SPÖ) zeigte sich zufrieden, daß in weiten Bereichen eine einhellige Meinung herrsche und daß diese Grundsatzdebatte im Gemeinderat, der ja zur Entscheidung berufen ist, geführt wird, denn Expertenmeinungen können nur Empfehlungen sein. Im Zusammenhang mit dem Knoten Gaudenzdorf, stellte Sallaberger fest, daß dies ein Projekt sei, über das in der Gürtelkommission Einmütigkeit bestanden habe. Gerade an diesem Beispiel soll auch bewiesen werden, daß um dieses Vorhaben herum notwendige Stadterneuerungsmaßnahmen angeregt und verwirklicht werden können. Grundsätzlich meinte Sallaberger, daß es sinnvoll ist, rechtzeitig Planungen für die Stadt anzustellen, wenn, wie das jetzt der Fall ist, auch von seiten des Bundes entsprechende Rahmen geschaffen werden. Sallaberger nannte dabei die Planung für einen Zentralbahnhof und das Beschleunigungsprogramm der Bundesbahn. Letztlich seien viele der derzeitigen Planungen im Stadtentwicklungsplan zugrunde gelegt.

Seine Fraktion, erklärte GR. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), halte eine Grundsatzdebatte für positiv. Es gebe zahlreiche ungelöste Fragen. Die Bürgerbeteiligung komme bei diesem Planungsprozeß zu kurz. Man entferne sich immer mehr vom Wissensstand der Bevölkerung. Er sei der Meinung, sagte Regler, daß einzelne Probleme, wie z.B. der geplante Zentralbahnhof vor einer allgemeinen Diskussion geklärt werden müßten. Schließlich gelte es, danach die Erschließung der Straßen bzw. den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel auszurichten.

Forts. von Blatt 356

Forts. auf Blatt 358

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) kritisierte Verallgemeinerungen im Zusammenhang mit Tunnelbauten im Bereich Gaudenzdorf-Margareten und Europaplatz. Im Bereich Gaudenzdorfer Gürtel sprächen spezifische Ursachen, wie, daß dies ein typischer Wohnbereich sei und daß die dort zahlreichen Grünflächen aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht optimal genutzt werden könnten, für die Errichtung eines Tunnels. Am Europaplatz stelle sich die Situation grundlegend anders dar. Seine Fraktion, sagte Swoboda, werde der Empfehlung der Gürtelkommission, die diese Gegebenheiten geprüft habe, folgen.

Swoboda kritisierte die Vorgangsweise der ÖVP bei der heutigen Debatte. Man habe der Opposition eine umfangreiche Möglichkeit zur Diskussion geboten, die für März geplant war, diese sei aber mit der Begründung, sie sei zu diesem Zeitpunkt zu früh, von der ÖVP abgelehnt worden.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) wies die Kritik von Klubobmann Dr. Swoboda an der von der ÖVP gewählten Vorgangsweise im Gemeinderat zurück. Er kritisierte seinerseits, daß zu einem früheren Zeitpunkt der damalige Planungsstadtrat Hofmann die Ergebnisse der Gürtelkommission nicht einmal dem zuständigen Ausschuß zugänglich gemacht hätte. Daher vertrete er den Standpunkt, daß Skepsis durchaus angebracht sei. Immer wieder komme es seiner Meinung nach bei Planungsvorhaben auch zu falschen Lösungen, weshalb eine ehrliche Diskussion über Sachfragen wichtig sei.

Der Berichterstatter GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) empfahl, den von der ÖVP eingebrachten Antrag abzulehnen und der Verlängerung des Übereinkommens zwischen Stadt Wien und Bundesstraßen AG die Zustimmung zu erteilen.

ABSTIMMUNG: Der Verlängerung des Übereinkommens wurde mit den Stimmen der FPÖ und SPÖ zugestimmt, der Antrag der ÖVP mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Flächenwidmungsänderung Hohe Warte

GR. SEVCIK (SPÖ) stellte den Antrag auf Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Hohe Warte/Gallmeyergasse/Heiligenstädter Straße und Barawitzkagasse.

GR. PRINZ (FPÖ) bedauerte in seiner Wortmeldung, daß die Stadt Wien das Hohe-Warte-Bad nicht renoviert und so der Bevölkerung erhalten habe. Das auf diesem Areal nunmehr vorgesehene Pensionistenheim hätte in diesem Fall nach Ansicht seiner Fraktion durchaus auf den Bendsdorf-Gründen errichtet werden können. Das wäre auch verkehrstechnisch von Vorteil gewesen. Durch die Errichtung eines Gemeindefamilienhauses auf den Bendsdorf-Gründen bestünde nämlich die Gefahr, daß das damit verbundene Verkehrsaufkommen kaum zu bewältigen wäre. Prinz vertrat weiters den Standpunkt, daß für das geplante Pensionistenheim auf dem Areal des ehemaligen Hohe-Warte-Bades ein Wettbewerb veranstaltet werden sollte. Es sei ihm unverständlich, daß Stadtplanung hier offensichtlich nicht von Planungsfachleuten, sondern vom Kuratorium Wiener Pensionistenheime gemacht werde.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) verwies auf das Bäderkonzept von 1968 und kündigte an, daß das neue Sommerbad nächsten Sommer fertiggestellt werde. Er unterstrich die Bedeutung des neuen Pensionistenheimes, zumal im Bezirk Döbling derzeit Wartezeiten von mehr als 10 Jahren bestünden. Bei der Planung sei es vor allem wichtig, daß hier ein Architekt tätig werde, der einschlägige Erfahrungen mit diesem speziellen Bereich habe. Zur Frage des Baumbestandes verwies Gutmannsbauer darauf, daß nach seinen Informationen nur drei bis vier Bäume gefällt werden müßten. Der zuständige Gemeinderatsausschuß habe übrigens anhand einer Fotomontage eine Reduktion um ein Geschoß erwirkt, der Fachbeirat war

Forts. von Blatt 357

Forts. auf Blatt 359

mit der Angelegenheit befaßt und werde auch in das Planungsstadium des Bauvorhabens eingebunden. Gutmannsbauer ersuchte im Interesse der Wiener Pensionisten um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Der Berichterstatter GR. SEVCIK (SPÖ) verwies darauf, daß es zum gegenständlichen Vorhaben einen einstimmigen Beschluß der Bezirksvertretung Döbling gebe. Für das zu errichtende Pensionistenheim gebe es bereits 800 Anmeldungen, bezüglich des Baumbestandes versicherte Sevcik, daß 400 Bäume erhalten bleiben.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Elternbeiträge für Kindergärten

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Elternbeiträge für Krippen, Kindergärten und Horte sowie die Erteilung der Ermächtigung an das Jugendamt, bei Bedarf Ermäßigungen vorzunehmen. Die Erhöhung soll am 5. September in Kraft treten.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) wies auf die Schwierigkeiten berufstätiger Mütter bzw. Alleinerzieher hin, weil die Betreuungszeit im Kindergarten um 17.30 Uhr ende. Dies nehme aber auf die Arbeitszeit dieser Mütter oft nicht Rücksicht. Die FPÖ forderte daher längere Betreuungszeiten im Zuge der Erhöhung der Elternbeiträge. Unbefriedigend sei auch die Urlaubsregelung bei den Kindergärten.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) erläuterte, daß die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen in Wien nur durch das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Kindergärten gewährleistet werden könne. Mit Rücksicht auf die privaten Kindergärten sei es zu begrüßen, daß auch bei den öffentlichen die Elternbeiträge erhöht werden. Das Verrechnungssystem sei jedoch zu kompliziert und müßte geändert werden. In einem ANTRAG verlangt die ÖVP, bei der nächsten Neufestsetzung der Elternbeiträge das Nettofamilieneinkommen OHNE Familienbeihilfe als Bemessungsgrundlage heranzuziehen und die Höchstbemessungsgrundlage für die Gewährung eines ermäßigten Beitrages höher anzusetzen. Mag. Petrik betonte, daß die Kindergärten eine pädagogische und Erziehungsinstitution sind und nicht nur der Beaufsichtigung der Kinder dienen. Sie widmen sich der Entfaltung der Kinder in der Gemeinschaft. Ein zu langer Aufenthalt würde die Kinder überfordern. Es sei berechtigt zu fordern, daß auch die Wirtschaft auf diese Bedürfnisse der Kinder Rücksicht nehme. Sie hoffe, sagte Mag. Petrik, daß sich auch alternative Betreuungsformen etablieren, sodaß sich die Kindergärten noch mehr der pädagogischen Aufgabe widmen können und eine Überbelastung vermieden wird.

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) unterstrich die Ausführungen ihrer Vordnerin und erläuterte, daß die Kindergärten elf Stunden am Tag geöffnet sind. Längere Öffnungszeiten wären pädagogisch ungünstig und würden wegen des erhöhten Personalbedarfs bei den Kindergärtnerinnen die Kinder mit zusätzlichen Bezugspersonen konfrontieren. Die Kindergärten sollen nicht zu einer „Kindergarderobe“ werden, sagte Stubenvoll wörtlich. Sie fügte hinzu, daß der Elternbeitrag nur einen relativ geringen Anteil an der Kostendeckung dieser Institution ausmacht.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen).

Subvention für Bezirksfestwochen

GR. STEINBACH (SPÖ) stellte den Antrag, dem Wiener Volksbildungswerk für die Bezirksfestwochen 1988 eine Subvention in der Höhe von sechs Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß diese Subvention bisher immer im

Forts. von Blatt 358

Forts. auf Blatt 360

Festwochenbudget enthalten gewesen sei. Man könne daher nicht von einer Einsparung bei den Festwochen selbst sprechen. Ein derartiger Vorgang sei nicht fair, dennoch stimme die Volkspartei der Subvention wegen der Bedeutung der Bezirksfestwochen zu.

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) bezeichnete es als eine Verwaltungsvereinfachung, daß diese Subvention künftig direkt dem Volksbildungswerk zukomme, das die Bezirksfestwochen organisiert. Sie verwies auf die große Aufgabe, für die 23 Bezirke, von denen jeder eine andere Struktur und seine eigenen Vorstellungen habe, diese Bezirksfestwochen durchzuführen. Der Erfolg gebe aber recht: Letztes Jahr konnten mehr als 220.000 Besucher gezählt werden. Fast tausend Eigenproduktionen und mehr als fünfhundert Fremdproduktionen konnten gezeigt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Rückkauf eines Grundstückes

GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) beantragte die Änderung eines Kaufvertrages zwischen der Gemeinnützigen Wohnungsaktiengesellschaft Wohnpark Alt-Erlaa und der Stadt Wien.

GR. KIRCHNER (FPÖ) kritisierte, daß die Stadt Wien von der Wohnungsaktiengesellschaft Alt-Erlaa einen Teil jenes Grünlandes zurückkaufe, das die Stadt ursprünglich wesentlich billiger dieser Wohnungsgesellschaft verkauft habe. Damit werde dieser Wohnungsgesellschaft auf Kosten der Steuerzahler finanziell geholfen. Dies sei ein Fall für das Kontrollamt, meinte Kirchner.

GR. FUCHS (ÖVP) kritisierte ebenfalls, daß es sich hier um eine Grundstückstransaktion zum Nachteil der Steuerzahler handle.

GR. FAYMANN (SPÖ) erklärte, daß der Kaufpreis von 72,5 Millionen Schilling für dieses Grünland durch die Wohnungsgesellschaft Alt-Erlaa bei der Berechnung der Grundkostenanteile der Mieter berücksichtigt wurde. Würde nun die Stadt Wien infolge von Grundkostensteigerungen nicht wenigstens einen Teil der sogar von ihr selbst genutzten Grünflächen zurückkaufen, so würden sich die Grundkostenanteile und damit die Kosten für die Mieter beträchtlich erhöhen. Faymann appellierte, mit richtigen Zahlen zu operieren und im Interesse der Mieter dieser Änderung des Kaufvertrages zuzustimmen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Verkauf einer Liegenschaft

GR. KAMMERER (SPÖ) beantragte den Verkauf von Teilflächen einer Liegenschaft im 3. Bezirk an die Konsum Österreich Gen.m.b.H.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) kritisierte den zu niedrigen Verkaufspreis für das Gelände, das für Erweiterungsbauten des Konsum vorgesehen ist. Der Grundstückspreis bedeute damit eine Subvention an den Konsum.

GR. HUMMEL (SPÖ) begründete den Quadratmeterpreis von 800 Schilling mit der Tatsache, daß das Grundstück einen erheblichen Niveauunterschied zum Bauplatz des Konsums aufweise. Der Wirtschaftsförderungsfonds, sagte Hummel, habe den angegebenen Kaufpreis als für ein Böschungsgrundstück angemessen erachtet.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Altstadterhaltung

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte eine Subvention von rund 7,8 Millionen Schilling für die Instandsetzung einiger Althäuser.

Forts. von Blatt 359

Forts. auf Blatt 361

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) wies auf den enormen Bedarf an Mitteln für die Stadterneuerung und Stadterhaltung hin. Die Erhaltung alter Bausubstanz könne aber nicht allein mit öffentlichen Mitteln bewerkstelligt werden, weshalb man sich steuerliche Vorteile verstärkt zunutze machen müsse. Aktueller Anlaß sei die derzeit in Diskussion befindliche Steuerreform. Maßnahmen im Sinne der Stadterneuerung hätten Multiplikatorwirkung für die Bauwirtschaft und die Wiener Bausubstanz. Wöber stellte gemeinsam mit den anderen Parteien einen BESCHLUSS-UND RESOLUTIONS-ANTAG auf Erhaltung der derzeitigen Abschreibungsmöglichkeiten im Rahmen des Paragraph 28 Abs. 2, Einkommenssteuergesetz („Zehntelabschreibung“), im Interesse der Stadterneuerung. Als Begründung führte Wöber die Auswirkungen einer im Rahmen der Steuerreform vorherzusehenden Verschlechterung im Einkommenssteuerrecht für die Stadterneuerung an.

Verpachtung des Kursalons

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) stellte den Antrag, die MA 42 (Stadtgartenamt) zu ermächtigen, einen Bestandsvertrag zur Nutzung des Kursalons als Spielbank mit der Casinos Austria AG abzuschließen.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) vertrat die Ansicht, daß die Verpachtung des Kursalons an die Casino AG negative Auswirkungen haben werde. Es sei bedenklich, wenn ein privater Pächter von einem Monopolbetrieb hinausgedrängt werde. Gerade zu einer Zeit, in der Reprivatisierung gefordert werde, müsse man diese Vorgangsweise ablehnen, zumal der private Pächter bereit sei, jährlich um 600.000 Schilling mehr Pacht zu zahlen, als im Vertrag mit der Casino AG vorgesehen sei. Kabas äußerte den Verdacht, daß eine Aufstockung des Kursalons vorgesehen sei und kritisierte, daß weder im Ausschuß noch im Stadtsenat diesbezüglich informiert worden sei. Außerdem vertrat Kabas den Standpunkt, daß es sinnvoller sei, die Casino AG für das Ronacher zu interessieren. Kabas meinte, daß ein Spielsalon im Stadtpark die typisch wienerische Atmosphäre zerstöre. Kabas kritisierte vor allem, daß die ÖVP dem Vertrag zustimme, obwohl sich Vizekanzler Mock für den bisherigen Pächter Hübner eingesetzt habe. Aus grundsätzlichen Erwägungen sowie wegen der Ungereimtheiten im gegenständlichen Fall könne die FPÖ dem Antrag nicht zustimmen.

GR. NEUMANN (ÖVP) bekundete die grundsätzliche Zustimmung der ÖVP zu einem Pächterwechsel, verlangte aber eine getrennte Abstimmung, da einige Punkte des Vertrages nicht die Zustimmung der ÖVP finden könnten. Pächterwechsel seien übliche Vorgänge im Wirtschaftsleben. Immerhin zahle die Casino AG ein Vierfaches der bisherigen Pacht und werde 300 Millionen Schilling in die Sanierung des Kursalons investieren. Das Ambiente des Kursalons werde erhalten bleiben, es werden weiterhin Konzerte stattfinden und so das Casino eine fremdenverkehrspolitische Einrichtung ersten Ranges werden. Nicht zustimmen könne die ÖVP der geplanten Verpflichtung des neuen Pächters, Versicherungsverträge nur mit der Wiener Städtischen und der Donauversicherung abzuschließen. Dies sei ein schwerer Verstoß gegen die Fairneß und widerspreche allen Grundsätzen eines freien Wettbewerbes. Eine Etablierung eines Casinos im Ronacher sei aus Gründen des Denkmalschutzes nicht machbar. Neumann sprach sich gegen eine Aufstockung des Kursalons aus und regte an, daß bei der auf der anderen Seite des Wienflusses befindlichen Meierei ebenfalls eine Änderung des Pachtvertrages diskutiert werde. Hier solle aber ein etwaiger neuer Pächter im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung ermittelt werden.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die derzeitige Entwicklung der Stadterneuerung optimistisch in die Zukunft blicken lasse. Diese positive Entwicklung, an der sich auch die privaten Hauseigentümer beteiligen, dürfe durch eine andere gesellschaftliche

Forts. von Blatt 360

Forts. auf Blatt 362

Entwicklung keinen Schaden erleiden, daher stimme seine Fraktion sowohl dem Beschluß- und Resolutionsantrag als auch dem vorliegenden Geschäftstück zu.

ABSTIMMUNG: Der Wiener Gemeinderat nahm sowohl den Antrag als auch den von den drei Parteien eingebrachten Beschluß- und Resolutionsantrag einstimmig an.

Bürgermeister Dr. ZILK erklärte, er bekenne sich durchaus dazu, auch Ideen politischer Gegner im Interesse der Wiener zu nutzen, wenn sie gut sind. Daher sei auch der FPÖ-Vorschlag nach Einzug der Casinos Austria AG ins Ronacher zu überlegen gewesen. Doch haben bereits vor Jahren Gespräche in dieser Richtung stattgefunden, und durchgeführte Untersuchungen zeigten der Casinos Austria AG, daß die Räumlichkeiten im Ronacher für ihre Zwecke nicht geeignet sind. Daher sei es heute nicht sinnvoll, dieses Thema nochmals zu behandeln. Die Lage des Kursalons in der Nähe großer Hotels und der Innenstadt sei günstig und die Nutzung als Casino eine Bereicherung für den 1. Bezirk. Der neue Pächter werde das neue Haus mit gewaltigen Mitteln instandsetzen und dabei auch die Wünsche von Denkmalamt und Kulturamt berücksichtigen.

GR. FREITAG (SPÖ) erklärte, es handle sich bei den Casinos um keinen Monopolbetrieb. Vielmehr würden Konzessionen vergeben. Das neue Casino soll 1990 in Betrieb gehen. Es soll keine bauliche Aufstockung geben. Vielmehr werden sich die Spielräume im ersten Stock befinden. Der Vertragsbestandteil hinsichtlich der Inanspruchnahme bestimmter Versicherungen sei durchaus üblich. Es könne auch kein Einwand gegen einen Abschluß mit der Städtischen Versicherung geben. Der Spielbetrieb werde voraussichtlich jährlich 100 Millionen Schilling in die Stadtkasse fließen lassen. Zudem werden im Casino hundert zusätzliche Arbeitsplätze mit hochqualifizierten Mitarbeitern geschaffen. Die Casinos Austria haben sich international einen guten Ruf erwerben können.

ABSTIMMUNG: Die Abstimmung erfolgte getrennt. Der Vertrag ohne die Klausel über die Versicherungen wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen, diese Klausel nur mit jenen der SPÖ.

Gaspreissenkung

StR. HATZL (SPÖ) stellte den Antrag auf Reduzierung des Gaspreises ab 1. April befristet bis 31.12.1988 um 12 Groschen pro Kubikmeter, das sind rund 2,75 Prozent.

Die FPÖ werde dem zustimmen, sagte GR. ZEIHSEL (FPÖ). Er habe allerdings den Eindruck, daß die Tarifsenkung zu spät und zu gering sei. Er wundere sich über die ÖVP, die auf Bundesebene eine Energieabgabe anstrebe. Da gerade in Wien fast die Hälfte des Stromes kalorisch erzeugt werde, würde sich dies negativ auf den Strompreis auswirken und zu einer weiteren Verzerrung des West-Ost-Gefälles führen.

Die ÖVP habe schon seit langem eine Senkung des Gastarifes gefordert, sagte GR. NETTIG (ÖVP). Der jetzige Antrag auf Senkung komme zu spät und sei zu gering. Die ÖVP trete für eine Senkung von 10 Prozent ein. Sobald die jetzige Senkung in Kraft trete, sei die Heizperiode vorbei, obwohl gerade im ersten Quartal fast die Hälfte des Jahresverbrauches registriert werde. Die Kalkulation des Gastarifes müsse offengelegt werden, es seien sicher weitere Kostensenkungen ohne Qualitätsverlust möglich.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) stellte fest, daß der Gastarif in den letzten Jahren laufend gesenkt worden sei. Lag der Tarif 1985 bei 6,02 Schilling pro Kubikmeter, konnte er im Mai 1987 um fast 30 Prozent und jetzt wiederum gesenkt werden. Der Einstandspreis mache nur rund ein Drittel des Verkaufspreises aus, und das Speichergas sei noch zum alten Preis eingekauft worden. Der Redner verwies darauf, daß in den Kalkulationen natürlich auch die großen Investitionssummen enthalten seien. Aber gerade die Investi-

Forts. von Blatt 361

Forts. auf Blatt 363

tionen seien ein Vorteil für die heimische Wirtschaft. Huber erinnerte an das Unternehmensstatut, nachdem nach wirtschaftlichen Grundsätzen gearbeitet werden müsse.

In seinem Schlußwort betonte StR. HATZL, es sei bereits die 5. Senkung innerhalb von 27 Monaten, und der Wiener Gastarif liege um 30 Prozent unter den genehmigten Preisen. Für die Neufestsetzung des Gastarifs gebe es bis Jahresende eine Garantie, er stehe aber nicht an, sagte Hatzl, daß eine weitere Korrektur nach unten bei geänderten Bedingungen möglich sei.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Der Wiener Gemeinderat schloß seine Sitzung um 16.15 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 362



